

Wahlprogramm
zur Bürgerschaftswahl 2011
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Bremen

„Bürgerprogramm 2011“

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
am 19. März 2011)

Quelle/Zitierweise: http://fdp-lv-bremen.wcsite.liberales.de/files/26045/110414_FDP_Buergerprogramm.pdf; 03.05.2011
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-349

Bürgerprogramm 2011

Wahlprogramm des
FDP-Landesverbandes Bremen
zur Bürgerschaftswahl 2011

Beschlossen vom Landesparteitag
am 19. März 2011

www.fdp-bremen.de



Inhalt

1 Präambel: Starke Städte mit Zukunft	3
2 Freiheit durch Bildung	5
Damit Bremen und Bremerhaven nicht länger dumm dastehen	6
Frühkindliche Bildung	7
Primarbereich	7
Wettbewerb zwischen Schulen	9
Berufliche Bildung	10
Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit sonderpädagogischem Förderbedarf	11
Lehre an den Hochschulen	12
Forschung und Innovation	13
Innovation fördern	14
Weiterbildung und lebenslanges Lernen	15
3 Mehr Freiheit, mehr Wohlstand	16
Wirtschaft und Mittelstand	16
Freiheit für Arbeitnehmer	19
Mobilität und Stadtverkehr	20
Überregionaler Verkehr, Häfen und Logistik	24
Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung	25
Energiepolitik	28
Beziehungen zur Metropolregion, im Bund und in Europa	29
4 Freiheit für das Land Bremen erhalten	31
Haushalt und Finanzen	31
Bremen für freie Bürger	35
Recht und Justiz	37
5 Mehr Freiheit, mehr Lebensqualität	40
Stadtentwicklung, Wohnen	40
Bremer Innenstadt	41
Sicherheit	42
Datenschutz, freies Netz	44

Freie Medien	45
Gesundheit	46
Pflege	49
Freiheit bewegt: Für einen starken Sport	50
Umwelt, Natur- und Tierschutz.....	51
Verbraucherschutz.....	54
Kultur	55
Tourismus.....	58

6 Freiheit statt Abhängigkeit.....	60
Wer arbeitet, muss mehr haben...	60
Vereinbarkeit von Kindern und Beruf	62
Bürgerschaftliches Engagement	64
Senioren.....	65
Gleichstellung von Frau und Mann.....	66
Gleichgeschlechtliches Zusammenleben	67
Integration und Zuwanderung.....	68
Menschen mit Behinderungen	70
Städtepartnerschaften, internationale Zusammenarbeit.....	72

1 Präambel: Starke Städte mit Zukunft

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 22. Mai entscheiden Sie, welchen Weg unser Bundesland, die Freie Hansestadt Bremen, geht: Wie bisher mit Rot-Grün in Stagnation und Apathie oder mit Hilfe der FDP in eine gute solide Zukunft.

Wir Liberale in Bremen und Bremerhaven treten mit aller Entschlossenheit für den Erhalt der Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland ein. Ob dies gelingt, wird entscheidend davon abhängen, ob unser schönes Land Experimentierfeld rot-grüner Ideologen und neuer Möchtegernparteien und Politiker bleibt oder ob die Bürgerinnen und Bürger, die Stärken unserer beiden Städte Bremen und Bremerhaven für eine bessere Zukunft nutzen.

Die FDP im Land Bremen ist die Partei der leistungsbereiten Bürgerinnen und Bürger. Wir richten uns an alle, die Eigenverantwortung leben und staatliche Bevormundung ablehnen – Menschen, die sich engagieren und Verantwortung für sich und andere übernehmen. Die FDP setzt sich für die liberalen Prinzipien „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“ ein.

Entscheidend für die Frage, ob die Selbständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland gesichert werden kann, ist das Erreichen des vom Grundgesetz vorgegebenen Ziels, bis 2019 Einnahmen und Ausgaben des Landes in Einklang zu bringen (Verbot von Neuverschuldung). Hierzu sind einschneidende Sparmaßnahmen erforderlich, zu denen die rot-grüne Regierungskoalition bislang offensichtlich nicht bereit ist. Die FDP unterbreitet in diesem Programm konkrete Vorschläge und wird notwendige Schritte zur Haushaltskonsolidierung mittragen.

Anders als diejenigen in unserer Gesellschaft, die meist gegen fortschrittliche Projekte und Innovationen sind, wollen wir die Zukunft unserer beiden Städte gestalten und dabei mit den Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel verantwortlich umgehen. In Zeiten eines dynamischen globalen wirtschaftlichen Wandels, setzen wir auf Mut und Zuversicht, nicht auf das Schüren diffuser Zukunftsängste, Stillstand und Fortschrittsfeindlichkeit. Wir wollen, dass die selbstbewussten Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens dem, was die Zukunft bringt, aus eigener Kraft gewachsen sind, wo immer dies möglich ist. Die FDP steht für Freiheit zur Verantwortung. Wir wollen allen Menschen den Einstieg in Arbeit durch Bildung und einen Aufstieg durch eigene Leistung ermöglichen. Dabei setzen wir auf Bildung, moderne Technologien und Innovation. Der Mittelstand -

Handwerk, Einzelhandel, Gewerbetreibende, Selbstständige, Freiberufler - und die Mitte unserer Gesellschaft sind unsere Partner auf dem Weg zu einer starken Wirtschaftsregion.

Wir wollen die Chancen ergreifen und Bremen und Bremerhaven wieder zu starken Städten machen. Wir setzen dabei konsequent auf die Freiheit: Bildung ist der Schlüssel für die Erlangung von Selbstbestimmung und Freiheit des Einzelnen. Wirtschaftliche Freiheit im Rahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft ist die Voraussetzung, um unseren Wohlstand schaffen und erhalten zu können. Die Freiheit und Selbstständigkeit der Freien Hansestadt Bremen als Bundesland ermöglicht es uns, die Zukunftschancen zukünftiger Generationen in unserer Region selbst zu gestalten. Mehr Freiheit hilft, ein höheres Maß an Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Freiheit für noch mehr Menschen zu schaffen und sie aus der Abhängigkeit von staatlichen Transfers zu lösen, ist für uns die klare Alternative zur weiteren Alimentierung von Armut und Abhängigkeit.

In unserem Bürgerprogramm 2011 finden Sie die Konzepte, mit denen wir Bremen und Bremerhaven voranbringen und den Bürgerinnen und Bürgern Chancen eröffnen wollen. Wir Liberale machen Politik mit Ihnen und für Sie. Deshalb haben wir bereits bei der Erstellung des Programms Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Institutionen und Unternehmen eingeladen, sich mit Ideen und Anregungen einzubringen. Diese Ideen haben wir bewusst aufgegriffen, um unserem Ziel, einem Mehr an Bürgerbeteiligung, näherzukommen.

Stärken Sie Bremen und Bremerhaven mit ihren hervorragenden Zukunftschancen für die Bürgerinnen und Bürger durch Ihre Stimmen für die FDP!

2 Freiheit durch Bildung

In mehr als sechzig Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik wurde im Land Bremen eines der teuersten Bildungssysteme aller Bundesländer geschaffen. Zugleich werden in den allgemeinbildenden Schulen Bremens und Bremerhavens die mit Abstand schlechtesten Bildungsergebnisse erzielt.

Die Zukunft unseres Landes steht und fällt mit der Bildung jedes Einzelnen und der Bereitschaft, sich zu bilden. Aufgrund des demografischen Wandels kann sich die Gesellschaft nicht leisten, auch nur ein Talent zu verlieren oder ungenutzt schlummern zu lassen. Der spürbar wachsende Fachkräftemangel stellt bereits heute eine der zentralen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft dar. Tausende Arbeitsplätze in Unternehmen im Land Bremen können aufgrund des Mangels an qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern erst nach längerer Zeit oder überhaupt nicht besetzt werden. Die FDP im Land Bremen wird sich mit Priorität für ein besseres Schul- und Bildungssystem einsetzen – von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule.

Damit Bildung gelingen kann, müssen Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit und Wettbewerb unterstützt und gefördert werden. Wir trauen dies den Hochschullehrern, Studierenden, Lehrern, Schülern, Schulleitungen und Eltern zu. Die FDP achtet das vom Grundgesetz geschützte Ersterziehungsrecht der Eltern. Gemeinsam mit der Schulleitung und den Lehrern nehmen diese den Erziehungs- und Bildungsauftrag für die junge Generation wahr. Diese Zusammenarbeit ist zu fördern. Ansonsten kann und soll der Staat nur die Rahmenbedingungen festlegen. Dazu gehören gut ausgebildete motivierte Lehrerinnen und Lehrer sowie mit weitgehenden Entscheidungsbefugnissen versehene Schulleitungen. Zudem ist eine angemessene und gleiche Finanzierung staatlicher und privater Schulen notwendig. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende mit hervorragenden Begabungen müssen auch eine sinnvolle Förderung erfahren, damit sie im Interesse der Gesellschaft herausragendes leisten können.

Damit Bremen und Bremerhaven nicht länger dumm dastehen

Bremen ist nach wie vor das Schlusslicht-Bundesland bei der Schulbildung. Dies belegt z.B. der Ländervergleich der Sprachkompetenz der Neuntklässler. Das dramatisch schlechte Abschneiden Bremer und Bremerhavener Schulen beim Vergleichstest VERA und in der TIMSS-Studie sind ebenfalls traurige Belege hierfür. Bremen hat seine Position unter Rot-Grün nicht verbessern können. Bremen ist trauriges Schlusslicht-Bundesland bei der Schulbildung geblieben. Zu viele Abgänger verlassen Bremer und Bremerhavener Schulen weiterhin ohne qualifizierenden Abschluss. Schulabgänger aus dem Land Bremen sind schlechter ausgebildet als diejenigen aus dem direkten Umland und finden deshalb schlechter einen Ausbildungsplatz als Bewerber aus anderen Bundesländern.

Die Betreuungsqualität muss nachhaltig gebessert werden. Dazu müssen die Stellen der in den Altersruhestand gehenden Lehrerinnen und Lehrer nachbesetzt werden, wo dies nötig und möglich ist. Besonders sind dabei für alleinerziehende Eltern verlässliche Schulangebote zu gestalten.

Die FDP will dafür sorgen, dass die eingesetzten knappen Mittel endlich der Bildung der Schüler zugutekommen, statt sie in überflüssigen Behördenwasserköpfen und einer überbordenden Bildungsbürokratie zu verschleudern.

Wir werden die Doppelstrukturen und das Nebeneinanderher bei der Lehrerfortbildung abschaffen. Es ist an der Zeit, dass auch die Bildungsbehörde selbst sich einer Aufgabenkritik unterzieht. Auf die eigene Erstellung von Rahmenbildungsplänen, die ausschließlich im Land Bremen Gültigkeit erlangen, kann und soll künftig zugunsten der Übernahme von Rahmenbildungsplänen anderer Bundesländer verzichtet werden.

Die Ausstattung der Schulen im Land Bremen weist an vielen Stellen erhebliche Unterschiede auf und folgt nicht allgemeingültigen und transparenten Kriterien.

Viele Schulangebote freier Träger leiden im Land Bremen unter einer mangelhaften finanziellen Ausstattung, obwohl sie günstiger und besser sind als staatliche Schulen. Es fehlt überdies an klaren Kriterien und Fristen für die Genehmigung solcher Schulen. Zudem werden private Schulangebote durch die Bremer Bildungssenatorin in ihrer Gestaltungsfreiheit eingeschränkt. Die FDP wird den Schulen mehr Entscheidungsrechte übertragen, einen fairen und transparenten Wettbewerb zwischen den Schulangeboten ermöglichen und langfristig einen Übergang aus der städtischen Schulträgerschaft in freie und private Trägerschaft zulassen.

Die Bremer FDP befürwortet, anders als SPD, CDU, Grüne und Linkspartei die Gründung privater Grundschulen in freier Trägerschaft und hat eine Bundestags- und Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Artikels 7 V Grundgesetz initiiert. Wir versprechen uns davon

eine vielfältige Schullandschaft, in der Lernen und Lehren Freude macht und in der Kinder entsprechend ihren Fähigkeiten individuell gefördert und gefordert werden.

Die FDP fordert daher:

- systematische Aufgabenkritik und Abbau der Bildungsverwaltung
- Abschaffung Bremischer Rahmenbildungspläne
- Unterstützung von Schulen nach Anwahl
- Kopfbetrag pro Schüler unabhängig von privater oder staatlicher Trägerschaft
- Stärkung der Schulautonomie und der Entscheidungsmöglichkeiten der Schulen
- Kontinuierliche, verpflichtende Aus-, Fort-, und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer, Methodenvielfalt erweitern
- Lernentwicklungsberichte vereinheitlichen und weiterentwickeln
- zusätzliche Ziffernzeugnisse (Noten) für Kinder, deren Eltern dies wünschen
- Unterstützung der Gründung von Privatschulen

Frühkindliche Bildung

Für die FDP sind Kindertagesstätten Orte des Lernens und somit Teile des Bildungssystems. Kindertagesstätten müssen mehr als bisher als Vorbereitung auf die schulische Laufbahn betrachtet werden. Die Anzahl der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertagesstätten Bremens und Bremerhavens ist zu gering. Dies gilt explizit auch für die Regelkindergärten. Zu viele Kinder haben am Ende ihres Kindergartenbesuchs die Schulreife nicht erreicht. Daneben ist die Aufnahmepraxis der meisten Kindertagesstätten zu unflexibel. Meistens werden nur Aufnahmetermine nach den Sommerferien angeboten. Es mangelt an einer hinreichenden Verzahnung mit Grundschulen in der näheren Umgebung der Kindergärten.

Die FDP fordert daher:

- Ausbau des Platzangebotes und Ausweitung der Betreuungszeiten entsprechend des Bedarfs
- Zweitkräfte für sämtliche Gruppen
- Kooperation von Grundschulen mit benachbarten Kindertagesstätten
- Sprachförderung von Kindern mit Sprachförderbedarf
- fließende Übergänge von Kindertagesstätten zu Grundschulen
- mehrere Aufnahmetermine im Jahr

Primarbereich

Die vierjährige Grundschule ist in Bremen und Bremerhaven akzeptiert. Die Qualität des Unterrichts in den Grundschulen leidet jedoch unter den teilweise sehr unterschiedlichen Voraussetzungen, die die Schülerinnen und Schüler mitbringen.

Die FDP fordert daher:

- kontinuierlicher Ausbau weiterer Ganztagsgrundschulen
- freie Wahl der Grundschule
- verbindliche Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule
- verbindliche Zusammenarbeit von Grundschulen und weiterführenden Schulen
- Öffnung des Bildungssystems, z.B. Zulassung von Schulversuchen von staatlichen und Schulen freier Träger zur Fortführung von Grundschulen über Klasse 4 hinaus bis Klasse 10 oder 12 bzw. 13
- mehr jahrgangsübergreifenden Unterricht anbieten
- Einschulungszeiten anpassen
- Wiedereinführung von Vorklassen
- im Kindergarten begonnene Sprachförderung in Deutsch erforderlichenfalls fortsetzen
- Englisch- und Plattdeutscher Unterricht aus Kindertagesstätten in Grundschulen fortführen
- Deutsch und Mathematik möglichst nicht fachfremd unterrichten und als Kernfächer unterstützen und ausbauen

Oberschulen und Gymnasien

Ohne die Schulen in freier Trägerschaft gäbe es kaum wirklich eigenständige Schulangebote im Land Bremen. Die Nachfrage nach Schulplätzen an den stadtbremischen Gymnasien ist erheblich größer als das bestehende Angebot. Wettbewerb fehlt zwischen den Schulen und eine echte Leistungsorientierung im Sinne des individuell maximalen Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler ist zu selten feststellbar. Dies gilt insbesondere für viele städtische Schulen.

Der rot-grüne Senat hat in der Stadt Bremen die Gymnasien systematisch vernachlässigt. Die Gymnasien werden hinsichtlich der Schüler-Lehrer-Relation benachteiligt und finanziell nicht angemessen ausgestattet. Die Anzahl der derzeit angebotenen Schulplätze in den stadtbremischen Gymnasien liegt deutlich hinter der nachgefragten Zahl zurück.

Die FDP fordert daher:

- Ausbau des ergänzenden Ganztagsangebots entsprechend der Nachfrage durch Zusammenarbeit mit Vereinen, Chören, Musikschulen und allen anderen an der Ausbildung oder Nachwuchsgewinnung junger Menschen interessierter Institutionen
- jede Schule arbeitet daran, jeden Jugendlichen zu seinem höchstmöglichen Abschluss zu bringen.
- Jedes Kind soll mindestens die Ausbildungsreife erlangen.
- Jede Schule ist verpflichtet, sich um jedes aufgenommene Kind zu kümmern.
- An den 12jährigen Gymnasien und in 12jährigen Bildungsgängen zum Abitur werden die Abschlussarbeiten für den mittleren Bildungsabschluss bereits nach Klasse 9 absolviert.
- Es werden nur noch die bundesweit gültigen Rahmenbildungspläne als Messlatte festgelegt, jede Schule entscheidet selbst über ihr Profil, jede Oberschule entscheidet mit Lehrer und Eltern selbst, ob sie zur allgemeinen Hochschulreife nach 12 oder 13 Jahren führt. Das jeweilige System ist von der Bildungsbehörde zu genehmigen.
- Stärkere Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen.
- Jede Oberschule entscheidet selbst, ob sie nur einen oder mehrere Abschlüsse anbietet. Wie sie diese Ziele erreicht, ist ihr freigestellt.
- Schülerinnen und Schüler, die eher praktisch orientiert sind, werden in Werkklassen/-schulen auf eine Berufsausbildung vorbereitet. Diese werden an Berufsschulen oder allgemeinbildenden Schulen eingerichtet. Dort können Schülerinnen und Schüler die Berufsbildungsreife erwerben.
- Ausbau der Gymnasialkapazität in der Stadt Bremen entsprechend dem Bedarf.
- Oberschulen und Gymnasien sind gleichwertig auszustatten.

Wettbewerb zwischen Schulen

Gute Bildung braucht einen fairen Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulangeboten. Die Erfahrung zeigt, dass Eltern bei der Schulanwahl Gymnasien bevorzugen, auch wenn ihr Kind keine Gymnasialempfehlung bekommen hat. Der Trend zu Schulen mit höheren Bildungsgängen hält seit langem an. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass in der Stadtgemeinde Bremen etwa Gymnasien wie das Alte Gymnasium, das Hermann-Böse-Gymnasium und das Kippenberg-Gymnasium stark überangewählt werden.

Wir wollen, dass das Bildungsangebot der Nachfrage der Schülerinnen und Schüler bzw. ihrer Eltern folgt. Dies wird durch eine Reihe von Regelungen verhindert: Noch immer dominiert im Land Bremen starre Schulplanung nach den vorhandenen Raumkapazitäten existierender Schulstandorte. Das ist das Gegenteil eines guten leistungssteigernden Wettbewerbs.

Nur wenn es gelingt, unterschiedlich profilierte Schulangebote im Wettbewerb zu entwickeln, werden auch Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungen die Förderung erhalten, die sie brauchen.

Die FDP fordert:

- mehr eigenständige Schulen in freier Trägerschaft
- Förderung von Engagement und Motivation von Lehrkräften
- kein Bundesland sollte Lehrer mehr verbeamen
- Leistung sollte sich auch für Lehrer lohnen und bei der Entlohnung stärker berücksichtigt werden
- Schulen erhalten für jedes Kind einen einheitlichen Betrag, zuzüglich Mitteln für diagnostizierte Förderbedarfe
- spezielle Förderprogramme für Hochbegabte
- Schaffen von Transparenz durch anonymisierte Veröffentlichung der Ergebnisse der Vergleichsarbeiten und der zentralen Abschlussarbeiten in Bremen und Bremerhaven
- Abschaffung der Schuleinzugsgrenzen und der Zuordnung von Grundschulen zu Oberschulen, die nicht im Verbund arbeiten, und damit freie Schulwahl

Berufliche Bildung

Die FDP bekennt sich zum System der dualen Berufsausbildung. Die Voraussetzungen für das erfolgreiche Absolvieren einer Berufsausbildung werden allerdings von vielen Schulabgängern nicht mehr erfüllt. Hier versagt das rot-grüne Schulsystem. Ursachen sind die ausgeprägte Gleichmacherei und die fehlende Anerkennung von Leistung in unserem Bildungssystem. Leistung und Wettbewerb gehören als Bildungsbestandteil in die Schule.

Viele Bremer und Bremerhavener Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemeinbildenden Schulen, ohne die Ausbildungsreife bzw. die faktische Ausbildungsfähigkeit erreicht zu haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Versäumnisse der allgemeinbildenden Schulen mehr und mehr von Berufsschulen, Kammern und Betrieben ausgeputzt werden müssen. Viele Auszubildende haben erhebliche Defizite in Mathematik und Deutsch. Zudem mangelt es im Land Bremen an Transparenz und Information mit Blick auf weiterführende Bildungsangebote.

Nachdem in den zurückliegenden Jahren der Fokus auf die allgemeinbildenden Schulen gelegt wurde, gilt es diesen jetzt auch auf den berufsbildenden Bereich auszudehnen. Bremen leistet sich ein großes so genanntes Übergangssystem, in dem Schulabgänger, die keine Lehrstelle gefunden haben, staatlich weiter qualifiziert werden sollen. Oftmals führt das zu langen und teuren Maßnahmenschleifen nach deren Durchlaufen die Jugendlichen oftmals trotzdem nicht die gewünschte Stelle finden. Mit zunehmendem Alter fällt es Jugendlichen immer schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Dieses System ist grundlegend zu überarbeiten und zugunsten der dualen Ausbildung weitgehend abzubauen. Da wo es bewährte duale Ausbildungsgänge gibt, sind vollschulische, staatliche Ausbildungsangebote abzubauen.

Um auch weniger leistungsstarke Jugendliche in Betrieben integrieren zu können, sind

vermehrt begleitende Hilfen und Qualifizierungen einzusetzen. Deshalb treten wir für die Schaffung und Beibehaltung von Ausbildungsgängen mit höherer Praxis- und Anwendungsorientierung ein. Hilfreich ist es, wenn planmäßig vor und während der Berufsausbildung anerkannte Zertifikate (Schweißscheine, Gabelstablerschein etc.) erworben werden können. Die FDP setzt sich für die effektive Nutzung der Ressourcen an den Berufsschulen über den ganzen Tag hinweg ein.

Die FDP fordert daher:

- Ausbau des Angebots an beruflichen Gymnasien
- Erhalt beruflicher Oberstufen mit Doppelqualifikation
- Die Berufsqualifizierung in Werkschulen und der allgemeinen Berufsschule
- Deutsch und Matheunterricht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz
- Verringern der vollschulischen Berufsausbildungen
- Wirksame Berufsqualifizierung, Möglichkeiten zum Erwerb anwendungsorientierter Zertifikate
- effiziente Nutzung von Schulinfrastruktur und Ressourcen

Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die FDP will die beste individuelle Bildung und Förderung für jedes Kind erreichen. Ungeachtet ihrer persönlichen Unterstützungsbedürfnisse steht allen Menschen das gleiche Recht auf individuelle Entwicklung und soziale Teilhabe zu. Die FDP tritt für einen uneingeschränkten Zugang von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen sowie sonderpädagogischem Förderbedarf zu Kindergärten und allgemeinbildenden Schulen im Sinne der Inklusion ein. Integrative Bildungsangebote werden durch inklusive Angebote überflüssig. Erstere sollen zugunsten inklusiver Bildungsangebote reduziert werden. Wir unterstützen die Erarbeitung und Umsetzung eines konkreten Zeit-Maßnahmen-Katalog für Inklusion. Der Übergang zur Inklusion darf nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gehen.

Die FDP fordert daher:

- einen zügigen Abbau von Förderzentren, soweit sie durch erfolgreiche Inklusion nicht mehr benötigt werden.
- nach Schulvereinbarung Inklusion in der jeweiligen Schule entsprechend des gewählten Inklusionsgrades
- stetiger und umfassender Einsatz von Sonderpädagogen, bzw. Pädagogen für inklusiven Unterricht in den Schulen

Lehre an den Hochschulen

Aus dem breiten Angebot an universitären und fachhochschulischen Studiengängen erwachsen enorme Chancen für die Region und die Standorte Bremen und Bremerhaven. Wir werden die Autonomie der Hochschulen mit Blick auf die Gestaltung des Lehrangebots weiter stärken. Die Ausbildung an den Hochschulen hat durch die begonnene europäische Harmonisierung von Studienabschlüssen im Rahmen des Bologna-Prozesses starke Veränderungen erfahren. Der Bologna-Prozess und seine Ziele werden von der FDP grundsätzlich positiv wahrgenommen. Es gibt allerdings erheblichen Verbesserungsbedarf in der organisatorischen Umsetzung vieler Bachelor- und Masterstudiengänge an den staatlichen Hochschulen. Zudem ist aus unserer Sicht kritisch zu bewerten, dass anerkannte Marken wie der Abschluss „Diplom-Ingenieur“ im Zuge der Reform aufgegeben wurden. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass etablierte und weltweit anerkannte Abschlüsse parallel zum Bachelor/Master wieder eingeführt oder erhalten werden können.

Die Hochschulen im Land Bremen bilden weit mehr Menschen akademisch aus, als es dem Bedarf in Bremen und Bremerhaven entspricht. Die FDP tritt dafür ein, dass die Wettbewerbssituation von Studienangeboten nicht aus dem Blickfeld verloren wird.

Die FDP Bremen fordert:

- Die Studiengänge sollten sich an der Nachfrage der Studierenden und den inhaltlichen Notwendigkeiten der Lehre und nicht an organisatorischen Gegebenheiten der staatlichen Hochschulen orientieren.
- Die Inhalte der Studiengänge sollten hinterfragt und überarbeitet werden. Es sollte eine größere thematische Breite innerhalb der einzelnen Studiengänge angestrebt werden. Wir werden eine Entwicklung in Richtung Bachelor-Generale forcieren.
- Für die Lehrerausbildung fordern wir, Quereinstiege und andere praxisverstärkende Möglichkeiten zu ermöglichen
- Das starre Festhalten an insgesamt 10 Semestern für die Dauer von Bachelor- und Master-Studiengängen halten wir für falsch. Hier fordern wir mehr Flexibilität.
- Die Hochschulen vergeben ihre Credits trotz gleicher Inhalte sehr unterschiedlich bei einzelnen Fächern. Hier ist eine Angleichung anzustreben.
- Eine Synchronisierung der Semesterzeiten an den hiesigen Hochschulen mit denen der Hauptpartnerländer soll angestrebt werden, um Auslandssemester besser in den Studienablauf integrieren zu können.
- Die Erhebung von Studiengebühren sowie deren Verwendung stellen wir in die Autonomie der Hochschulen.
- Institutionsakkreditierung statt Studiengangsakkreditierung sowie Genehmigung von Studiengängen, die mit Staatsexamina abgeschlossen werden.
- Einrichtung und Ausbau von Halbtagsstudiengängen bzw. -angeboten und eines angemessenen Angebots an Kinderbetreuungsmöglichkeiten an den einzelnen Hochschulen.

Forschung und Innovation

Die Universitäten und Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sind eine Erfolgsgeschichte. Sie sind als Motor des Strukturwandels auch wirtschaftlich unverzichtbar geworden und sichern auch über Drittmittel viele Arbeitsplätze. Rund um die Hochschulen haben sich neue Unternehmen angesiedelt und alteingesessene konnten sich weiterentwickeln. Mit ihren vielfältigen Angeboten bereichern sie zudem das kulturelle Angebot unserer Städte und tragen mit ihren überregionalen und internationalen Erfolgen wesentlich dazu bei, Bremen als modernen Standort zu profilieren und das Image unseres Landes zu verbessern.

Die staatlichen Hochschulen, die Universität Bremen und die private Jacobs Universität Bremen machen auch überregional bzw. international auf Bremen und sich selbst aufmerksam. Die Bremer Erfolge in der Exzellenzinitiative und hohe Drittmitteleinnahmen haben den Ruf des Wissenschaftsstandortes deutlich verbessert.

Statt die positive Entwicklung entschlossen zu unterstützen, hat Rot-Grün die Hochschulen Risiken ausgesetzt, ohne Ihnen die notwendige Planungssicherheit zu geben. Die Kürzungen innerhalb des Hochschulgesamtplanes V haben die Handlungsfähigkeit der Hochschulen dramatisch eingeschränkt und gefährden mittlerweile die Möglichkeiten der Einwerbung von Forschungsdrittmitteln. Bereits seit Jahren sind unsere Hochschulen im nationalen und internationalen Vergleich unterfinanziert, mittlerweile ist der Abstand deutlich gewachsen. Die Möglichkeiten, diesen Nachteil durch besondere Flexibilität zu kompensieren, sind kaum noch gegeben.

Die rot-grüne Koalition hat ein Hochschulgesetz beschlossen, welches weit hinter die Regelungen anderer Bundesländer zurückfällt. Weiterhin legt der Senat den staatlichen Hochschulen enge Fesseln bei der Personalwahl an und verhindert durch bürokratische Regelungen etwa zur Frauenquote und zur Beteiligung eine effektive Handlungsweise. Gleichzeitig ist es versäumt worden, die Interessen der Studierenden, etwa durch Ausbau einer Betreuung, wie sie für die stark verschulden Bachelorstudiengänge nötig wäre, ausreichend zu berücksichtigen.

Daher setzt sich die FDP für eine weitergehende Reform des Hochschulgesetzes sowie eine bessere und langfristige finanzielle Förderung der Hochschulen ein. Die forschungsorientierte Vernetzung der Hochschulen und Universitäten wollen wir stärken.

Auch in wissenschaftlichen Einrichtungen besteht die Tendenz zu einer Aufblähung der Bürokratie. Im Rahmen der Stärkung der Hochschulautonomie werden wir positive Anreize setzen, um dem entgegenzuwirken.

Die FDP bekennt sich eindeutig zur Forschungsfreiheit. Wir wollen in den kommenden Jahren die Anzahl von Tierversuchen durch den verstärkten Einsatz von Alternativmethoden

verringern. Oft sind jedoch keine alternativen Methoden zum Tierversuch mit dem für die Versuchen geeigneten niederrangigsten Tier vorhanden, die Tiere werden gut behandelt, die tierschutzrechtlichen Voraussetzungen liegen vor und die reale Chance ist gegeben, Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen ihr schweres Leiden erträglicher zu machen. In diesen Fällen ist es weder ethisch noch moralisch vertretbar, Menschen die Erkenntnisse der Forschung und Entwicklung sowie der im Fall der Hirnforschung noch dringend erforderlichen Grundlagenforschung vorzuenthalten. Die FDP will den Streit um die Fortführung der Forschungen an Makaken an der Universität Bremen daher beenden. Die Fortführung der Forschungen, die zum Ziel haben, die Funktion des Hirns besser zu verstehen, medizintechnische Methoden zur Anwendungsreife zu bringen und kranken und behinderten Menschen zu helfen, ist unter Beachtung aller einschlägigen, insbesondere tierschutzrechtlichen, Vorschriften zu genehmigen.

Die FDP fordert daher:

- Ablösung des rot-grünen Hochschulgesetzes durch ein modernes Hochschulfreiheitsgesetz.
- Mehr Selbständigkeit der staatlichen Hochschulen; freie Wahlmöglichkeit über die eigene Organisationsform (zum Beispiel in Form einer Stiftung).
- Reduzierung der Wissenschaftsverwaltung beim Senat auf die für überregionale Forschungszusammenarbeit und Bund-Länder-Koordination notwendigen Stellen.
- Rücknahme des Hochschulgesamtplanes V, der mit seinen drastischen Einsparungen die Qualität von Forschung und Lehre deutlich eingeschränkt und die Chancen auf erfolgreiche Drittmittelwerbung massiv verschlechtert hat.
- Mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen für mehr Planungssicherheit
- Vollständige Personalhoheit für die Hochschulen in allen Bereichen; Beendigung der Verbeamtung im Hochschulbereich.
- Einführung eines eigenen Wissenschaftstarifvertrages, der auf die Besonderheiten wie Auslandsaufenthalte, Wechsel zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Forschungsarbeiten usw. Rücksicht nimmt.
- Verzicht auf Quotenregelungen.
- Aufbau von Kapitalstöcken durch die Hochschulen, die nicht dem Zugriff des Staates unterliegen, über Spenden und Alumnibeiträge.
- Sicherung der Forschungsfreiheit.
- Der Rechtsstreit über die Fortsetzung von Versuchen mit und an Makaken an der Universität Bremen ist zu beenden.

Innovation fördern

Innovationen entstehen aufgrund der Nachfrage von Märkten. Hervorragender Forschungseinrichtungen können die dafür notwendigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in Unternehmen unterstützen. Die Ziele des Innovationsförderungsprogramms „InnoVision 2010“ des Senats, wonach das Land Bremen im Jahr 2010 zu den Top-Ten

der Technologiestandorte Deutschlands gehören und in seinerzeit sieben ausgewiesenen Kompetenzfeldern Spitzenpositionen erreichen sollte, sind weitestgehend gescheitert. Bei der Neuausrichtung der Innovationsförderung hat Rot-Grün die Fehler der Großen Koalition wiederholt: Statt konkrete abgrenzbare Wachstumstechnologien zu identifizieren und zu fördern, werden nach wie vor diverse unterschiedliche immer wieder neu kombinierte wolkige Branchenzusammenhänge als Förderschwerpunkte ausgewiesen. Gute Forschungsförderung dient nicht allein der Finanzierung vorhandener Forschungsstrukturen, sondern sie setzt bei der Nachfrage der Unternehmen an.

Die FDP wird die Innovationsförderung des Landes neu ausrichten. Wir werden die zur Verfügung stehenden Mittel zur Förderung konkreter Forschungs- und Entwicklungsvorhaben vorrangig kleiner und mittelständischer Unternehmen in produzierendem Gewerbe, im Handwerk und in innovativen Dienstleistungsbereichen einsetzen. Die Profilierung des Technologieparks Universität und des Science Parks der Jacobs University werden wir vorantreiben.

Die FDP fordert daher:

- eine Konzentration der Förderung auf für die Unternehmen am Standort Bremen und Bremerhaven wichtige Innovationsbereiche
- Konzentration der Förderung auf konkrete Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit Vorrang für kleine und mittelständische Unternehmen
- die Profilierung des Technologieparks Universität und des Science Parks der Jacobs University vorantreiben

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Die FDP setzt sich dafür ein, dass lebenslanges Lernen zielgenau gefördert wird. Wir werden das derzeitige Bremische Bildungsurlaubsgesetz in seiner jetzigen Form abschaffen und ein zeitgemäßes Bildungsfreistellungsgesetz schaffen. Das derzeitige Bremische Bildungsurlaubsgesetz wird den veränderten Anforderungen an zeitgemäße Möglichkeiten berufsbezogener Weiterbildung für Arbeitnehmer nicht mehr gerecht.

Die FDP fordert daher:

- Schaffung eines modernen Bildungsfreistellungsgesetzes, anstelle des Bildungsurlaubsgesetzes
- Konzentration der Bildungsfreistellung auf berufsbezogene Weiterbildungsinhalte
- Stärkung der betrieblichen Weiterbildung in kleinen und mittelständischen Unternehmen

3 Mehr Freiheit, mehr Wohlstand

Eine dynamische und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist eine notwendige Voraussetzung zur Lösung der Arbeitsmarkt- und Finanzprobleme unseres Landes. Die FDP ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen zu den liberalen Prinzipien, Privateigentum, Vertragsfreiheit, freie Preisbildung und Berechenbarkeit der wirtschaftlichen Rahmensetzung. Für das Land Bremen sind eine Abkehr von der Staatswirtschaft und eine Erneuerung im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft zum Erhalt der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Region dringend geboten. Nur wenn die produktiven Kräfte in unserem Land sich entfalten können, kann Wohlstand erhalten und neu geschaffen werden. Bremen und Bremerhaven brauchen Kreativität, Innovationen, neue Ideen und Mut zu unternehmerischer Selbständigkeit. Unsere Wirtschaftspolitik setzt auf das Engagement verantwortlich-handelnder selbständiger Unternehmerinnen und Unternehmer im Mittelstand und im Handwerk sowie der freien Berufe. Unser ordnungspolitischer Kompass ist durch unsere ordnungspolitischen Prinzipien Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen und Verlässlichkeit vor Beliebigkeit bestimmt.

Wirtschaft und Mittelstand

Unter dem rot-grünen Senat hat in Bremen in den vergangenen Jahren Wirtschaftspolitik nicht stattgefunden. So wurden dem Wirtschaftsressort zunächst wichtige Zuständigkeiten genommen, etwa die Zuständigkeit für die Bremer Aufbau-Bank. Teile der Innovationsförderung sind sachfremd im Umweltressort angesiedelt. Auf Grund fehlender Kompetenzen ist der Wirtschaftssenator weitgehend ohne Einflussmöglichkeiten. So bei der Umweltzone, bei Fragen des Tempolimits oder bei der Entwicklung des Geländes der Bremer Wollkämmerei.

Die FDP fordert, Kompetenzen beim Wirtschaftsressort zu bündeln. So soll die gesamte Technologie- und Innovationsförderung gebündelt und die Zuständigkeiten für die Verkehrs- und die Arbeitsmarktpolitik dem Wirtschaftssenator zugeordnet werden. Eine kompetente, querschnittsorientierte und sachgerechte Aufgabenwahrnehmung macht dies unbedingt erforderlich.

Die FDP bekennt sich zur Industrie im Land Bremen. Die Schließung bzw. Abwanderung von Unternehmen an andere Standorte beobachten wir mit großer Sorge. Wir wollen hervorragende Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen schaffen. Das Gelände der Bremer Wollkämmerei (BWK) in Bremen-Nord wollen wir als größtes zusammenhängendes Gewerbegebiet mit industrieller Nutzung erhalten. Dieses Areal mit seinem hervorragenden Zugang zur Weser besitzt ein enormes Potential etwa für Unternehmen des aufstrebenden Offshore-Anlagenbaus.

Das Land Bremen hat als „Land der kurzen Wege“ die Chance, Vorreiter beim Abbau nicht benötigter bürokratischer Normen und Vorschriften zu werden. Dies muss endlich entschlossen genutzt werden, um sich als Modellregion für den Bürokratieabbau zu profilieren. Seit Mai 2003 hat unser Nachbarland Niedersachsen mehr als 2.000 Gesetze und Verwaltungsvorschriften nachhaltig abgebaut. In Bremen ist seit 2007 unter der Rot-Grünen Koalition die Zahl bremischer Gesetze und Vorschriften dagegen um mehr als 100 angewachsen. Es fehlt dem rot-grünen Senat am Bewusstsein für die fatalen Auswirkungen vieler Gesetze und von Überregulierung auf Arbeit und Beschäftigung. Deshalb fordert die FDP eine systematische Bewertung sämtlicher neuer Gesetze und Vorschriften mit Blick auf deren Auswirkungen auf den ersten Arbeitsmarkt. Weiterhin werden wir sicherstellen, dass bundes- und europarechtliche Vorgaben mit Auswirkung auf Wirtschaft und Mittelstand im Land Bremen nur 1:1 umgesetzt werden.

Die Chance, die bei Verabschiedung des neuen Bremischen Gaststättengesetzes bestanden hätte, die Erlangung einer Gaststättenkonzession signifikant zu erleichtern, hat die rot-grüne Koalition aus unerfindlichen Gründen ungenutzt gelassen. Die FDP wird das Gesetz bürokratiemindernd überarbeiten und die so genannte Sperrzeit, von der sich viele andere deutsche Städte längst verabschiedet haben, abschaffen.

Wir wollen in Bremen ein verbraucher- und freiheitsfreundliches Ladenöffnungs- und Sonn- und Feiertagsrecht schaffen. Die restriktive Beschränkung von Ladenöffnungszeiten widerspricht angesichts der Veränderungen unserer Arbeits- und Konsumgesellschaft der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen. In vielen Stadtteilen besteht ein waches Interesse des Einzelhandels an erweiterten Möglichkeiten zur Sonntagsöffnung von Ladengeschäften, insbesondere im Rahmen gemeinsamer Werbeaktionen des Einzelhandels und parallel zu Veranstaltungen im Stadtteil. Statt die Möglichkeiten zur Sonn- und Feiertagsöffnung immer weiter einzuschränken, wollen wir an bis zu vier Sonntagen die Öffnung von Ladengeschäften an so genannten „weiteren“ Sonntagen im Rahmen von Veranstaltungen in jedem Stadtteil zulassen. Die Festsetzung der einzelnen Termine soll sich an den Vorschlägen der Stadt- und Ortsteilbeiräte orientieren. Wir wollen darüber hinaus eine Ausweitung der Möglichkeit zur Sonntagsöffnung von Ladengeschäften nach der Regelung für so genannte Ausflugsorte um den Bremer Marktplatz, im Viertel sowie in der Bremerhavener Innenstadt prüfen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Betreibern gewerblicher Autowaschanlagen ermöglicht wird, Fahrzeuge auch an Sonn- und ausgewählten Feiertagen waschen zu lassen, sofern hierdurch berechnete Interessen der Nachbarn nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

Die Regelungen, die die rot-grüne Koalition in der Neufassung des Vergabegesetzes festgeschrieben hat, belasten Handwerk, kleine und mittelständische Unternehmen nachteilig. Dies gilt insbesondere für die rechtlich zweifelhafte regionale Tariftreuerregelung. Diese werden wir abschaffen. Weiterhin setzt sich die FDP für die Ausweitung der so

genannten Genehmigungsfiktion ein, d.h. bearbeiten Behörden Anträge von Bürgern oder Unternehmen nicht in angemessener Zeit, so gelten die Anträge automatisch als genehmigt.

Die FDP fordert daher:

- Zuständigkeiten für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Innovationsförderung im Wirtschaftsressort bündeln
- Bremen als Modellregion für Bürokratieabbau profilieren
- konsequente Bewertung der Arbeitsmarkteffekte bei politischen Vorhaben, sowie periodische Überprüfung der Effekte ihrer Nachhaltigkeit
- Gaststättengesetz überarbeiten, Sperrzeit abschaffen
- modernes Ladenschluss- sowie Sonn- und Feiertagsrecht schaffen
- Vergabegesetz überarbeiten, Tariftreueregelung abschaffen
- Genehmigungsfiktion ausweiten

Kleine und mittelständischen Unternehmen stellen mehr als 200.000 Arbeitsplätze, etwa drei Viertel der gewerblichen Arbeitsplätze im Land Bremen und mehr als 12.000 Ausbildungsplätze. D.h. mehr als 80 Prozent der Ausbildungsplätze im Land Bremen. Handwerksbetriebe müssen vor Konkurrenz durch von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen für Arbeitsuchende geschützt werden. Die FDP setzt sich weiterhin dafür ein, dass die Zahlungsziele der öffentlichen Hand verkürzt werden.

Mit Blick auf kleine und mittelständische Unternehmen müssen die Chancen der begonnen Neustrukturierung der Bremer Wirtschaftsförderung umfassend genutzt werden. Die Pflege des vorhandenen Unternehmensbestands, auch des Mittelstands und der Kleinunternehmen, muss in diesem Zusammenhang stärker als bisher in den Mittelpunkt des Tagesgeschäfts der Wirtschaftsförderung gerückt werden. Die Wirtschaftsförderung wollen wir im engen Dialog mit den Kammern und Wirtschaftsverbänden vom „One-stopshopping“ zu einem „Onefacethocustomer“ weiterentwickeln. Die Rolle der Wirtschaftsförderungsgesellschaft als Vertriebsarm der Bremer Aufbau-Bank muss im Zuge der organisatorischen Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung neu justiert werden. Insbesondere Finanzierungsgesichtspunkte in Mittelstand und Handwerk erlangen im Zuge der aktuellen Krise besondere Bedeutung. Eine Beibehaltung der engen Verzahnung der Förderbank mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bietet sich, unter Wahrung des Bankgeheimnisses, grundsätzlich an.

Über die begonnene Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung hinaus sind weitere Aktivitäten erforderlich, um den Service von Bremer Behörden und Verwaltung für Unternehmen und Selbständige zu verbessern. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die engere Kooperation zwischen Kammern und Wirtschaftsförderung.

Die Ausrichtung des Standortmarketings muss sowohl hinsichtlich des Adressatenkreises als auch hinsichtlich der regionalen Ausrichtung auf den Prüfstand gestellt werden. Geeignete Instrumente zur Ansprache mittelständischer Investoren aus Industrie und Dienstleistungsgewerbe müssen ergänzt bzw. weiterentwickelt werden. Auch ist eine stärkere Konzentration auf wenige Zielregionen notwendig. Insbesondere sollten dabei bestehende Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Wirtschaftsregionen vertieft werden, in denen bereits mehrere Unternehmen aus Bremen mit der Größenordnung nach relevanten Aktivitäten vertreten sind und in denen absehbar auch realistische Potentiale für eine vertiefte Zusammenarbeit bestehen, d.h. eine Konzentration auf weniger dafür aber wirklich Erfolg versprechende Regionen. Vorstellbar ist für uns etwa die vertiefte Zusammenarbeit mit der Türkei, Indien und Russland als Zukunftsmärkte der Bremer Wirtschaft.

Der Anteil der Selbständigen an den in Bremen arbeitenden Menschen ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Städten zu gering. Die FDP setzt sich für eine stärkere Berücksichtigung des Themas Selbständigkeit und Soziale Marktwirtschaft in Schule, Unterricht und bei der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern ein. Weiterhin wollen wir die Förderung von Career-Services für Studierende, Mentoringprogramme für Studierende mit Mentoren aus lokalen Unternehmen, das Angebot von Entrepreneur-Veranstaltungen, bzw. eines fächerübergreifenden Wahlmoduls „Entrepreneurship“ an den Hochschulen, eine Spezialisierung von Studiengängen auf der Grundlage der regionalen Nachfrage, postgraduale Bildung mit Bezug zum regionalen Arbeitsmarkt oder auch die Förderung von Kooperations-Promotionen mit lokalen Unternehmen in Angriff nehmen. Wir werden daher die Hochschulen und Universitäten mit der skizzierten Zielsetzung stärker als bisher an den Mitteln, die Bremen aus dem Europäischen Sozialfonds erhält, partizipieren zu lassen.

Die FDP fordert daher:

- Schutz von Handwerksbetrieben vor Konkurrenz durch staatlich-finanzierte Beschäftigungsmaßnahmen des so genannten „Zweiten Arbeitsmarktes“
- Verkürzung der Zahlungsziele der öffentlichen Hand
- mittelstandsorientierte Organisation der Wirtschaftsförderung im Sinne eines „One-facethecustomer“
- Verbesserung des Service von Bremer Behörden und Verwaltung für Unternehmen und Selbständige
- Verbesserung des Standortmarketings der Standorte Bremen/Bremerhaven
- einen Ausbau, keine Reduzierung der Existenzgründungsförderung

Freiheit für Arbeitnehmer

Im Mittelpunkt der liberaler Politik für Arbeitnehmer steht das Bild des mündigen Arbeitnehmers, der selbst entscheidet, mit wem er sich zur Wahrnehmung seiner Interessen zusammenschließt und von wem er sich in steuerlichen oder rechtlichen Fragestellungen beraten oder unterstützen lassen möchte. Bremen ist neben dem Saarland das einzige Bundesland, in dem

für alle Arbeitnehmer eine Zwangsmitgliedschaft qua Gesetz besteht. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer im Land Bremen beteiligt sich nicht an den Aktivitäten der Arbeitnehmerkammer und nimmt deren Angebote in keiner Weise in Anspruch. Die Tätigkeiten der Arbeitnehmerkammer entzieht sich weitgehend der Kontrolle und der Rechtfertigung vor ihren Mitgliedern. Die Arbeitnehmerkammer knöpft den Arbeitnehmern in jedem Jahr Beiträge in Höhe von über zehn Millionen Euro ab, unabhängig davon, ob das Angebot an Dienstleistungen und der Service den Erwartungen und Anforderungen der Mitglieder wirklich entsprechen.

Daher fordert die FDP:

- die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in der Arbeitnehmerkammer

Mobilität und Stadtverkehr

Besonders deutlich wird die wirtschafts- und bürgerfeindliche Politik des rot-grünen Senats beim Verkehr. Die Aversion des grünen Bausenators gegen jede Form von Autoverkehr verhindert wichtige Projekte, die Bremen zukunftsfähig machen. Das Güterverkehrszentrum in der Neustadt feierte vor kurzem sein 25-jähriges Bestehen. Doch noch immer fehlt es an einer optimalen Anbindung an das Fernstraßennetz. Die Realisierung der A 281 als Autobahnring zwischen der A 27 und der A 1 verzögert sich von Jahr zu Jahr. Wann mit dem endgültigen Ringschluss zu rechnen ist, steht noch in den Sternen. Statt von Beginn an eine Gesamtkonzeption zu erstellen, wurde die Strecke in einzelne, zum Teil willkürlich anmutende Bauabschnitte zerteilt.

Ein weiteres typisches Beispiel rot-grüner Fehlplanung ist der Autobahnzubringer Horn-Lehe. Vormalig vorgesehen für die Anbindung an die Hollerlandquerung nach Lilienthal, wäre er Voraussetzung für eine vernünftige und leistungsfähige Erschließung der Umlandgemeinden und der in den vergangenen Jahren entstandenen neuen großen Wohnbaugebiete Borgfelds gewesen. Heute verdeutlicht die 90 Grad Kurve eine vergebene Chance für eine echte Entlastungsstrecke.

Die momentane verkehrspolitische Taktik des rot-grünen Senats verfolgt nur ein Ziel: Mobilität durch motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Nur dort, wo Verkehr fließt, kann Wachstum entstehen. Nur dort, wo es Wachstum gibt, können Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden.

Umweltzone, Überlegungen zur Einführung einer City-Maut, stinkende Staus auf Hauptverkehrsachsen und wichtigen Einfallstrassen und mangelhafte – wenn nicht sogar nicht existente – Planung von Baustellen und deren Effekten: Der Eindruck drängt sich auf, dass es dem Senatsressort weder um eine Reduzierung der Feinstaubbelastung noch des CO₂-Ausstoßes oder der Lärmbelästigung geht. Statt Gängelei brauchen Bremen und Bremerhaven umfassende und zukunftsorientierte kommunale Verkehrskonzepte, die verbindliche Instandhaltungs- und Ausbaupläne für die Verkehrssysteme der Kommunen vorsehen.

Die FDP nimmt die Interessen aller Verkehrsteilnehmer ernst und wird für Verlässlichkeit beim Infrastrukturausbau und bei der Instandhaltung sorgen.

Ausgewogene Verkehrskonzepte für unsere Städte dürfen sich nicht auf bestimmte Verkehrsarten beschränken, sondern müssen als Verkehrswege sowohl Straße und Schiene als auch Wasser und Luft berücksichtigen. Wohldurchdachte Verkehrskonzepte berücksichtigen sowohl den Individualverkehr mit dem Auto, dem Fahrrad, dem ÖPNV oder zu Fuß als auch die für jede Großstadt unerlässlichen Wirtschaftsverkehre. Nur durch eine intelligente und abgestimmte Gesamtplanung lassen sich überflüssige Verkehre, Staus auf Hauptverkehrsachsen trotz potentieller Schaltung von grünen Wellen oder Schleichverkehre in Wohnstraßen vermeiden. Eine Gesamtplanung, die selbstverständlich einer ständigen Evaluation bedarf, ist letztendlich auch die preiswertere Alternative zu teuren Einzelfalllösungen. Diese verlieren das Große und Ganze aus den Augen, bleiben Flickwerk, sind kostspielig und müssen immer wieder angepasst werden.

Umweltzonen, Tempobeschränkungen aus ideologischen Gesichtspunkten und politisch gewollte Verschleppungen der Planverfahren schaden unseren Städten. Aus ideologischen Gründen lässt der rot-grüne Senat Straßen und Radwege verwahrlosen. Statt innerstädtische Straßen in Stand zu halten, spendiert rot-grün großzügig Tempolimits wegen „Straßenschäden“.

Die FDP fordert daher mit Blick auf den Straßenverkehr:

- mehr Anstrengungen bei der Erhaltung der innerstädtischen Straßeninfrastrukturen
- Erhalt der baulich intakten Hochstraße am Breitenweg
- Gesamtverkehrskonzepte für die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven erstellen
- Hauptverkehrsstraße je nach Umgebung, Lärmschutzeinrichtungen und Verkehrsaufkommen mit 50 oder 70 km/h zulassen
- Grüne Welle für die Hauptstraßenverkehrsachsen sicherstellen
- Wege in die Wohnstraßen für Anwohner und Besucher systematisch verkürzen, das spart Treibstoff und vermindert den CO₂-Ausstoß
- Straßen mit Nahversorgungscharakter (z. B. Wachmannstraße und Föhrenstraße) gut erreichbar machen und ausreichend Parkraum schaffen
- Hauptverkehrsstraßen und Autobahnzubringer zukünftig mit lärmindernden Asphalt ausstatten
- bei wichtigen Verkehrsstraßen, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, statt Übergängen mit Ampel, behindertengerechte Unter- oder Überführungen anlegen
- den sprichwörtlichen „Pollerwahn“ in den beruhigten Wohngebieten und Mischgebieten stoppen und Absperrungen reduzieren
- attraktiven Shared Space unter Berücksichtigung von Orientierungsnotwendigkeiten wie sie beispielsweise Blinde haben
- Verminderung der Verkehrsbehinderung durch Baustellen auf das absolut erforderliche Minimum

Mit Blick auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) fordert die FDP:

- keinen Ausbau der Linie 1 und 8 in Huchting
- S-Bahn Haltepunkte anwohnerverträglich planen
- S-Bahn-Netz zügig anwohnerverträglich realisieren
- zweite Ausbaustufe der Farge-Vegesacker-Eisenbahn auf den Prüfstand stellen
- die Weser vermehrt für Fährverbindungen zwischen den Weserseiten nutzen. Zum Beispiel Wiederbelebung der Fähre Pusdorf!
- Weiterentwicklung der ÖPNV-Tarife Bremen-Nord und Bremen-Stadt zu einem Tarifsystems
- Abschaffung des so genannten „Nachtzuschlags“ auf die Nutzung des ÖPNV

Unser Verkehrssystem muss laufend nutzer- und anwohnergerecht weiterentwickelt werden. Die Mobilität von Bürgerinnen und Bürgern in modernen Städten darf sich Innovationen nicht verschließen. Wir wollen den Einsatz innovativer Technologien im Bereich des Verkehrsmanagements und der Fahrzeugtechnologie entschlossen vorantreiben. In 20 bis 30 Jahren werden elektrische Antriebskonzepte den Einsatz fossiler Energieträger ablösen. Die Ablösung des Einsatzes schwindender fossiler Ressourcen ist dabei die zentrale Aufgabe. Diese Aufgabe kann dabei nur so nachhaltig gelöst werden, wenn Mobilität gleichsam nicht zum Luxusgut wird, sondern allgemein verfügbar, bezahlbar und individuell verwendbar bleibt. Diese Herausforderung eröffnet zugleich enorme Chancen für Stadtentwicklung, Umwelt, Wissenschaft und Wirtschaft gerade in Großstädten. Die FDP unterstützt die Entwicklung und Nutzung schadstoffarmer Fahrzeugantriebe sowie die Entwicklung Bremens als Modellregion für Elektromobilität.

Die FDP fordert daher:

- Optimierung des Verkehrsmanagements mit dynamischen Verkehrsfluss- und Wegweisungselementen
- Unterstützung und Entwicklungsimpulse für schadstoffarme Antriebe und Elektromobilität
- Engagement für den Brennstoffzelleneinsatz in öffentlichen Verkehrsmitteln
- Bündelung der Innovationskompetenzen aus dem Fahrzeugbau, der Systemtechnik sowie der hochschulnahen Forschung und Entwicklung
- Weiterentwicklung der Förderung guter Rahmenbedingungen für Car-Sharing
- intelligente Vernetzung der Verkehrsträger
- Förderung und Impulsgebung für betriebliche Mobilitätskonzepte
- Kompetenz- bzw. Ressourcenerweiterung im Baustellenmanagement
- Fortschreibung eines verlässlichen und rechtssicheren Lkw-Führungsnetzes
- Anreizsysteme für Pkw und Lkw mit hohen Umweltstandards, zum Beispieldurch bevorrechtigtes Parken in der Innenstadt
- genügend Stellplätze auch für Fahrräder im Bereich der Innenstadt und in den Wohngebieten

- Parkkonzepte in den innerstädtischen Wohnstandorten für die dort wohnenden Bürgerinnen und Bürger, z. B. im Bereich des Rembertirings (bei Berücksichtigung von Leitstreifen für Blinde)
- Abschaffung der Umweltzone
- Mut zu Shared Space Projekten - auch in Bremen finden sich eine Reihe von geeigneten Straßenbereichen
- Abbau überflüssiger Verkehrsschilder; Aufbau eines Verkehrsschilderkatasters, welches nicht nur Kosten spart, sondern uns auch vor überflüssigen Einschränkungen schützt
- ein tragfähiges und umsetzbares Lärminderungsprogramm, bei dem aktiver vor passivem Lärmschutz im Vordergrund steht
- Unterbindung von Mautvermeidungsverkehren durch Lkw
- kurzfristige Verbesserung der Auf- und Abfahrtsituation des Bauabschnittes 2.1 der A281, damit die Menschen im Bereich der Georg-Wulf-Straße entlastet werden sowie baldmöglichster Rückbau der Neuenlander Straße und Wiedervernetzung mit dem örtlichen Straßennetz, beispielsweise der Meyerstraße

Überregionaler Verkehr, Häfen und Logistik

Bremen und Bremerhaven bieten alle Voraussetzungen, um sich auch in den nächsten Jahren weiter als Standorte für ein breites Spektrum logistischer Dienstleistungsunternehmen profilieren zu können. Dies gilt sowohl für den Güterumschlag, die Lagerung und den Transport als auch für ergänzende so genannte Mehrwertdienstleistungen. Zusätzliche Impulse können neben Überseeverkehren auch durch die Küstenschifffahrt und Binnenschiffsverkehre entstehen. Die Errichtung eines privat finanzierten spezialisierten Schwerlastterminals, von dem aus Bau, Wartung und Instandhaltung von Offshore-Windenergieanlagen abgewickelt werden können, wird von der FDP unterstützt.

Unsere Häfen kommen nach der Überwindung der weltweiten Wirtschaftskrise wieder auf Wachstumskurs. Damit Bremen und Bremerhaven von der dynamischen Umschlagsentwicklung unserer Häfen profitieren und zugleich den Anforderungen an moderne Industriestandorte gerecht werden können, muss die Infrastruktur des Hafenhinterlands zügig angepasst und optimiert werden. Als Logistikstandort mit Häfen in Bremerhaven und Bremen, mit Speditionen und Flughäfen ist das Land Bremen auf eine gut ausgebaut in gutem Zustand stehende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Ein nachfragegerechter und zeitgerechter Ausbau der Schieneninfrastruktur ist dringend geboten.

Die Projekte Bahnknoten Bremen, Y-Trasse, A20/A22, A281, Anbindung CT IV, Außen- und Unterweservertiefung, Mittelweserausbau für Binnenschiffe usw. sind daher schnellstmöglich zu realisieren. Bremen muss sein Interesse gegenüber dem Bund gegebenenfalls auch dadurch bekräftigen, dass ein finanzieller Eigenanteil erbracht wird. Hier sind insbesondere private Finanzierungsformen anzustreben. Wir wollen darüber hinaus die Hinterlandverkehrsinfrastruktur optimieren und verbessern sowie die Potentiale der Binnenschifffahrt systematisch nutzen. Weiterhin wollen wir mit Blick auf Industrie und Projektlogistik die Genehmigungspraxis für Schwerlastverkehre im Land Bremen optimieren und entbürokratisieren.

Eine gute Anbindung an das nationale und internationale Luftverkehrssystem ist ein wichtiger Standortfaktor für unsere Region. Der traditionsreiche Flughafen Bremen hat in den vergangenen Jahren eine sehr dynamische Entwicklung genommen, die es im Wettbewerb mit anderen Flughäfen zu sichern und zu verstetigen gilt. Zu diesem Zweck hält es die FDP für erforderlich, einen strategischen Partner beispielsweise aus der Tourismusbranche am Betrieb des Flughafens zu beteiligen. Wir wollen den Regionalflughafen Bremerhaven in Luneort mit beiden Start-/Landebahnen aufgrund seiner Bedeutung für viele vor Ort ansässigen Betriebe und Institutionen funktionsfähig erhalten.

Die FDP fordert daher:

- Die FDP spricht sich für einen schnellstmöglichen Beginn der Weservertiefung zur Gewährleistung der seewärtigen Erreichbarkeit der Häfen durch Sicherstellung der erforderlichen Tiefe der Fahrrinnen und Hafenbecken sowie bedarfsgerechte Vergrößerung

- der Wendestelle in Bremerhaven auch mit Blick auf zukünftige Schiffsdimensionen aus.
- nachfragegerechter Ausbau der vorhandenen Liegeplatz- und Terminalkapazitäten, gegebenenfalls auch Errichtung weiterer Umschlaganlagen in Bremerhaven unter Mobilisierung privater Investitionen. Dies gilt auch für den von uns unterstützten Bau eines Offshore-Schwerlastterminals in Bremerhaven.
 - Verbesserung des Erhaltungszustandes der Kajen.
 - Konzentration der Nutzung der Kajen in der Hafengruppe Bremen-Stadt auf tatsächlich hafenbezogene Nutzungen sowie die Bildung entsprechender Nutzungscluster
 - Instandhaltung und nachfragegerechter Ausbau der Schieneninfrastruktur in den Hafenebenen.
 - Nachfragegerechter Ausbau des Bahnknotenpunktes Bremen.
 - Schnelle Planung und Realisierung der Y-Trasse Hamburg-Bremen-Hannover bis zum Jahr 2020. Wir fordern zudem die Bereitstellung von Planungsmitteln für die Y-Trasse durch Bremen, wie es Niedersachsen schon getan hat.
 - Ausbau der Strecke Bremen-Langwedel-Uelzen-Stendal-Berlin.
 - Ertüchtigung der Strecke Bremerhaven-Cuxhaven-Hamburg.
 - Ausbau sowie Verbesserung der nautischen und betrieblichen Bedingungen für den Containertransport auf der Mittelweser; Fertigstellung der notwendigen Brückenhöhen für zweilagigen Containerverkehr.
 - Optimierung der Schnittstellen Schiene-Straße-Binnenwasserstraße; Aufbau eines tri-modalen Logistikterminals.
 - Fertigstellung der vollständigen A 281 in Bremen zwischen der A1 und der A27 einschließlich des Wesertunnels und Anbindung an die neue B 212
 - Der Bauabschnitt 5 der A281 soll in Höhe des Flughafens in Tieflage geführt werden.
 - Die Autobahnanbindung des Überseehafens an die A27 muss schnellstmöglich realisiert werden.
 - Ausbau der Straßeninfrastruktur im Bremerhavener Überseehafengebiet
 - Erhalt des Regionalflughafens Bremerhaven

Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsmarktförderung

Das Land Bremen genießt im Bundesländervergleich den wenig ehrenwerten zweitletzten Platz bei der Arbeitslosenquote, direkt hinter Berlin. Im Jahr 2010 ist es allen Ländern gelungen, ihre Arbeitslosigkeit abzubauen, allein Bremen verzeichnete sogar einen geringen Zuwachs. Zeitgleich warnt auch die Bremische Wirtschaft zu Recht vor einem wachsenden Fachkräftemangel. In Bremen und Bremerhaven bleiben Arbeitsplätze unbesetzt, auch im geringqualifizierten Bereich, weil keine geeigneten Bewerber zu finden sind.

Statt endlich Qualifizierung voranzutreiben, wird vom rot-grünen Senat mit dem schrumpfenden Zuwendungen von der Europäischen Union für die regionale Arbeitsmarktpolitik Sozialpolitik gemacht, Klientelgruppen vertröstet und am eigentlichen Problem vorbeigeredet.

Die FDP fordert die Einführung eines Bürgergeldes, das die richtigen Anreize zur Arbeitsaufnahme setzt. Unser aktivierendes Bürgergeld soll die rund 138 verschiedenen Sozialleistungen zusammenfassen. So würden Sozial- und Jugendbehörden entlastet und könnten sich den wirklich Hilfebedürftigen widmen, anstatt sich um Geldzahlungen kümmern zu müssen. Das liberale Bürgergeld wird mit der Steuer abgerechnet. So steht Menschen monatlich Geld zur Verfügung, wenn ihr eigenes Einkommen zu gering ist. Bürgergeld ist eine Sozialleistung für alle, die kein ausreichendes Einkommen erzielen.

Bremen und Bremerhaven können von einer aktivierenden regionalen Arbeitsmarktpolitik profitieren, wenn diese ihre Kräfte darauf konzentriert, die Beschäftigungschancen von Arbeitsuchenden im ersten Arbeitsmarkt zu stärken. Der Wiedereinstieg in ein Arbeitsverhältnis kann auch über Zeitarbeit oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse gelingen. Daher dürfen diese nachgefragten Beschäftigungsformen nicht in der politischen Auseinandersetzung diskreditiert werden. Die Lohnfindung ist vorrangig eine Angelegenheit der Tarifparteien. Sittenwidrige Löhne sind bereits heute verboten.

Mehr als 60 Jahre sozialdemokratischer Sozialpolitik hat im Land Bremen ein ausuferndes Sozialsystem geschaffen, das bundesweit die schlechtesten Ergebnisse liefert: Der Anteil an Langzeitarbeitslosen, die besonders schlecht in den Arbeitsmarkt integrierbar sind, ist im Land Bremen überproportional hoch. Für diese Menschen kann ein Weg in den Arbeitsmarkt nur dann entstehen, wenn sie sinnvolle und wirkungsvolle Qualifizierungen angeboten bekommen. Jeder Arbeitslose sollte nach Ansicht der FDP die Qualifizierung bekommen, die er braucht, um den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Vor allem wollen wir das Leistungsprinzip wieder in den Köpfen der Arbeitssuchenden verankern. Fleiß und Anstrengung müssen sich wieder lohnen.

Die Bremische Arbeitsmarktpolitik setzt unter Rot-Grün jedoch einseitig auf sozialintegrative Tätigkeiten, also den Einsatz Arbeitsloser bei Trägern, die nicht im ersten Arbeitsmarkt tätig sind. Sie riskiert damit nicht nur die Zukunft der angesprochenen Arbeitslosen, die oft trotz jahrelanger „Maßnahmenkarrieren“ keinen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt finden. Und sie riskiert eine Schwächung des Standortes Bremen, der dringend auf geeignete Fachkräfte angewiesen ist.

Wir stehen zu dem Prinzip fördern und fordern. Die BAGIS Bremen und die ARGE Jobcenter Bremerhaven bzw. die neu geschaffenen Gemeinsamen Einrichtungen müssen auf die Probleme der Arbeitssuchenden eingehen, Jobangebote unterbreiten, Qualifizierungen organisieren. Dabei müssen sie deutlich besser werden: Immer wieder kommen Klagen über unübersichtliche Verfahren und mangelnden Datenschutz auf. Auf der anderen Seite müssen die Arbeitslosen gefordert werden, ihre Potentiale auszuschöpfen. Arbeitsverweigerern, Leistungsbetrügern und Schwarzarbeitern muss mit gezielten Sanktionen klar gemacht werden, dass nur wer ehrlich Leistung und Anstrengung zeigt, auch eine Gegenleistung erwarten darf.

Die FDP will die bewährte Zusammenarbeit von Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik im Rahmen der „Bremer Vereinbarung“ zur Sicherung von Ausbildungsplätzen fortführen. Auch die immer noch zu große Zahl von „Altbewerbern“ muss durch verbesserte Beratungs- und Betreuungsangebote künftig zügiger abgebaut werden.

Als Großstadt und wissenschaftliches Zentrum im Nordwesten hat die Stadt Bremen zudem den Anspruch, attraktiv für Hochqualifizierte zu sein. Deren Anteil an den Erwerbstätigen liegt jedoch im Städtevergleich sehr niedrig. Gerade Jobs für Höherqualifizierte bilden oftmals den Ausgangspunkt für eine leistungsfähige Wirtschaftsstruktur und die spätere Schaffung weiterer Arbeitsplätze, auch für Geringqualifizierte. Die FDP wird sich dafür einsetzen, das Potential hervorragender Absolventen der Hochschulen und Universitäten verstärkt an die Region zu binden und eine Verringerung des Bremer „Brain Drain“ erreichen. Deshalb muss auch das Arbeitsmarktpolitische Programm des Landes diese Zielgruppe ansprechen.

Die FDP fordert daher:

- Umbau der Arbeitsmarktpolitik zugunsten von Qualifizierung
- Streichung von Querfinanzierung kultureller und sozialer Einrichtungen aus dem Arbeitsmarktprogramm
- Schaffung eines aktivierenden Bürgergeldes
- Arbeitsgelegenheiten betriebsnah ausgestalten, Konkurrenz zu Betrieben ausschließen
- Sanktionen bei Hartz-IV gezielt und konsequent einsetzen, Menschen zur Arbeitsaufnahme bewegen
- Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessern – Potential ausländischer Fachkräfte nutzen
- Anreize zur Arbeitsaufnahme verbessern – Zuverdienstmöglichkeiten ausweiten
- Chancen auch für Niedrigqualifizierte offen halten – gesetzlichen Mindestlohn verhindern
- Verwaltung des Arbeitsmarktprogramms verschlanken und wieder in die Behörde integrieren, Bremer Arbeit GmbH auflösen
- Bekämpfung der Schwarzarbeit durch Kooperation mit Zoll und Sozialbehörden
- Hochqualifizierte als Zielgruppe in die Arbeitsmarktprogramme aufnehmen
- Hochschul-Absolventen in Bremen halten
- Beratung und Betreuung der Ausbildungssuchenden verbessern, Altbewerber nicht aus den Augen verlieren
- Datenschutz in der Arbeitsverwaltung sicherstellen, qualifiziertes Personal, Organisation effizienter und bürgerfreundlicher, Vermittlung verbessern
- Chancen für den Berufseinstieg Langzeitarbeitsloser erhalten – Job-Motor Zeitarbeit nicht ausbremsen

Energiepolitik

Die FDP richtet ihre Energiepolitik an der Versorgungssicherheit aus ohne Umwelt und Kosten zu vernachlässigen. Einseitige Orientierung an Umweltproblemen übersieht, dass Wirtschaft und Bürger auch zukünftig Energie bezahlen können müssen. Bezahlbarer Strom ist gerade für Menschen mit geringem Einkommen, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit der gewerblichen Verbraucher von großer Bedeutung. Deshalb wird die FDP weiter darauf achten, dass gesetzliche Regelungen nicht zu einer starken Erhöhung des Strompreises führen.

Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe entscheidet zukünftig über die Qualität der Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven, über Wohlstand und Arbeitsplätze. Eine langfristig angelegte Energiepolitik bietet gute Chancen für den Mittelstand. Hierbei muss die Energiepolitik des Senats für Wirtschaft und Verbraucher widerspruchsfrei und verlässlich sein, denn Energieinvestitionen in Gebäude und Anlagen sind langfristig gut angelegt.

Der Wettbewerb auf den deutschen Energiemärkten hat in der Vergangenheit deutlich abgenommen. Es war aus Sicht der FDP falsch, das Monopol bei den Übertragungsnetzen in die Hand von vier Stromkonzernen zu geben. Hier sorgt das neue Energiekonzept der Bundesregierung für eine Belebung des Wettbewerbs. Die FDP will die kartellrechtlichen Instrumente im Rahmen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auch mit Blick auf die Energiewirtschaft schärfen.

Eine Rekommunalisierung beziehungsweise Verstaatlichung der Energieversorgung leistet dagegen keinen Beitrag zur Intensivierung des Wettbewerbs, denn sie vermindert die Wettbewerbsintensität zwischen den Energieträgern. Für den Energiemarkt gilt für uns wie auch für die übrige Wirtschaft: Versorgungsunternehmen der öffentlichen Hand sollen nur dann zulässig sein, wenn öffentliche Betriebe diese Versorgungsaufgaben besser und wirtschaftlicher erbringen können als private Unternehmen. Private Unternehmen dürfen in diesem Wettbewerb nicht benachteiligt werden.

Wir treten für einen möglichst breiten Energiemix ein, der keinen Energieträger ausschließt sowie für den effizienten und wirtschaftlichen Umgang mit Energie. Wir unterstützen den Übergang von konventionellen zu erneuerbaren Energien und befürworten die Weiterentwicklung marktnaher Energien, etwa Geothermie und Windenergie. Um den Strombedarf mit dem stark schwankenden Angebot aus Windkraft und Solarenergiegewinnung in Einklang zu bringen sind mehr Speichermöglichkeiten nötig. Derzeit fehltes noch an den dafür notwendigen effizienten Speichertechnologien. Sowohl Qualität als auch Quantität der Speichermöglichkeiten müssen erweitert werden. Außerdem fehlen die Überlandleitungen, um den Strom an die Orte zu bringen, an denen er benötigt wird. Wo Wind weht, wird nicht zwingend Strom benötigt. Daher ist der Netzausbau unerlässlich. Angesichts des deutschen Planungsrechts, das bei den Bundesländern liegt, wird es mehrere Jahre dauern, um die nötigen Netzerweiterungen zu realisieren.

Die FDP fordert deshalb:

- die Erstellung eines Landes-Energiekonzepts, in dem Ziele und Maßnahmen des Senats vor dem Hintergrund der EU- und Bundesregelungen widerspruchsfrei und verlässlich dargestellt werden.
- ideologiefreier Mix von fossilen und nicht-fossilen Energierohstoffen zur Verbesserung der Versorgungssicherheit
- fairen Wettbewerb im Strommarkt stärken
- Rekommunalisierung der Energieversorgung ablehnen
- Speichertechnologien weiterentwickeln und Stromnetze ausbauen
- Beschleunigter Ausbau der Übertragungsnetze

Beziehungen zur Metropolregion, im Bund und in Europa

In ihrer Stellung als Zwei-Städte-Staat ist die Freie Hansestadt Bremen eng in die umgebenden Strukturen eingebunden. Wirtschaftlich und politisch sind die Verbindungen zu den anderen Bundesländern, zuvorderst Niedersachsen, zum Bund und zur Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Auf der einen Seite profitiert Bremen als Drehkreuz im internationalen Warenhandel vom freien Markt in Europa. Auf der anderen Seite stellen die finanziellen Mittel des Landesfinanzausgleichs und der Arbeitsmarkt- und Strukturhilfen von der EU eine bedeutende Säule in den kommunalen Haushalten und dem Landeshaushalt dar.

Bremen hat als kleinstes Bundesland natürlich eine andere Position als seine Nachbarn. Statt hausgemachte Probleme zu bejammern, muss Bremen sich dem Wettbewerb mit den übrigen Bundesländern offensiv und ehrlich stellen. Die Zeit von Arroganz, Besserwisseri und fast ausnahmslos kostspieligen ineffizienten Bremer Sonderwegen ist vorbei. Bremen muss endlich von anderen Bundesländern lernen, wo diese bessere und effizientere Regelungen gefunden haben.

Mit seinem großen Nachbarn Niedersachsen steht Bremen in einem besonders engen Verhältnis, das durch Freundschaft aber auch durch Wettbewerb gekennzeichnet ist. In der Politik besteht deutlicher Bedarf an zunehmender Abstimmung zwischen den Landesregierungen. Eine Kooperation in bestimmten Bereichen, auch eine Zusammenlegung einzelner Aufgaben, etwa im Bereich der Lebensmittelüberwachung bereits umgesetzt, kann Leistungen übersichtlicher und kostengünstiger organisieren und sollte ausgeweitet werden. Unterschiedliche gesetzliche und planerische Vorgaben können gerade im Verhältnis Bremen-Umland gewichtige Auswirkungen haben. Daher tritt die FDP dafür ein, dass Bremen die Intensivierung der Zusammenarbeit in der Metropolregion Bremen-Oldenburg als Zukunftsmodell für die überregionale Kooperation forciert.

Bremen ist als Standort für internationalen Handel, Wirtschaft und Tourismus stark von den Entwicklungen auf europäischer und globaler Ebene betroffen. Insbesondere stammt

heute ein Großteil der rechtlichen Vorgaben in wichtigen Bereichen aus der Europäischen Union. Deshalb muss das Land Bremen auch dort Einfluss nehmen und seine Positionen vertreten. Mit der organisatorisch schlank aufgestellten Vertretung des Landes Bremen in Brüssel verfügen wir über eine aktive Repräsentanz vor Ort, die es als Türöffner für Bremische Institutionen, Initiativen und Unternehmen zu erhalten gilt. Zugleich muss im Sinne der Effizienz darauf geachtet werden, dass sich Bremen auf wirklich erfolgversprechende Themen und Initiativen konzentriert.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurden auch die Rechte der nationalen Parlamente, auch der Parlamente der Bundesländer im Rahmen der Subsidiarität klarer definiert. Künftig kann Bremen über den Bundesrat Einspruch gegen Initiativen der Europäischen Kommission einlegen, wenn es sein Verantwortungsbereich verletzt sieht. Entscheidungen sollen so bürgernah wie möglich getroffen werden, nur was wirklich nationale oder europäisch geregelt werden muss, soll dort entschieden werden. Mit diesem neuen Instrument wird auch die FDP künftig diesen Grundsatz einfordern und sich aktiv in europäischen Debatten einschalten können.

Die Zukunft der Strukturfonds der EU ist aus Bremer Sicht das zentrale Thema der nahen Zukunft. Bremen und Bremerhaven erhalten bisher massive Zuwendungen aus der EU, der überwiegende Teil der Bremischen Arbeitsmarktpolitik basiert auf diesen Mitteln. Mit der Erweiterung der Union nach Osten steht die Zukunft der Finanzierung der Regionen in reicheren Mitgliedstaaten auf dem Spiel. Bezüglich der Ausrichtung der Fonds kann sich die FDP eine stärkere Bindung an die primären Ziele der kürzlich beschlossenen Agenda Europa 2020 vorstellen: Wissen und Innovation, Umwelt und Beschäftigung. Die europäischen Gelder sollten nicht länger für die nicht nachhaltige Subventionierung und Alimentierung Langzeitarbeitsloser, denen damit keine Perspektive geboten wird, verpulvert werden. Die FDP sieht vielmehr Chancen für Bildungs- und Qualifizierungsprogramme, die den notwendigen Strukturwandel in Bremen befördern und die Möglichkeit nötige Küstenschutzprojekte aus den EU-Mitteln zu finanzieren.

Die FDP fordert daher:

- Föderalismus nutzen – Wettbewerb der Regelungen und Innovationen
- Abstimmung und Kooperation mit Niedersachsen erweitern
- Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung mit Niedersachsen und anderen Ländern umsetzen, wo immer dies eine Steigerung der Effizienz bedeutet und im Interesse des Landes Bremen ist. Kooperation bietet sich unter anderem im Bereich der Statistikerstellung, des Verbraucherschutzes, der Gewerbeaufsicht und der Krankenhausplanung an.
- Metropolregion Bremen-Oldenburg intensivieren und ausbauen
- Einflussnahme in Brüssel, EU-Vertretung erhalten
- Strukturfonds erhalten und Mittel nachhaltig einsetzen

4 Freiheit für das Land Bremen erhalten

In den vergangenen Jahren ist es dem rot-grünen Senat nicht gelungen, die Verschuldung Bremens auch nur ansatzweise zu verringern. Im Gegenteil: Die Neuverschuldung ist dramatisch angestiegen und wirkliche Sparbereitschaft ist nicht erkennbar. Stattdessen sind die Ausgaben an vielen Stellen erhöht worden, ohne dass eine nennenswerte Wirkung erzielt wurde. Durch Zinszahlungen, Pensionslasten, Verpflichtungsermächtigungen und Schattenhaushalte sind Milliarden schon heute ausgegeben, die uns in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Derzeit belaufen sich die Schulden des Landes und seiner Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven auf rund 18 Milliarden Euro. Zugleich zeigen erste Erhebungen, dass Bremen auch bilanziell deutlich überschuldet ist. Es gilt daher, dem Senat in Erinnerung zu rufen, dass ein ehrbarer Kaufmann, wie jeder Bürger zu Hause auch, nur dass ausgeben kann, was er einnimmt.

Momentan besteht für die nächsten beiden Jahre ein strukturelles Defizit der bremischen Finanzen von mehr als 1 Mrd. Euro pro Jahr, bei einem Gesamthaushalt von ca. 4,3 Mrd. Euro. Aufgrund der gesetzlich vereinbarten Schuldenbremse und in Zusammenhang mit den mit Auflagen behafteten zusätzlichen ca. 300 Millionen Euro pro Jahr vom Bund ergibt sich ein Defizit von ca. 800 Mill. Euro pro Jahr. Dies entspricht in etwa der jährlichen Zinszahlungen Bremens für Kredite (ausgeglichener Primärhaushalt). Durch den Verkauf bremischen Eigentums und die damit verbundene Schuldentilgung sowie durch eine konsequent betriebene Aufgabenkritik mit Abbau der öffentlichen Verwaltung und der angegliederten und ausgegliederten Betriebe sowie ein Einfrieren der Ausgaben auf dem für 2010 vorgesehenen Niveau von 4,1 Milliarden Euro ist dieses Defizit bis spätestens 2020 ausgleichbar. Dies ist Voraussetzung für die parallel betriebene Altschuldenregelung. Aber die vom Bund und den Ländern zu finanzierende Regelung wird nur dann eine Chance auf Verwirklichung haben, wenn Bremen alle, wirklich alle notwendigen und aus eigener Kraft möglichen Schritte zur Sanierung unternimmt.

Haushalt und Finanzen

Die FDP setzt sich für eine Strategie zur Konsolidierung der bremischen Finanzen aus Sparanstrengungen, einer Verminderung des Schuldenstandes der öffentlichen Haushalte durch Vermögensveräußerungen und einer Veränderung der Steuerverteilung auf Bundesebene sowie eine Altschuldenregelung ein.

In den bremischen Haushalten gibt es noch immer ein enormes Sparpotenzial. Viele Ausgaben, die getätigt werden, sind unnötig oder übertrieben hoch. Es braucht aber auch den Willen, konsequent zu sparen und jede Möglichkeit zu nutzen. Die FDP fordert, jede

Ausgabe auf den Prüfstand zu stellen und dafür die dringend benötigte Aufgabenkritik der jetzt wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben und der zwingend notwendigen gesetzlich determinierten Kernaufgaben vorzunehmen.

Ebenso gehören hierzu ein Neuzuschnitt der Senatsressorts und eine effektivere Verwendung der vorhandenen Mittel. Der Personalbestand Bremens ist für die Größe unseres Bundeslandes unverhältnismäßig hoch. Einschließlich aller Eigenbetriebe und Beteiligungen beschäftigt die Freie Hansestadt Bremen ca. 50.000 Menschen, rund 13.000 davon in der so genannten Kernverwaltung. Zum Vergleich, die bereits als aufgebläht bezeichnete Bürokratie der Europäischen Union beschäftigt ca. 35.000 Menschen. Deshalb sollten Stellen in den senatorischen Dienststellen nicht wieder besetzt werden. In der Verwaltung gibt es zu viele Beschäftigte: Mit über 30 Prozent Beschäftigten verwaltet die Verwaltung sich selbst. Diese Quote ist schnellstmöglich auf 20 Prozent zu senken. Ebenso haben Vergleiche mit den anderen Stadtstaaten ergeben, dass in Bremen überdurchschnittlich viele Beschäftigte in höhere Einkommensklassen eingruppiert sind. Die Verwaltung muss schlanker und bürgerfreundlicher werden und der Anteil der „Häuptlinge“ im Vergleich zu den „Indianern“ muss reduziert werden. Hierzu sind eindeutige und ausreichend flexible Regelungen etwa mit Blick auf die Versetzung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erforderlich. Die Regelungen des Bremischen Personalvertretungsgesetzes müssen entsprechend geändert werden. Die FDP tritt in diesem Zusammenhang für die konsequente Nutzung der Arbeitgeberrechte bzw. Dienstherrrechte durch den Senat ein. Außerdem hält es die FDP für unerlässlich, dass ein echter Personalbinnenmarkt für den bremischen öffentlichen Dienst eingerichtet wird, damit Personalüberhänge zügig abgebaut werden können und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Perspektiven aufgezeigt werden.

Als Eigenbeitrag Bremens zur Verminderung der Schuldenlast, strebt die FDP eine weitgehende Veräußerung von in Unternehmensbeteiligungen gebundenem Vermögen der Freien Hansestadt Bremen an. Daher fordert die FDP eine breit angelegte Privatisierungsoffensive. Dabei muss es sich um materielle, also „echte“ Privatisierungen handeln und nicht wie vielfach in der Vergangenheit um reine Organisationsprivatisierungen (sog. Scheinprivatisierungen). So sollen Beteiligungen beispielsweise an der Gewoba, an der Brepark und an der Bremer Flughafen GmbH veräußert werden.

Die FDP setzt sich daher dafür ein, die Veräußerung von nicht mehr benötigten Grundstücken und Immobilien Bremens unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation beschleunigt voranzutreiben. Viele derzeit brachliegende Flächen bzw. ungenutzte Gebäude lassen sich je nach Lage hervorragend für Wohnen oder Gewerbe nutzen.

In Bremen besteht kein genereller Wohnungsmangel. Vielmehr herrscht ein Mietermarkt. Erst im Zuge der Neue-Heimat-Pleite in den achtziger Jahren hat Bremen Anteile der Gewoba übernommen, um einen planlosen Ausverkauf zu verhindern. Die Gewoba-Anteile sollten allerdings in einem überschaubaren Zeitraum wieder verkauft werden. Von diesem

Vorhaben ist der Senat später aus wahltaktischen Gründen abgerückt. Die FDP hält es für sinnvoll, die Gewoba AG zu einem geeigneten Zeitpunkt in den kommenden Jahren zu veräußern, zumal die derzeit erzielte Rendite in keinem Verhältnis zu möglichen Zinseinsparungen bei Einsatz des Verkaufserlöses zur Schuldentilgung steht. Wir müssen die Sorgen und Ängste der Mieter dabei berücksichtigen und durch entsprechende Vertragsklauseln aufgreifen. Neben der Entschuldung könnte ein Teil des Verkaufserlöses in die Stadtentwicklung fließen. An einer Veräußerung dieser Beteiligung führt in der aktuellen Haushaltssituation Bremens kein Weg vorbei.

Die Ansiedlung des Low-Cost-Carriers Ryanair hat die positive Entwicklung des Bremer Flughafens weiter beschleunigt. Gleichwohl bleibt der Flughafen hinter seinen Möglichkeiten zurück. Über das zusätzliche Passagieraufkommen als Folge der Ryanair-Ansiedlung hinaus, ist es kaum gelungen, in nennenswertem Umfang zusätzliche Linienverbindungen, Passagiere und Fracht an den Flughafen zu binden. Neue Impulse können durch die Veräußerung des Flughafenbetriebs und das Engagement privater Investoren - beispielsweise aus dem Tourismussektor - in die strategische Unternehmensplanung des Flughafens entstehen. Durch eine Privatisierung würde Bremen ein erheblicher Erlös zufließen, der nach Überzeugung der FDP zur Schuldentilgung eingesetzt werden muss. Darüber hinaus wäre Bremen von in der Vergangenheit nicht immer glücklich wahrgenommenen Gesellschafteraufgaben und vom Betreiberrisiko befreit. Der Betrieb eines Flughafens gehört nicht zu den Kernaufgaben des Staates.

Parkhäuser und Parkplätze in Bremen müssen nicht von der öffentlichen Hand betrieben werden. In diesem Bereich muss über verschiedene Modelle der Verpachtung, des Betriebs und des Verkaufs nachgedacht werden. Andere bundesdeutsche Großstädte haben vorgemacht, wie in diesem Sektor erfolgreich privatisiert werden kann.

Der Klinik-Skandal hat deutlich gemacht, dass Behörden und Politik mit einer verantwortungsvollen Wahrnehmung von Gesellschafteraufgaben in Großunternehmen überfordert sind. Die Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser mit gemeinnützigen oder privaten Trägern ist der geeignete Weg, um die Stadtgemeinde Bremen von dem erheblichen Betreiberrisiko zu entlasten und um gute medizinisch-pflegerische Leistungen und zukunftsfeste Arbeitsplätze im Gesundheitssektor vorhalten zu können. Gemeinnützige und private Krankenhausträger haben auch in Bremen bewiesen, dass sie eine hervorragende Leistungsqualität für die Patientinnen und Patienten erbringen können. In Krankenhäusern mit gemeinnützigem oder privatem Träger kann ein effizienter Krankenhausbetrieb mit schlanker Verwaltung organisiert werden. Dies kommt insbesondere den Patientinnen und Patienten zugute. Als erster Schritt muss der „Wasserkopf“ der Holding aufgelöst werden.

Zu prüfen ist, ob darüber hinaus weiteres Vermögen für Bremen und damit für die Bürger gewinnbringend veräußert werden kann. So ist etwa abzuwägen, inwiefern Private bei

der Finanzierung von Terminalinfrastrukturen und Suprastrukturen in den Häfen und beim Terminalbetrieb verstärkt beteiligt werden können.

Die FDP fordert daher:

- Verringerung der Beschäftigtenzahl des öffentlichen Dienstes. Nur jede zweite freierwerdende Stelle (50 %) darf wieder besetzt werden.
- Personalvertretungsgesetz modernisieren.
- Veräußerung von nicht mehr benötigten Grundstücken und Immobilien Bremens Berücksichtigung der jeweiligen Marktsituation beschleunigt vorantreiben.
- Wiederverkauf der Gewoba-Anteile zu einem geeigneten Zeitpunkt.
- Veräußerung des Flughafenbetriebs unter Berücksichtigung bremischer Interessen und Mitwirkungsmöglichkeiten.
- Privatisierung von Parkhäusern und Parkplätzen.
- Überführung der städtischen Krankenhäuser in private oder freigemeinnützige Trägerschaft.
- Sämtliche Unternehmensbeteiligungen und Eigenbetriebe der Stadtgemeinde und des Landes mit Blick auf ihre Veräußerungsfähigkeit und den erzielbaren Ertrag auf den Prüfstand zu stellen.
- Schaffung eines Personalbinnenmarktes im bremischen öffentlichen Dienst.

Die Erlöse aus den genannten Veräußerungen sind vorrangig zur Schuldentilgung einzusetzen. Nur eine konsequente Schuldentilgung wird eine erhebliche Verminderung der Zinslast und eine Verminderung des Defizits zu Folge haben.

Bund und Länder werden bis 2020 die Neuregelung der Bund-Länder Finanzen verhandeln. Die bisherige Einkommensteuererlegung nach dem Wohnortprinzip muss z.B. in eine Einkommensteuererlegung nach Wohnort und Arbeitsort oder auch nach der Wirtschaftsstärke geändert werden. Desweiteren sind horizontaler sowie vertikaler Länderfinanzausgleich zu vereinfachen und so zu gestalten, dass zusätzliche Leistung belohnt wird. Bremen ist leistungsstark, wird im Rahmen des bestehenden Systems aber unter seinen Möglichkeiten finanziert. Insbesondere die Zahlung der Einkommensteuer am Wohnort und nicht am Arbeitsplatz belastet Bremen. Die Verteilung der Steuern spiegelt Bremens Wirtschaftskraft nicht wieder. Im Rahmen der Neuverhandlung des Finanzausgleichs, den auch andere Bundesländer anstreben, muss Bremen mehr Geld als bisher erhalten. Die oberzentrale Funktion, die unsere Stadt für das Umland ausübt und die besondere Kosten (etwa für Bildung, Kultur, etc.) verursacht, muss ausreichend berücksichtigt werden.

Weiterhin setzt sich die FDP auf Bundesebene für eine verlässliche und auskömmliche Finanzierung von Städten und Gemeinden ein. Hauptgrund für die seit langem anhaltende Finanzkrise der Kommunen sind die unsicheren Gewerbesteuererinnahmen und die Politik der Bundesregierungen der vergangenen Jahre, die Städten und Gemeinden immer mehr gesetzliche Pflichten auferlegt ohne finanziellen Ausgleich haben. Dank der FDP konnte

die verfassungsrechtlich bedenkliche Ausweitung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe und eine Substanzbesteuerung der Unternehmen zu Lasten von Beschäftigung und Investitionen erfolgreich verhindert werden.

Die FDP fordert daher:

- Einkommensteuerlegung nach Wohnort und Arbeitsort oder nach der Wirtschaftsstärke ändern
- Altschuldenregelung
- Länderfinanzausgleich vereinfachen und so gestalten, dass zusätzliche Leistung belohnt wird
- Verlässliche und auskömmliche Finanzierung der Städte und Gemeinden

Bremen für freie Bürger

Die FDP will die personellen Kapazitäten in denjenigen Bereichen der Bremischen Verwaltung konzentrieren, die unmittelbare Leistungen für Bürger und Unternehmen erbringen. Insbesondere gilt es, das Stadtamt zu reorganisieren und in seinen Engpassbereichen effektiver zu gestalten und erforderlichenfalls personell zu verstärken. In nachgelagerten, bürgerfernen Bereichen der Verwaltung steht hierfür ausreichend personelle Kapazität zur Verfügung. So kann die Dienstleistungsqualität, etwa in der Führerscheinstelle, in der Kraftfahrzeug-Zulassungsstelle und im Standesamt verbessert werden.

Der Senat besteht zurzeit aus sieben Senatorinnen und Senatoren und der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, die auf insgesamt neun Senatsressorts – teilweise in Personalunion – aufgeteilt sind. Durch Änderung der Zuständigkeitsverteilung der Senatsressorts wollen wir eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung, weniger Schnittstellenprobleme und Kompetenzstreitigkeiten sowie einen besseren Service für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen erreichen.

Die Senatsressorts könnten folgenden neuen Zuschnitt erhalten:

- Bürgermeister, Präsident des Senats, Senator für kirchliche Angelegenheiten, Bundes- und Europaangelegenheiten, Justiz und Verfassung;
- Senator für Finanzen;
- Senator für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Jugend;
- Senator für Soziales, Gesundheit, Frauen und Umwelt;
- Senator für Inneres und Sport;
- Senator für Arbeit, Wirtschaft, Häfen, Bau und Verkehr.

Wir wollen die Zahl der Ausschüsse der Bremischen Bürgerschaft deutlich reduzieren. Es soll der Grundsatz gelten, dass für jedes Senatsressort ein Parlamentsausschuss gebildet wird. Das historisch gewachsene, jedoch inzwischen überholte, wenig effiziente und teure Deputationswesen werden wir vollständig abschaffen und die politischen Themen der

bisherigen Deputationen in Ausschüsse überführen. Die Bremische Bürgerschaft und ihre Ausschüsse sollen künftig als echtes Nachmittagsparlament organisiert werden, damit Abgeordnete neben der Parlamentstätigkeit ihren Beruf weiter ausüben bzw. Familienarbeit leisten können.

Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Elemente direkter Demokratie im Rahmen der Volksgesetzgebung ein. Die FDP wird sich weiter dafür einsetzen, Volksbegehren und Volksentscheid praktikabel und bürgerfreundlich weiterzuentwickeln. Die FDP will erreichen, dass künftig sämtliche in der Zuständigkeit der Bremischen Bürgerschaft fallenden Angelegenheiten auch auf Antrag von Bürgerinnen und Bürgern Gegenstand eines Volksbegehrens sein können. Die bisher geltende Regelung, die Volksbegehren auf Gesetze beschränkt, wobei Gesetze selbst weiter eingeschränkt sind, soll entsprechend erweitert werden. Bereits heute kann die Mehrheit der Bremischen Bürgerschaft sämtliche in der Zuständigkeit der Bürgerschaft liegenden Angelegenheiten zum Gegenstand eines Volksbegehrens machen. Das Prinzip der Mehrheitsentscheidung darf beim Volksentscheid nicht unterlaufen werden. Bisher gelten Vorlagen durch einen Volksentscheid als angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf „Ja“ lautet, sofern mindestens ein Viertel der Stimmberechtigten zugestimmt hat. Im Falle verfassungsändernder Gegenstände oder einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode gilt ein Quorum von 50 Prozent der Stimmberechtigten. Nach Auffassung der FDP soll auch zukünftig ein Zustimmungsquorum beibehalten werden. Aus Sicht der FDP kann für einfache Gesetze ein gänzlicher Verzicht auf das Zustimmungsquorum in Betracht gezogen werden. Für verfassungsändernde Gesetze soll ein Quorum von 25 Prozent erforderlich sein. Um Initiativen zum Volksbegehren weiter zu erleichtern, werden wir Möglichkeiten zur Unterzeichnung von Initiativen im Internet mit Hilfe einer elektronischen Unterschrift prüfen. Für Themen mit lokalem Bezug wollen wir die Einführung von Elementen direkter Demokratie auf Stadtteilebene prüfen.

Die FDP fordert daher:

- Verwaltungs- und Strukturreform des Öffentlichen Dienstes
- Straffung der Senatsstrukturen
- Abschaffung der Deputationen, Senkung der Zahl der Parlamentsausschüsse
- Organisation der Bremischen Bürgerschaft als echtes Nachmittagsparlament
- Weiterentwicklung der direktdemokratischen Elemente Volksbegehren und Volksentscheid

Die Stadtteil- und Ortsteilbeiräte in Bremen erfüllen eine wichtige Funktion als Vermittler zwischen Parlament, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen. In Bremen sind 22 Beiräte aktiv, die vor Ort in lebendiger Debatte die Demokratie in den Stadtteilparlamenten gestalten. Um diese Aufgabe auch weiterhin effektiv ausfüllen zu können, bedarf es einer Stärkung der Beiratsarbeit und mehr Transparenz des Verwaltungshandelns in den Stadtteilen. Politik wird vor Ort gemacht. Daher ist es für eine

effektive Stadtteilarbeit notwendig, die Mitglieder der Beiräte mit Rechten zu versehen, die sie in ihrer Arbeit in den Stadtteilen stärken. Nach intensiver Diskussion wurde im Januar 2010 mit der Mehrheit der Bremischen Bürgerschaft ein neues Beirätegesetz verabschiedet. Hoch gelobt und gepriesen, doch im Ergebnis enttäuschend. Die angekündigte Stärkung der Informationsrechte der Beiräte hat in dem Gesetz nicht die notwendige Berücksichtigung gefunden. Nur mit eindeutigen Informations-, Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten kann das Ziel, eine transparente Politik vor Ort zu gestalten, erreicht werden. Langjährige praktische Erfahrungen mit dem Beiratswesen haben gezeigt, dass die Rechte von Minoritäten in den Beiräten nicht angemessen beachtet werden. Die Liberalen treten daher dafür ein, die Rechte und Kompetenzen der Beiräte grundlegend zu reformieren. Ziel einer Novellierung muss eine Stärkung der Minderheitenrechte und des Mitspracherechts sein. Ziel muss es auch sein, die Beiräte in der Wahrnehmung der Verwaltung als Teil der politischen Entscheidungsträger stärker zu verankern. Die FDP tritt darüber hinaus für die Direktwahl von Ortsteilbürgermeistern durch die Bürgerinnen und Bürger des Orts- oder Stadtteiles für die Legislaturperiode des Beirates ein. Der Ortsteilbürgermeister nimmt neben der überparteilichen Funktion als Servicedienstleister für den Beirat auch die Funktion eines Ortsteilmanagers wahr. In dieser Funktion arbeitet er mit den Gewerbetreibenden, Vereinen, Bürgerinitiativen und Einrichtungen des Beiratsgebietes zusammen, um eine Vermarktung des Stadt- bzw. Ortsteils und eine Verbesserung seines Images zu erreichen.

Die FDP fordert daher:

- Die Beiräte sollen mehr Entscheidungsrechte über die Verwendung von Haushaltsmitteln mit lokalem Charakter bekommen, etwa im Bereich der Mittel für die Spielplatzunterhaltung, der Pflege von Grünflächen und aus dem Anpassungskonzept. Für das Einholen und die Abwicklung von Angeboten bleibt die Fachbehörde zuständig. Für die Vergabe und die lokale Verwaltung der Mittel aus den Programmen WiN und LOS soll der jeweilige Beirat zuständig sein.
- Direktwahl von Ortsteilbürgermeistern
- Die Einsicht in Akten ist bisher nur dem Beiratssprecher, seinem Stellvertreter und den Ausschusssprechern gestattet. Dieses Recht muss auf die Sprecher aller Parteien und Wählervereinigungen in den Beiräten erweitert werden.
- Setzt ein Beirat Ausschüsse ein, so sollen alle Parteien, die im Beirat vertreten sind, auch im entsprechenden Ausschuss mit Stimmrecht vertreten sein.

Recht und Justiz

Liberaler Rechtspolitik setzt sich dafür ein, dass der Rechtsstaat die Freiheit und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger möglichst umfassend schützt. Zur Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit gehört eine gut funktionierende und leistungsfähige Justiz. Die Justiz muss personell und technisch so ausgestattet sein, dass sie ihrer Aufgabe, für Gerechtigkeit zu sorgen, angemessen nachkommen kann.

Trotz des hohen Engagements der Beschäftigten in der Justiz kommt teilweise zu langen Verfahrensdauern, die nicht hinnehmbar sind. Wenn zwischen der Tat und der Verurteilung ein zu langer Zeitraum liegt, schwindet das erzieherische Element der Sanktion und das Unrechtsbewusstsein. Wir werden die Schwerpunktbildung in der Justiz zur Senkung überlanger Verfahrensdauern konsequent fortführen. Deshalb müssen Richter und Justizangestellte gezielt geschult werden, um verfahrensökonomisch zu arbeiten.

Die FDP tritt dafür ein, Jugendkriminalität entschlossener als bisher zu bekämpfen. Maßnahmen zur Prävention sowie das Handlungskonzept „Stopp der Jugendgewalt“ müssen entschlossener umgesetzt werden (siehe Sicherheit). Eine wichtige Zielgruppe entsprechender Aktivitäten sind Kinder und Jugendliche aus einem Umfeld mit Zuwanderungshintergrund. Weiterhin fordern wir eine Stärkung des Opferschutzes.

Die FDP lehnt entschieden die von SPD, CDU, Grünen und Linkspartei geforderte gesetzliche Obduktionspflicht bei unklarer Todesursache für verstorbene Kinder bis zum Alter von 6 Jahren ab. Sind Eltern mit ihren Erziehungsaufgaben überfordert, müssen sie hierbei unterstützt werden. Eltern dürfen jedoch nicht unter einen pauschalen Generalverdacht gestellt werden. Die FDP spricht sich dafür aus, dass wie bisher im Einzelfall geprüft wird, ob eine Obduktion zur Klärung der Todesursache erforderlich ist. Das Recht zur Anordnung einer Obduktion hatte die Staatsanwaltschaft bereits vor der Gesetzesänderung.

Besondere Chancen ergeben sich aus einer Stärkung des Justizstandortes Bremen. Aus dem globalen Wettbewerb ergeben sich für Standorte mit einem Kern staatlicher Gerichte und einem Umfeld spezialisierter Anwaltskanzleien ergeben Standortvorteile. So erlaubt etwa der Art. 23 Brüssel I-VO den Parteien grenzüberschreitender Verträge die freie Wahl des Verfahrensstandortes innerhalb der Europäischen Union. Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Bearbeitung von Handels- und Wirtschaftsstreitigkeiten in Bremen entscheidend verbessern, so dass sich Bremen als Verfahrensstandort für internationale handelsrechtliche Verfahren etabliert. Wir wollen „Law made in Bremen“ als Marke für den Justizstandort Bremen auch international etablieren.

Die FDP hat die begonnene Sanierung der Justizvollzugsanstalt Bremen an den Standorten Oslebshausen und Bremerhaven unterstützt um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Justizvollzugsdienst zu verbessern. In den kommenden Jahren wollen wir den Strafvollzug mit einer Optimierung des Entlassungs- und Überleitungsmanagements für Straftäter, die nach Verbüßen ihrer Haftstrafe auf das Leben in der Zivilgesellschaft vorbereitet werden, verbessern. So kann die Rückfallgefahr von Straftätern im Interesse des Schutzes der Bürgerinnen und Bürger verringert werden.

Die FDP fordert daher:

- Jugendkriminalität als Schwerpunkt angehen, Prävention stärken
- Stärkung des Opferschutzes
- Senkung überlanger Verfahrensdauern an den Gerichten
- Ablehnung der generellen Obduktionspflicht für Kinder
- Justizstandort Bremen auch international etablieren
- effizientere Jugendsozialarbeit zur Prävention von Jugendgewalt

5 Mehr Freiheit, mehr Lebensqualität

Stadtentwicklung, Wohnen

Die FDP setzt sich für eine moderne und nachhaltige Stadtentwicklung sowie für eine marktorientierte, nachfragegerechte Wohnraumversorgung in Bremen und Bremerhaven ein. Der demographische Wandel und der Veränderung der Lebensgewohnheiten von Menschen haben weitreichende Auswirkungen die Entwicklung unserer Städte. Der FDP ist wichtig, dass Bürger und Bürgerinnen rechtzeitig in die Entscheidungsprozesse mit städtebaulicher Relevanz eingebunden werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Innenstädte Bremens und Bremerhavens sowie die Stadt- und Ortsteilzentren gestärkt werden. Im Interesse einer lebendigen Stadtteilkultur und mit Blick auf Menschen mit Mobilitätseinschränkungen werden wir geeignete Rahmenbedingungen dafür schaffen, die Nahversorgung in den Stadtteilen zu erhalten und zu festigen.

Die FDP im Land Bremen begrüßt den Erhalt der Bundesmittel zur Städtebauförderung. Für uns steht jedoch zugleich fest, dass diese Mittel in den kommenden Jahren gezielt für die eigentlichen Förderzwecke verwendet werden müssen.

Die Nachfrage nach barrierefreien und generationsübergreifenden, zentrumsnahem und infrastrukturell gut angeschlossenem Wohnraum wird in den kommenden Jahren weiter anhalten. Brachliegende Flächen und ungenutzte Gebäude verringern den Wert angrenzender Grundstücke und zugleich ganzer Stadt- und Ortsteile. Die FDP tritt deshalb für eine effektive Umnutzung leerstehender Gebäude und der Reaktivierung innerstädtischer Brachflächen ein. Auch bei ungenutzten Kleingartenanlagen sollte eine Nutzungsänderung in Erwägung gezogen werden, um Siedlungsstrukturen mit lebendigen Zentren zu fördern. Wir setzen auf die Verdichtung vorhandener Wohngebiete sowie auf die Nutzung von Baulücken und Leerstände.

Wir werden die Möglichkeiten zum Erwerb von Wohneigentum durch die Veräußerung kommunaler Wohnungsbestände an die Eigentümer unterstützen. Auf diese Weise wird die Selbstverantwortung für Wohneigentum gestärkt.

Wir wollen Bremen und Bremerhavens Attraktivität als Wohnort für Familien und Menschen mit eigenem Erwerbseinkommen steigern. Hierzu gehören Urbanität, attraktive Spielflächen, lebenswerte Passagen, Orte der Begegnung, kurze Versorgungswege sowie kurze Wege zum Öffentlichen Personennahverkehr in den Stadtteilen. Bremen hat Wohnlagen mit einem hervorragenden Potential, etwa in der Nähe zur Weser.

Die FDP tritt in diesem Kontext für eine Vereinfachung bauordnungsrechtlicher Vorschriften ein. Die von Rotgrün zu verantwortende Erhöhung der Grundsteuer lehnen wir ab. Die FDP wird sich für eine Befreiung von der Grunderwerbssteuer für selbstgenutzten Wohnraum einsetzen. Wird der Wohnraum innerhalb von drei Jahren vermietet, soll die Steuer nacherhoben werden.

Die FDP fordert daher:

- Rechtzeitige Einbindung von Bürger und Bürgerinnen in die Entscheidungsprozesse in Stadtentwicklung und Umwelt
- Schaffung von Rahmenbedingungen, um die Nahversorgung in den Stadtteilen zu erhalten und zu festigen
- Nutzung von Baulücken und Leerständen
- Erhalt der Mittel zur Städtebauförderung und deren gezielter Einsatz für Förderzwecke
- Schaffung von Rahmenbedingungen, die Wohnen in der Stadt für junge Familien attraktiv machen, z.B. attraktive Spielflächen, kurze Versorgungswege, kurze Wege zum ÖPNV und Wohnen in Nähe zur Weser
- Ablehnung der Grundsteuererhöhung
- Befreiung von der Grunderwerbssteuer für selbstgenutzten Wohnraum

Bremer Innenstadt

Die Bremer Innenstadt bietet ein attraktives Umfeld: Historische Bebauung, den Grüngürtel der Wallanlagen, ein interessantes Angebot an Geschäften sowie eine große Vielfalt an Restaurants und Cafés. Durch die Maßnahmen und Projekte der letzten zwei Jahrzehnte (Schlachte, neue Passagen, Aufwertung der Fußgängerzonen) konnte unsere City deutlich aufgewertet werden, es bleibt aber weiterer Verbesserungsbedarf. So muss die Belebung des Faulenquartiers, als Verbindung zur Überseestadt weiter vorangetrieben werden. Durch die Ansiedlung von Radio Bremen und der Volkshochschule ist zwar eine Initialzündung zur Ansiedlung neuer Geschäfte entstanden, aber die Aufwertung bedarf weiterer Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung. Dazu gehört unter anderem die Neugestaltung der Brill-Kreuzung, ohne Reduzierung des Pkw-Verkehrs.

Derzeit stellt sich die Bahnhofsvorstadt als unattraktive Gegend mit hässlicher Bebauung und großen Problemen, insbesondere an der Discomeile, dar. Dennoch ist dieser Teil der Stadt durchaus geeignet, um mit vielen Angeboten gerade auch für den Abend und für die Nacht eine überregionale Ausstrahlung zu erreichen.

Die Erreichbarkeit der Innenstadt insgesamt und einzelner Lagen sowie die Verfügbarkeit von ausreichendem Parkraum muss deutlich verbessert werden.

Die FDP fordert daher:

- Neugestaltung der Brill-Kreuzung
- Aufwertung durch neue Einkaufspassagen
- Umgestaltung der Nebenstraße, die evtl. das Wohnen attraktiv und ebenerdiges Kleingewerbe möglich machen
- Abschaffung der Umweltzone
- Schaffung von weiterem und zentral gelegenen Parkraum

Sicherheit

Die FDP steht für eine Innenpolitik, die klare Vorgaben macht und das Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit in einen liberalen Ausgleich bringt. Der Bogen darf nicht zu Lasten der Bürger überspannt und zu Lasten der Freiheit verschoben werden.

Die FDP lehnt populistische Forderungen nach neuen und immer schärferen Gesetzen ab. Das Problem ist nicht der Mangel an Gesetzen, sondern deren Vollzug. Die Beseitigung von Vollzugsdefiziten und die konsequente Anwendung geltenden Rechts müssen endlich in den Vordergrund treten.

Die FDP zweifelt die Videoüberwachung öffentlicher Räume als Mittel zur Bekämpfung von Kriminalität an. Da die Videoüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern an öffentlichen Orten und in öffentlichen Objekten keinerlei Schutz vor Gewalt bietet, schafft sie keine Sicherheit.

Wir Liberale lehnen die Vorratsdatenspeicherung ab. Ein Staat, der ohne konkreten Anlass und Verdacht sämtliche Telekommunikationsdaten seiner Bürger speichern lässt, ignoriert die Unschuldsvermutung und stellt die Bevölkerung unter einen Generalverdacht. Offizielle Statistiken des Bundeskriminalamtes belegen, dass die Vorratsdatenspeicherung nicht dazu geführt hat, dass sich die Aufklärungsquoten in Bezug auf Internetkriminalität und allgemeine Kriminalität erhöht haben. Daher sind Drohkulissen und überspitzte Gefahrenszenarien der falsche Ratgeber für eine vernünftige und grundgesetzkonforme Sicherheitspolitik.

Durch die Verbesserung der Organisationsstruktur der Polizei Bremen wollen wir wieder mehr Bürgernähe erreichen. Dadurch wird es gelingen, dass die Polizei, die vor Ort arbeitet, über bessere Ortskenntnisse und mehr Insiderwissen verfügt, als sie es bei der derzeitigen Organisationsstruktur kann. Polizisten müssen von Schreibtischarbeit und administrativen Aufgaben weiter entlastet werden.

Um wirksam gegen gewalttätige und straffällige Jugendliche vorgehen zu können, ist ein wirkliches gemeinsames Vorgehen von Schule, Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft. Das darauf zielende Programm „Stopp der Jugendgewalt“ hat der rot-grüne Senat nicht mit dem notwendigen Engagement vorangetrieben. Statt das Gewicht auf die Bekämpfung von Gewalt und Straftaten zu legen, kümmert sich der Senat um immer neue

Studien und Evaluationen. Gemeinsame Fallkonferenzen unter Beteiligung von Schulen, Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt haben in Bremen bisher Seltenheitswert. Wir fordern die Stärkung gemeinsamer Fallkonferenzen, um wirksam Verhaltensänderungen bei jugendlichen Straftätern herbeizuführen und die Zahl der Straftaten von Intensivtätern zu verringern. Es ist eine Binsenweisheit, dass gerade bei Jugendlichen die Reaktion auf eine Verfehlung kurzfristig erfolgen muss. Dem wird der Senat nicht gerecht. Die beteiligten staatlichen Stellen müssen zügig und abgestimmt im Rahmen ihrer Rollen und Aufgaben reagieren und wo immer möglich die Erziehungsberechtigten mit einbeziehen. Die Bürger haben ein Interesse, dass der Staat mit seinem Gewaltmonopol, sie vor Gewalt und Straftaten schützt. Dazu gehört, dass Prävention betrieben wird und konsequent daran gearbeitet wird, dass Jugendliche nicht (weiter) auf die schiefe Bahn geraten.

Die FDP fordert daher:

- Eine grundlegende Verwaltungsreform, damit das Personal zielgerichtet zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und die Motivation der Bediensteten optimal genutzt werden kann.
- Aus den Ergebnissen des Evaluationsberichts zur Polizeireform Konsequenzen zu ziehen. Mit der Maßgabe „die Polizei soll zur rechten Zeit am rechten Ort sein, da wo der Bürger sie braucht“ wurden umfangreiche organisatorische und strukturelle Änderungen bei der Polizei vorgenommen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht ausreichend gerecht werden. Ziel muss es sein, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger durch Polizeipräsenz rund um die Uhr vor Ort zu verbessern. Die Reduzierung der Revieröffnungszeiten ist kein geeignetes Mittel, um das Vertrauen der Bevölkerung in „ihre Polizei“ zu stärken. Effektive Polizeiarbeit bedeutet Bürgernähe. Mehr Polizei vor Ort bedeutet mehr Sicherheit vor Ort. Der direkte Kontakt, die Polizei als Ansprechpartner stärkt das Vertrauen der Bevölkerung in polizeiliche Arbeit. Dazu gehören Ortskenntnisse, diese sind unabdingbar. Nur eine Polizei, die in unmittelbarem, konstruktivem und vertrauensvollen Verhältnis zu „ihrer“ Bevölkerung steht, kann ihre Arbeit so verrichten, dass das Ergebnis für alle Beteiligten optimal ist. Die Bremerinnen und Bremer müssen spüren, dass ihre Sorgen und Nöte von der Polizei ernst genommen werden.
- Entsprechend den ermittelten Standorten werden personell starke und rund um die Uhr besetzte Polizeireviere eingerichtet. Die Halbtagsreviere sind aufzulösen bzw. im Einzelfall entsprechend als Vollzeitreviere wieder herzustellen. An den in der Stadtgemeinde Bremen künftig weiter bestehenden Vollzeitrevieren soll neben dem Ermittlungsdienst, dem für das Gebiet zuständigen Kontaktbereichsdienst, die Jugend- und Seniorensachbearbeitung angesiedelt werden.
- Als Ausgleich in Gebieten, in denen Reviere geschlossen werden und in denen keine Ersatzreviere in der Nähe geschaffen werden, an geeigneten, frequentierten Standorten Dienststellen für den Kontaktbereichsdienst einzurichten.
- Eine gezielte Beobachtung der Kriminalitätsschwerpunkte. In einigen Ortsteilen in Bremen-Nord, an der Sielwallkreuzung, der Pipe in der Neustadt und auf der Disco-

Meile ist Polizeipräsenz nötig, um möglichen Gefahren vorzubeugen. Langfristig ist ein strategisches Polizeikonzept für diese Bereiche erforderlich.

- Eine konsequente Bekämpfung des Drogenhandels insbesondere im Viertel. Mehr Polizeipräsenz vor Ort ist das einzige Mittel gegen den offenen Drogenhandel. Die Situation ist den Bewohnerinnen und Bewohner des Viertels nicht mehr zuzumuten. Sie muss durch mehr Polizeipräsenz entschärft und ihr muss entschieden entgegen gewirkt werden.
- Die Polizei in der Stadtgemeinde Bremen dauerhaft auf die ursprünglich vorgesehene Stärke von mindestens 2.600 Beamten zu bringen. Diese sind notwendig, um einen bedarfsgerechten Polizeieinsatz zu gewährleisten. Durch mittel- und langfristige Personalplanung muss sichergestellt werden, dass diese Stärke auch ständig gehalten wird. Dabei müssen unter anderem auch Ruhestandsversetzungen, Freistellungen durch Mutterschutz bzw. Eltern- oder Erziehungszeit, Teilzeitverträge, Durchfallquoten an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung oder Ausscheiden aus anderen Gründen, sowie Abordnungen zu anderen Behörden oder Auslandseinsätzen mit eingerechnet werden.
- Die Anzahl der Kontaktpolizisten und das Arbeitsvolumen für die Kontaktbereichspolizisten zumindest auf dem heutigen Niveau zu erhalten.
- Zu prüfen, ob im Sinne einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung und Prävention der zentrale Einsatzdienst und die Inspektionen ganz oder teilweise zugunsten einer dezentralen Struktur mit starken Vollzeitrevieren wieder aufgelöst werden können.
- Zu prüfen, ob und in welchem Umfang der Verkehrsunfalldienst in die Arbeit der künftigen Vollzeitreviere mit einbezogen werden kann.
- Bei dieser Umorganisation der Polizeiarbeit in der Stadtgemeinde Bremen stellt sich die Frage nach der weiteren Notwendigkeit der jetzigen Polizeiinspektionen. Hier ist zu prüfen, ob nicht auch diese zugunsten effektiver, dezentraler Arbeit vor Ort wieder aufgelöst werden.
- Entschlosseneres Vorgehen gegen Jugendkriminalität und Jugendgewalt, Stärkung und tatsächlicher Einsatz des Instruments gemeinsamer Fallkonferenzen.

Datenschutz, freies Netz

Datenschutz dient dem Schutz der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung. Über jeden von uns sind vielfältige Daten gespeichert, teilweise ohne dass wir es wissen. Neue elektronische Medien eröffnen die Möglichkeit, Bewegungs- und Persönlichkeitsprofile von Menschen zu erstellen. Diese Daten gilt es vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Von der steigenden Zahl von Telefonüberwachungen, heimlichen Online-Durchsuchungen sowie Lauschangriffen auf Wohnungen sind nicht nur mögliche Straftäter betroffen, sondern stets auch Unbeteiligte. Die FDP macht sich deshalb für die informationelle Selbstbestimmung jedes Einzelnen stark. Die Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme muss sichergestellt sein. So weist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts uferlose Vorratsdatenspeicherung in ihre Grenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass

auch bei neuen technischen Möglichkeiten, wie etwa Google Street View, darauf geachtet wird, dass die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürgern gewahrt bleibt.

Wenn Datenbestände miteinander verknüpft und Bewegungsprofile einzelner Personen erstellt werden, ist das Recht auf informationelle Selbstbestimmung in Gefahr. Unter der Regierungsbeteiligung der Grünen wurde die Videoüberwachung an öffentlichen Straßen und Plätzen sowie in Schulen ausgebaut, ohne dass damit ein wirklicher Gewinn an Sicherheit verbunden ist. Daher wird die FDP prüfen, an welchen Orten künftig auf eine Videoüberwachung, gegebenenfalls zu Gunsten von mehr persönlicher Polizeipräsenz, wieder verzichtet werden kann.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher dafür sensibilisieren, dass sie mit der allzu freigiebigen Preisgabe persönlicher Daten ein Stück Freiheit opfern. Wir wollen den Arbeitnehmerdatenschutz stärken. Am Arbeitsplatz dürfen nur solche Daten verarbeitet werden, die für das Arbeitsverhältnis erforderlich sind. Weiterhin setzen wir uns für den Datenschutz von Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen ein (siehe Gesundheit).

Der digitale Wandel führt auch zu veränderten Lebensgewohnheiten. Die Menschen treffen sich vermehrt in sozialen Netzwerken und kommunizieren in Gruppenforen. Um über mögliche Gefahren im Netz aufzuklären, müssen Kinder, Jugendliche und zugleich Erwachsene in ihrer Medienkompetenz geschult werden, dafür ist eine Vernetzung der Akteure in Bremen erforderlich.

Die FDP fordert daher:

- Informationelle Selbstbestimmung stärken
- Videoüberwachung verringern
- Verbraucherinnen und Verbraucher sensibilisieren
- Arbeitnehmerdatenschutz stärken
- Stärkung der Medienkompetenz im Schulunterricht auch mit Blick auf Datenschutz und neue Medien
- Neutralität gegenüber den verschiedenen Anbietern

Freie Medien

Die FDP bekennt sich zum dualen Rundfunksystem in Deutschland und erkennt den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als eine tragende Säule in einer von Meinungsvielfalt gekennzeichneten Gesellschaft an. Zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine ausreichende finanzielle Ausstattung. Wir Liberale wünschen uns eine Aufgabenkritik des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Teure Berichterstattung über Profi-Sport und Spielshows sollen unseres Erachtens nicht mittels Gebühren finanziert werden. Zur Rundfunkfinanzierung schlägt die FDP ein einfaches, faires und transparentes Gebührensystem im Wege einer allgemeinen Medienabgabe vor. Grundsatz ist, dass

jede lohn- und einkommenssteuerpflichtige Person nur einmal mit einer Abgabe belegt wird. Diese würde - ähnlich wie die Kirchensteuer - treuhänderisch von den Finanzämtern eingezogen. Die geplante Haushalts- und Betriebsstättenabgabe geht zwar in die richtige Richtung, indem sie die Gebühr von Geräten abkoppelt. Zu befürchten ist jedoch, dass eine Einrichtung wie die GEZ nach wie vor erforderlich sein wird. Die Schnüffelbehörde GEZ wollen wir abschaffen. Das Geld, das für den Betrieb der GEZ ausgegeben wird, soll künftig dem Erhalt der Rundfunkanstalten zugutekommen.

Die FDP fordert daher:

- Sicherstellung einer aufkommensneutralen Gebührenordnung. Bürger und Wirtschaft dürfen nicht stärker als bisher durch die neue Gebührenordnung belastet werden. Das neue Gebührensystem muss einer Zielevaluierung unterworfen werden.
- Einführung eines pauschalen Rundfunkbeitrags pro Betriebsstätte, gestaffelt nach der Zahl der Beschäftigten, mit dem auch die betrieblich genutzten Kfz abgegolten sind anstelle der bisher vorgesehenen systemwidrigen Kfz-Abgabe.
- Freistellung von Nebenwohnungen von der Abgabe.
- Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen sowie Senkung des Aufwandes für den Gebühreneinzug.

Mit Blick auf die Rundfunkregulierung plädiert die FDP für eine externe, professionelle Aufsicht, die von der Leitung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt unabhängig ist. Die Mitgliedschaft in Rundfunk- und Verwaltungsräten bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist mit öffentlichen Ämtern und politischen Beamtenfunktionen unvereinbar. Parteien sollen als wichtige gesellschaftliche Gruppierungen weiterhin in diesen Gremien vertreten sein, müssen allerdings Vertreter ohne öffentliche Ämter auswählen. Die dynamische Entwicklung des Internets hat zu einer größeren Medienvielfalt beigetragen. Vor diesem Hintergrund werden wir eine Debatte über die Weiterentwicklung des Bürgerrundfunks führen und die Abschaffung des Offenen Kanals fordern.

Gesundheit

Bereits heute stellen die Gesundheitsberufe im aufstrebenden Wirtschaftszweig der Gesundheitswirtschaft mehr als zehn Prozent der Arbeitsplätze in unserer Region. Im Zuge des demographischen Wandels, des medizinisch-technischen Fortschritts und des wachsenden Gesundheitsbewusstseins vieler Bürgerinnen und Bürger bestehen gute Chancen, dass sich die dynamische Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges auch in Bremen und Bremerhaven fortsetzt. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Chancen des Wettbewerbs genutzt und unternehmerische Initiative freier Träger und privater Unternehmen zugelassen wird, statt die Zukunftschancen der Gesundheitswirtschaft in unserer Region zu verreglementieren. Die FDP begrüßt die Vernetzung der Gesundheitsakteure in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Rahmen der Initiative „Gesundheitswirtschaft Nordwest“. Auf diese Weise können Kooperationen unterstützt, eine gemeinsame Präsentation von

Unternehmen der Region in nationalen und internationalen Netzwerken, Events und Messen ermöglicht sowie Impulse im Bereich von Forschung und Entwicklung gesetzt werden.

Die beste wohnortnahe ärztliche Versorgung bieten freiberuflich tätige Ärztinnen und Ärzte. Das persönliche Vertrauensverhältnis zum Haus- bzw. Facharzt ist die beste Grundlage medizinischer Betreuung. Statt dem absehbaren Ärztemangel der kommenden Jahre bereits jetzt vorzubeugen, fehlt es der rot-grünen Koalition an Anerkennung und Respekt vor der enormen Leistung der niedergelassenen Ärzteschaft für unser Gesundheitswesen. Pläne, etwa des städtischen Klinikverbundes Gesundheit Nord, der jahrelang erhebliche Verluste eingefahren hat, durch Einstieg in die ambulante Versorgung ihre Bilanz auf Kosten der niedergelassenen Ärzteschaft zu sanieren und dadurch die wohnortnahe medizinische Versorgung zu gefährden, erteilten wir eine klare Absage.

Neben niedergelassenen Medizinerinnen bilden Krankenhäuser mit ihren stationären und teilstationären Kompetenzen den Kernbereich der Gesundheitswirtschaft in unserer Region. Die Bremische Krankenhauslandschaft präsentiert sich vielfältig. Neben den vier städtischen Kliniken des städtischen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) finden sich freigemeinnützige und private Kliniken, die in den Stadtteilen verankert sind. Die Gesundheit Nord wird heute allerdings von der Geschäftsführung und der Gesundheits-senatorin zunehmend zu einem Einheitskonzern umgebaut. Mit dem kürzlich vorgelegten so genannten Medizinischen Zukunftskonzept werden die medizinische Angebote von den Kliniken abgezogen und die Verantwortlichkeit der einzelnen Häuser weiter eingeschränkt. Die FDP sieht hierdurch die Bindung der Häuser an die Stadtteile und dadurch auch deren wirtschaftliche Grundlage gefährdet. Der rot-grüne Senat beschreitet in der Krankenhauspolitik den falschen Weg, weil er einseitig auf die Umverteilung der knappen Finanzmittel zu den notleidenden Kliniken Mitte und Ost setzt. Zudem werden an allen vier Kliniken massiv ambulante Versorgungsangebote installiert, die die wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Ärzte bedrohen. Die Krankenhäuser sollen auf Kosten Anderer saniert werden, die FDP lehnt dies entschieden ab. Unter Rot-Grün ist das enorme finanzielle Risiko, welches die städtischen Krankenhäuser für Bremen darstellen, weiter gewachsen. Nach zahlreichen Finanzspritzen hat Bremen erneut über 300 Millionen Euro Bürgschaften übernommen. Trotz der enormen finanziellen Risiken blockieren Senat, Regierungskoalition und Geschäftsführung gemeinsam jede parlamentarische Kontrolle. Aus dem Klinik-Skandal 2006 wurden keine Lehren gezogen. Es hat sich gezeigt, dass eine vernünftige Kontrolle unter den Bedingungen einer kommunalen Trägerschaft des städtischen Klinikverbundes kaum möglich ist. Die FDP spricht sich deshalb für eine Übergabe der einzelnen städtischen Kliniken an gemeinnützige oder private Träger aus, um den Wettbewerb im Interesse der Patientinnen und Patienten zu stärken und das Betreiberrisiko der Stadt Bremen abzugeben. Die hervorragenden medizinischen und pflegerischen Leistungen gemeinnütziger und privater Krankenhäuser in Bremen beweisen, dass dieses Modell funktioniert.

Das neue Bremische Krankenhausgesetz lehnt die FDP entschieden ab, es ist überflüssig und wettbewerbsfeindlich. Es werden Doppelregelungen ohne Wert für die Patientinnen und Patienten eingeführt. Die Kosten werden durch nutzlose, bürokratische Vorschriften in die Höhe getrieben. Die FDP fordert, auf das Gesetz vollständig zu verzichten, die sinnvollen Investitionszuschüsse unbürokratisch im existierenden Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetz umzusetzen und die sinnvolle Einführung der Patientenförsprecher durch einen gemeinsamen Vertrag mit den Häusern zu regeln. Hohe Hygienestandards sollen über die bestehende Rechtsverordnung sichergestellt werden.

Die bürokratische und detaillierte Landeskrankenhausplanung ist zu unflexibel und stranguliert den innovativen Wettbewerb der Häuser. Zudem fehlt jede Abstimmung mit Niedersachsen, sodass es in letzter Zeit wiederholt zu Ansiedlungen im direkten Umland kommt, denen die Bremer Kliniken aufgrund des starren Korsetts nicht im Wettbewerb begegnen können. Wir wollen die Krankenhausplanung zugunsten des Wettbewerbs auf das notwendige Maß reduzieren.

Für den Bereich der Rettungsdienste fordern wir mehr Wettbewerb durch regelmäßige Ausschreibungen der Leistungen.

Der Schutz sensibler Daten von Patientinnen und Patienten besitzt für uns größte Bedeutung. Die Pläne der großen Koalition auf Bundesebene zur Einführung der damals unausgegorenen Gesundheitskarte lehnte die FDP ab. Diese hätte auch in Bremen zu großen Problemen für Ärzte und Patienten geführt. Insbesondere der Schutz der Patientendaten ist uns besonders wichtig. Die FDP Bremen wird sich weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die elektronische Gesundheitskarte und das E-Rezept nicht eingeführt werden. Weiterhin treten wir für eine Aufhebung des Paragraphen 291a SGB V ein.

Sucht und Abhängigkeit stellen schwerwiegende Einschränkungen für eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung dar. Die FDP setzt sich für eine liberale Sucht- und Drogenpolitik in Bremen ein. Wir wollen Prävention in Schulen und Vereinen für Kinder und Jugendliche stärken und mit stigmatisierungsfreien Behandlungsangeboten für einen Ausstieg schaffen. Von der bisherigen Verbotskultur des rot-grünen Senats wollen wir abkehren und dafür sorgen, dass Jugendschutz endlich auch konsequent durchgesetzt wird. Mit Blick auf die Abgabe von Methadon über Schwerpunktpraxen, welches sich in Bremen grundsätzlich bewährt hat, wollen wir Schritte unternehmen, damit Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern durch Dialog im Vorfeld vermieden werden können. Wir wollen das in anderen Städten erfolgreich eingeführte Modellprojekt der kontrollierten Heroinabgabe in Bremen einführen.

Die FDP fordert deshalb:

- wohnortnahe Versorgung stärken
- Ambulante Versorgung an Krankenhäusern begrenzen
- kommunale Kliniken sollen sich an Stadtteilen ausrichten, keine Einheitsgesellschaft
- Kliniken privatisieren; Private oder freigemeinnützige als Träger gewinnen
- mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen
- Vernetzung der Gesundheitswirtschaft stärken
- Mehr Wettbewerb im Bereich der Rettungsdienste
- Patientendatenschutz stärken
- kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige einführen

Pflege

Dass die Pflege eine der drängendsten Herausforderung für die Zukunft ist, hat der rot-grüne Senat viel zu spät erkannt. Der allseits beschworene Fachkräftemangel führt in der Pflege schon heute zu erkennbaren Engpässen. Die Pflegeberufe müssen mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Zudem müssen Zugangsbarrieren vermindert und Durchlässigkeit von der Pflegeausbildung bis zum akademischen Studium geschaffen werden. Die Orientierung der Pflegeausbildung an Lebensphasen ist überholt. Mit Blick auf die flexibleren Einsatzmöglichkeiten von Pflegekräften befürworten wir den Übergang zu einer generalistischen Pflegeausbildung. Dem bereits heute spürbaren Fachkräftemangel in der grundständigen Pflege werden wir kurzfristig durch Ausbau der schulischen Ausbildungskapazitäten begegnen. Auch die Umschulung von Arbeitslosen in den Pflegeberuf auf freiwilliger Basis ist sehr erfolgreich und sollte abgesichert, fortgeführt und möglichst ausgeweitet werden. Hier lebenden Pflegefachkräften mit ausländischen Abschlüssen soll eine unbürokratische Anerkennung und erforderlichenfalls Nachqualifizierung ermöglicht werden.

Das von der rot-grünen Koalition geschaffene Bremische Wohn- und Betreuungsgesetz wird die FDP novellieren. Insbesondere die vielfältigen zusätzlich geschaffenen bürokratischen Regelungen schützen nicht die pflegebedürftige Bewohner, sondern kosten die Pflegenden wertvolle Zeit. Durch überflüssige Doppelungen werden zudem bereits bundesgesetzlich normierte Anforderungen wiederholt und weitere Bürokratie aufgebaut. Dies führt zu höheren Kosten für die Heime und letztlich zu höheren Preisen für alte und pflegebedürftige Menschen ohne ein Mehr an Schutz und Qualität. Das Gesetz führt dazu, dass in Bremen die Betreuung teurer, die Angebotsvielfalt geringer, die Hürden für Selbstorganisation größer und damit die gesamte pflegerische Versorgung schlechter wird.

In der Pflegeberatung leistet sich Bremen unnötige Doppelstrukturen. Die Einrichtung von Pflegestützpunkten war reine sozialdemokratische Symbolpolitik und übersieht die zahlreichen bereits tätigen Initiativen vor Ort. In Bremen arbeiten auf diesem Gebiet seit Jahrzehnten die Dienstleistungszentren (DLZ), die neben Beratung auch die Vermittlung eh-

renamtlicher Betreuung übernehmen. Nach Ansicht der FDP bringen die Pflegestützpunkte für die Menschen keinerlei Mehrwert. Die Pflegekassen sind ohnehin gegenüber ihren Versicherten beratend tätig. Unabhängige Beratung erfolgt etwa über die Patientenberatung oder die Heimaufsicht. Zum anderen fordern wir eine Überprüfung der Zuwendungen an die Dienstleistungszentren. Die DLZ müssen sich in ihrer Arbeit einer strengen Evaluation unterziehen und die erheblichen öffentlichen Aufwendungen rechtfertigen. Die DLZ bewegen sich zudem zunehmend in eigenwirtschaftlichem Handeln, da sie neben der Vermittlung ehrenamtlicher Kräfte auch hauptamtliche Betreuungskräfte anstellen und für beides eine Kostenpauschale der Betreuten erheben. Mit der regelmäßigen Ausschreibung der Trägerschaft der DLZ wollen wir zudem eine effizientere Arbeit erreichen.

Ziel der Palliativmedizin ist die umfassende medizinische, pflegerische und psychosoziale Behandlung von Menschen mit unheilbaren Erkrankungen. Angebote der Palliativmedizin und des Hospizwesens wollen wir bedarfsgerecht ausbauen. Weiterhin tritt die FDP für die Schaffung spezialisierter ambulant-palliativmedizinischer Versorgungsangebote auch für die Teile des Landes Bremen ein, in denen noch kein solches Angebot besteht.

Die FDP fordert deshalb:

- Pflegeausbildung stärken, Schulplätze ausbauen
- Bremisches Wohn- und Betreuungsgesetz novellieren und Bürokratie abbauen
- Doppelstrukturen in der Pflegeberatung abbauen
- Erhalt, gegebenenfalls Ausbau der Palliativmedizin und des Hospizwesens; flächendeckende Schaffung ambulant-palliativmedizinischer Versorgungsangebote

Freiheit bewegt: Für einen starken Sport

Der Sport, ob als Leistungs-, Vereins- oder Breitensport, kann in unserer freiheitlichen Gesellschaft viele Aufgaben lösen. Er hilft dem Menschen, seine Lebenssituation besser zu bewältigen, seine Gesundheit, Lebensfreude und Leistungsbereitschaft zu erhalten, sich in der Gemeinschaft besser und leichter zu integrieren und Fairness und Toleranz zu leben. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Bewegungsmangel bereits im Kindergarten begegnet und die Grundlagen für die sportliche Entwicklung gelegt werden. Für die Bewegungs- und Sporterziehung sind in den Kindergärten und Schulen schrittweise die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit diese „bewegungsfreundlich“ werden. Die Ausbildung sowie die Fortbildungsangebote für Erzieherinnen und Erzieher müssen dem Sport und den mit dem Sport verbundenen pädagogischen und gesundheitlichen Chancen mehr Aufmerksamkeit schenken. Wir wollen, dass zu Beginn der Grundschulzeit freiwillige sportmotorische Tests durchgeführt werden, so dass mögliche Defizite gezielt bekämpft und beseitigt werden können.

Im Rahmen des Schulsports werden Leistungsbereitschaft, gesunde körperliche Entwicklung und soziales Verhalten gefördert. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Schu-

len bietet auch neue Chancen für den Schulsport. Die FDP begrüßt daher eine verstärkte Kooperation von Schulen und Sportvereinen. Diese darf jedoch nicht dazu führen, dass die Verantwortung der Schule auf die Vereine abgewälzt wird. Den Unterrichtsausfall im Fach Sport werden wir wirksam bekämpfen. Für den Sportunterricht müssen qualifizierte Sportlehrer eingesetzt werden. Der Erkennung und Förderung besonderer Talente im Sport muss auch in den Schulen mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir unterstützen, dass sportbezogene Profile an den Schulen ausgebaut werden, damit junge Sporttalente gefördert werden. Mit Blick auf den demographischen Wandel setzt sich die FDP für eine Stärkung von altersgerechten Sportangeboten für Senioren ein.

Die FDP erkennt die hohe Fachkompetenz der Funktionsträger in Sportvereinen und -verbänden und ihr Engagement für die Gesellschaft an. Mit Blick auf die wichtigen gesellschaftspolitischen und sozialen Aufgaben des Sports setzt sich die FDP dafür ein, dass Land und Stadtgemeinden die freiwillige ehren- und hauptamtliche Arbeit der Sportvereine angemessen fördern. Die FDP setzt sich für eine langfristige Zielvereinbarung zwischen Bremen und dem Vereinssport ein, verbunden mit einem Kontrakt über eine verlässliche Finanzierung.

Wir wollen die Möglichkeiten des Sponsoring sowie Öffentlich-Privater Partnerschaften zur Erhaltung und Modernisierung von Sportanlagen konsequent nutzen.

Die FDP fordert daher:

- räumliche Voraussetzungen für Bewegungs- und Sporterziehung im Kindergarten schaffen
- sportmotorische Tests zu Beginn der Grundschulzeit
- Kooperation zwischen Schulen und Sportvereinen
- Einsatz qualifizierter Sportlehrer im Sportunterricht
- Ausbau sportbezogener Profile an den Schulen
- Zielvereinbarung mit dem Vereinssport und verlässlichen Finanzierungsvertrag
- Sponsoring und Öffentlich-Private Partnerschaften zur Erhaltung und Modernisierung von Sportanlagen konsequent nutzen

Umwelt, Natur- und Tierschutz

Frische Luft, saubere Böden und Flüsse sind eine Voraussetzung für ein gesundes Leben. Bremen und Bremerhaven sind grüne Städte: Sei es in den Parks, in privaten Gärten oder direkt auf öffentlichen Flächen, privates und städtisches Grün trägt in Bremen und Bremerhaven zu einem lebenswerten Umfeld bei. Diese Güter sind uns wertvoll und wichtig. Die städtische Umgebung bringt jedoch in dieser Hinsicht schädliche Einflüsse mit sich, die wir im Rahmen der aktuellen Technik begrenzen können. Insbesondere im Bereich des Individualverkehrs sind die technischen Entwicklungen deutlich sichtbar. Moderne Filtertechniken und kraftstoffsparenden Antriebe führen zu erheblicher Entlastung. Auch dass wir heute wieder in der Weser baden können, liegt an der Entwicklung der Was-

seraufbereitungstechnologien. Auch viele andere Beispiele belegen, dass der technische Fortschritt keine Gefahr für die Umwelt ist, sondern eine Chance. Dies gilt auch für die Gentechnologie, die bei verantwortlicher Anwendung große Chancen eröffnet.

Einen falschen Ansatz verfolgt der rot-grüne Senat mit der Umweltzone. Mit dem Versprechen die Feinstaubbelastung erheblich zu senken wurde in der Bremer Innenstadt eine Verbotszone für alte Autos eingerichtet. Diese Maßnahme ist unverhältnismäßig und wirkungslos. Wo die Feinstaubbelastung gesunken ist, gibt es dafür andere Gründe: modernere Autos, weniger Verkehr und beendete Bauarbeiten. Insbesondere Staus und stockender Verkehr führen zu hohen Belastungen. Verschärfte Geschwindigkeitsbegrenzungen und neue Ampelanlagen an Hauptverkehrsstraßen werden die Belastung erhöhen. Deshalb ist fließender Verkehr die wichtigste Maßnahme gegen Feinstaubbelastung. Die Bremer Umweltzone ist und bleibt einzig und allein rot-grüne Symbolpolitik und ein Beschäftigungsprogramm für Bürokraten. Moderne Städte brauchen Mobilität. Wir wollen die Akzeptanz des notwendigen Verkehrs verbessern und seine negativen Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich begrenzen. Die FDP tritt für einen konsequenten Lärmschutz an Straßen und Schienenwegen ein. Wir fordern durchgängige Lärmschutzwände an allen Bahnhauptstrecken und den Einsatz leisen, modernen Wagenmaterials.

Um die Hinterlassenschaften unseres Lebens nicht zum Problem für die Umwelt werden zu lassen, betreiben wir eine aufwändige Entsorgungswirtschaft. Wasserversorgung, Abwasser- und Müll-Entsorgung werden in Bremen und Bremerhaven kommunal garantiert. Diese Garantie bedeutet jedoch nicht, dass der Staat die Ver- und Entsorgung selbst übernehmen muss, vielmehr muss er darüber wachen, dass wer immer es tut, sich an die strengen Vorschriften hält. Um die städtische Wirtschaft zu unterstützen und den Standort Bremen wettbewerbsfähiger zu machen, fordern wir deshalb die Gründung einer städtischen Abwasser GmbH. Nach der mangelhaft umgesetzten Privatisierung der Abwasserentsorgung, steht der Senat hier in der Pflicht, die Belastungen der Wirtschaft zu begrenzen. Für den Bürger wird sich dieser Schritt nicht nachteilig auswirken. Überlegungen der Sozialdemokraten, diesen Wirtschaftszweig wieder zu verstaatlichen lehnen wir ab.

In globale Zusammenhänge sind die Ökosysteme Bremens und Bremerhavens vor allem mit der Entwicklung des Klimawandels eingebunden. Als Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen stellt das Land Bremen mit Bremerhaven das wichtigste Zentrum für die Windkraft in Deutschland. Hier wird an den Technologien der Zukunft geforscht, Anlagen werden gebaut und mit dem neuen Offshore-Terminal in Zukunft auch von Bremerhaven aus installiert und gewartet. Allerdings muss Bremen auch an die Auswirkungen des Klimawandels denken, vor allem hinsichtlich des Küstenschutzes. Die Umsetzung des Generalplans Küstenschutz, in der Bremen weit zurück liegt muss deshalb vorangetrieben werden.

Beim Naturschutz und der Pflege von Grünflächen werden wir die Partnerschaft des Staates mit Privaten und Vereinen stärken. Wir wollen das Naturschutzrecht flexibilisieren

und mit Blick auf eine bürgerfreundliche Beschleunigung von Planungsverfahren modernisieren, so dass der Ausgleich im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung flexibler umgesetzt werden kann. Wir wollen, dass die bisherige Verpflichtung zum Ausgleich ökologischer Folgen in Form eines Flächenausgleichs künftig auch in Form eines finanziellen Ausgleichs erfolgen kann.

Weiterhin werden wir ein modernes Friedhofswesen schaffen, das auch offen für neue Formen der Bestattung ist.

Die FDP fordert deshalb:

- Leitbild urbane Umwelt: Parks und Gärten erhalten, städtisches Leben nicht gegen Natur ausspielen
- technischen Fortschritt als Chance sehen
- Unnütze Umweltzone abschaffen
- Generalplan Küstenschutz zügig umsetzen
- Abwasser GmbH einrichten
- lückenloser Lärmschutz an Autobahn und Hauptbahnstrecken
- Entdröhnung von alten Bahnbrücken oder Neubau
- Kontrolle emissionsstarker Gewerbebetriebe, damit nicht immer wieder Staub- und Dreckwolken auf Bürger niedergehen
- Naherholungsqualität in allen Stadtteilen erhalten – Aufwertung des Wohnumfeldes bei Mischgebieten oder angrenzenden Gewerbegebieten
- Grünpflege an Kleingartenvereine abgeben
- Erhaltung von Biotopen durch Vertragsnaturschutz
- Möglichkeit schaffen, Ausgleichsmaßnahmen finanziell abzugelten
- Vertragsnaturschutz hat Vorrang
- neue Bestattungsformen zu lassen – z. B. Friedwälder in Bremen anbieten
- zügige Reduzierung der Flächen auf das notwendige Maß, Friedhofserweiterungsflächen anderen Nutzungen zuführen

Der Tierschutz hat für die FDP seit vielen Jahren eine zentrale Bedeutung. So ist es dem Engagement der FDP zu verdanken, dass eine Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz erreicht wurde. Die FDP setzt sich für eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung ein. Die FDP setzt sich dafür ein, dass in Bremen eine Auffangstation für Wildtiere in Kooperation mit dem Bremer Umland geschaffen wird.

Wir werden das Bremische Gesetz über das Halten von Hunden gründlich evaluieren und modernisieren. Die von Rot-Grün beschlossene Aufenthalts- und Durchreiseverbot für bestimmte Hunderassen ist unpraktikabel und kann mit vertretbarem Aufwand nicht überwacht werden. Um Bürgerinnen und Bürger wirksamer vor gefährlichen Hunden zu schützen, fordern wir ein neues Hundehaltungsgesetz, dass sich an der tatsächlichen Gefährdung, die von einem Tier ausgeht, orientiert und nicht nach seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Hunderasse.

Die FDP fordert daher:

- Tiere unter artgerechten Bedingungen zu halten
- Auffangstation für Wildtiere in Kooperation mit Bremer Umland schaffen
- Hundehaltungsgesetz evaluieren und modernisieren

Verbraucherschutz

Die FDP versteht Verbraucherschutz als Stärkung des Verbrauchers am Markt und nicht als den Schutz des Verbrauchers vor dem Markt. Wir verstehen Verbraucher als mündige und eigenverantwortliche Marktteilnehmer, die sich mehr Wissen und bessere Informationen über Produkte und Dienstleistungen wünschen. In Zeiten globalisierter Märkte und eines wachsenden Produktangebots setzt eine sinnvolle Verbraucherschutzpolitik auf mehr Transparenz, bessere Informationen und effizientere Rechtsdurchsetzung. Die FDP will die Verbraucherbildung und -information verbessern. Gerade junge Menschen fehlt es oft an Erfahrungen und Wissen beim Abschluss von Verträgen. Angefangen vom Mobilfunkvertrag bis zum Kauf im Internet. Wir wollen die Finanzkompetenz von Jugendlichen stärken. Hierzu regt die FDP Kooperationen zwischen Schulen, Banken und Sparkassen an.

Zur Sicherung qualitativ hochwertiger Lebensmittel setzen wir zunächst auf die Eigenverantwortung der Wirtschaft, die zertifizierte und zuverlässige Qualitätssicherungssysteme erarbeitet. Hierzu kann eine funktionsfähige staatliche Lebensmittelkontrolle im Rahmen von Beratung und Kontrolle einen guten Beitrag leisten. Wir wollen eine dauerhaft ausreichende personelle Ausstattung mit Lebensmittelkontrolleuren sicherstellen.

Die FDP fordert daher:

- Finanzkompetenz von Jugendlichen stärken
- Staatliche Lebensmittelkontrolle personell ausreichend ausstatten

Kultur

In Bremen und Bremerhaven genießen die Bürger die individuelle Freiheit zur Wahrung ihrer eigenen kulturellen Identität. Sie leben auf verschiedene Art und Weise in ihren jeweiligen milieu- und herkunftsbedingten unterschiedlichen Kulturen.

Staatliche Kulturförderung kann sich jedoch stets nur auf einen geringen Teil dessen, was Menschen als Kulturleistung erbringen, erstrecken. Zuerst sind immer die Bürger selbst gefordert, Kultur zu schaffen und sich weiter zu entwickeln. Trotzdem nimmt der Staat ein breites Spektrum an Aufgaben und Verantwortung im Kultursektor wahr. Seine Aktivitäten reichen von der Bewahrung des kulturellen Erbes (etwa im Denkmalschutz) über die Bereitstellung kultureller Angebote (etwa durch Theaterförderung) bis hin zur Schaffung notwendiger Freiräume für Kulturschaffende. Liberale Kulturpolitik will allen Bürgern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen und sie zur Teilnahme anregen. Teilhabe an Kultur bietet enorme Chancen zur Entwicklung des Menschen zum interessierten, selbstständigen und verantwortungsvollen Bürger. Liberale Kulturpolitik will die Bürger auch an der zukünftigen Gestaltung ihres Landes, ihrer Stadt, ihres Lebensbereichs beteiligen. Nicht zuletzt bildet eine lebendige Kulturszene auch den Rahmen und Impulsgeber für viele Selbständige und Unternehmer im aufstrebenden Markt der Kulturwirtschaft. Die Qualität der traditionellen Kulturbetriebe ist ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und Bremerhaven.

Die aktuelle Kulturpolitik des Bremer Senats und der ihn tragenden rot-grünen Koalition ist jedoch orientierungslos, setzt trotz desolater Haushaltslage in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven keine Prioritäten und wird damit den Bedürfnissen der Bürger nicht gerecht. So findet trotz eigenständigem Kulturressort unter der Leitung des Bürgermeisters eine parallele Kulturförderung unter dem Deckmantel der Tourismusförderung durch das Wirtschaftsressort statt. Das Herauslösen des Kulturressorts aus der Bildungsbehörde hat sich damit als nicht erfolgreich erwiesen. Statt der Bedeutung der Kultur Nachdruck zu verleihen, wurden kulturelle Einrichtungen insbesondere auch die Theater Bremen GmbH unter der Führung des Bürgermeisters heruntergewirtschaftet. Als Aufsichtsratsvorsitzender der Theater Bremen GmbH hat er gezeigt, dass er den damit verbundenen konkreten Aufgaben nicht gewachsen ist: das Musical Theater Bremen befindet sich in einer Notlage, die Theater Bremen GmbH musste mehrfach mit öffentlichen Mitteln gerettet werden. Die direkte Führung der Theater Bremen GmbH aus dem Ressort heraus muss grundsätzlich beendet werden. Die Arbeit des Aufsichtsratsvorsitzes und des täglichen Geschäftsbetriebes müssen klar getrennt bleiben, da sonst der Aufsichtsrat seine Kontrollfunktion verliert. Bundesweit haben Spielstätten bewiesen, dass es ein erhebliches organisatorisches Einsparpotential in der Verwaltung, in Mitarbeiterführung und -einsatz gibt, ohne dass die Produktionsqualität darunter leidet.

Die FDP fordert überdies eine Verschlankung der Kulturverwaltung. Die Steuergelder müssen effektiv eingesetzt werden, damit die Bürger mehr Kultur für ihre Steuern erhalten.

Die FDP tritt dafür ein, dass die Aufgaben des Kulturressorts wieder der Bildungsbehörde zugeordnet werden. Dadurch kann Personal, wie z.B. die Stelle der Staatsrätin, eingespart werden; Fragen der allgemeinen Verwaltung lassen sich in einem großen Ressort effektiver miterledigen.

Die Städte fördern auf unterschiedliche Weise Kulturangebote in den Stadtteilen. So werden beispielsweise Bürgerhäuser etc. unterstützt. Diese leisten zum Teil einen wichtigen Beitrag zur Stadtteilkultur. Um die Stadtbremer Bürgerinnen und Bürgern vor Ort stärker in die Arbeit der Einrichtungen einzubinden, sollten die Stadtteilbeiräte die Mittelvergabe für diese Einrichtungen übernehmen.

Das Kino 46 pflegt die Kinokultur. Fernab des aktuellen am Massengeschmack ausgerichteten Programms bietet es ein Angebot für Kinoliebhaber und Filmfreunde. Der bisherige Standort ist jedoch teuer und es hat sich gezeigt, dass dieses Angebot fernab der Innenstadt keine gebührende Nachfrage findet. Die FDP fordert, dass dieses Angebot endlich effektiver, innenstadtnäher und für ein breiteres Publikum erbracht wird. Hierbei könnten zum Beispiel attraktive Angebote für Schulen geschaffen werden das Kino zu besuchen. Weiterhin ist zu prüfen ob aus wirtschaftlichen Gründen eine Integration des Programms in andere Kinos sinnvoll vollzogen werden kann um die dort frei werdenden Mittel für aussichtsreichere Projekte einzusetzen.

Die FDP setzt sich für den Erhalt der unabhängigen Kulturangebote in Bremen ein. Sie unterstützt Verfahren, die eine an der Qualität der Kulturangebote und der Nachfrage orientierte Vergabe der Fördermittel gewährleisten.

Bremerhaven und Bremen verfügen über städtische Theater mit vielfältigem Angebot. Diese stehen in der Verantwortung, mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln auszukommen und einen interessanten Theaterbetrieb sicherzustellen. Die Theater sollten sich stärker aus dem staatlichen Gefüge lösen und frei von den Tarifbeschränkungen des öffentlichen Dienstes bezüglich Versetzungen und Hierarchien arbeiten können. Sie sollten frei sein, Kooperationen mit anderen Theatern einzugehen und/oder Inszenierungen anderer Häuser zu übernehmen. Die Schaffung eines Landestheaters hingegen lehnt die FDP ab.

Die FDP fordert den Senat auf zu prüfen, ob am Theater Bremen das so genannte Weimarer Modell umgesetzt werden kann oder ob das Theater vorteilhafter Weise in eine Stiftung umgewandelt werden sollte.

Neben den staatlichen Theatern gibt es in Bremen eine freie Theaterszene, die es weiter zu unterstützen gilt. So ist beispielsweise das gedeihliche Nebeneinander der Schule am Leibnizplatz und der Shakespeare Company weiter zu fördern. Auch Angebote des so genannten Boulevard-Theaters, wie sie das Theaterschiff macht, verdienen unsere Anerkennung. Gleiches gilt für die auch pädagogisch ausgerichtete Arbeit des Schnürschuh-Theaters.

Die FDP fordert qualifizierten Musikunterricht in den Schulen. Ziel sollte sein, dass jedes Kind die Chance erhält ein Musikinstrument zu erlernen.

Bremen und Bremerhaven verfügen über attraktive Museums und Ausstellungsangebote. Dabei ist auffällig, dass etliche Angebote von privatem Engagement getragen oder mitgetragen werden. Dies zeigt, dass Bewahren, Forschen und Zugänglich-Machen als Aufgabe nicht nur des Staates, sondern auch Wille und Wunsch breiter Bevölkerungskreise sind.

Bremerhaven bietet mit dem Deutschen Schifffahrtsmuseum und dem Deutschen Auswandererhaus zwei anerkannte Einrichtungen, die exzellent in die Havenwelten passen. Mit der vorgesehenen Renovierung wird es möglich das Thema modern einem breiteren Publikum näher zu bringen. Die FDP bedauert, dass die Sammlung des Nordsee-Museums derzeit nicht zugänglich ist. Hier sollte nach einer Möglichkeit gesucht werden, die Sammlung öffentlich zugänglich zu machen.

Das Focke-Museum als Landesmuseum sollte sich auf die Darstellung bremischer Landesgeschichte konzentrieren. Schon jetzt gelangt es an seine Grenzen, wenn Sonderschauen dort gezeigt werden. Dortige Sonderschauen haben vielfach einen besonderen Reiz, wenn sie einen Bezug zur hiesigen Kultur- und Landesgeschichte haben. Nach Ansicht der FDP wäre es überlegenswert in diese Richtung die Ausstellungskultur weiter zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang hält es die FDP für überlegenswert, ob die bremische Handelsgeschichte, die im Überseemuseum dargestellt wird, künftig nicht besser im Focke-Museum gezeigt werden sollte. Im Übersee-Museum könnten so größere Flächen für Sonderausstellungen gewonnen werden.

Die FDP hält es für erforderlich, zu prüfen, ob das Schul-Museum zumindest organisatorisch ins Landesmuseum integriert werden sollte. Dabei sollte nicht allein die Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielen, sondern auch die Chance die Entwicklungen der Reformpädagogik und der Beschulung von Mädchen, beispielsweise durch die privaten Schulen wie die von Kippenberg und das Engagement der Liberalen Agnes Heiniken, im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung deutlicher und klarer herausgestellt werden. Wobei sichergestellt werden sollte, dass die Geschichte der Pädagogik, der sich das Schul-Museum widmet, in Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern im angemessenen Umfang einfließen kann.

Durch die Modernisierung und Erweiterung der Kunsthalle wird das Haus modernen Anforderungen gerecht werden können. Damit hat es die Chance weiter mit überregional wirkenden Ausstellungen auf sich aufmerksam zu machen. Der Kunstverein macht es durch sein Engagement möglich, dass hier Stadt und Staat weit weniger finanziell gefordert sind, als andernorts. Die FDP kritisiert, dass bei den Entscheidungen über die Modernisierung und Erweiterung die Folgekosten nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Denkmalpflege darf nicht länger Stiefkind bremischer Politik sein. Das Land Bremen ist

berühmt für seine historische Bausubstanz sowie den Bestand an historisch bedeutsamen Parkanlagen. Denkmalschutz und -pflege führen aber über Jahrzehnte hinweg ein Schattendasein.

Die FDP fordert daher:

- eindeutige Zuständigkeit für Kulturförderung, keine Parallelförderungen
- klare Aufsichtsstrukturen für das Bremer Theater
- Möglichkeit der Umwandlung des Bremer Theaters in eine Stiftung prüfen
- Verschlankung der Kulturverwaltung und Zuordnung zum Bildungsressort
- Stärkung der Rolle der Stadtteil- und Ortsteilbeiräte im Rahmen der Kulturförderung
- Unterstützung der freien Theaterszene
- qualifizierten Musikunterricht in den Schulen, jedes Kind soll die Chance erhalten, ein Musikinstrument zu erlernen
- zu prüfen, inwiefern das Schul-Museum kostensparend in das Landesmuseum integriert werden kann
- Systematische Überprüfung aller historischen Bausubstanz auf ihre Denkmalschutzwürdigkeit in den Stadtteilen.

Tourismus

Der Tourismus ist für das Land Bremen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber für mehr als 20.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven. Wir wollen die guten Chancen unserer beiden Städte im Tourismus mit Blick auf für mehr Arbeitsplätze und Wachstum konsequent nutzen.

Der Städtetourismus in Deutschland verzeichnet in den vergangenen Jahren ein enormes Wachstum. Auch wenn Bremen stetig steigende Besucher- und Übernachtungszahlen zu verzeichnen hat, ist es nicht gelungen, sich vom Bundestrend abzuheben. Trotz millionenschwerer Investitionen sind die Steigerungsraten in Bremen leider sogar leicht unterdurchschnittlich. Ohne den glücklichen Zufall der Ryanair-Ansiedlung würde die touristische Entwicklung noch deutlich hinter die Entwicklung im Bundesschnitt zurückfallen.

Sowohl Bremen als auch Bremerhaven verfügen über ein reiches, vielfältiges und attraktives Angebot für Touristen. Allerdings ist es nach Auffassung der FDP in den vergangenen Jahren nicht ausreichend gelungen, für Bremen und Bremerhaven als attraktive Reiseziele auch überregional erfolgreich zu werben. Werbung und das Marketing für unsere Städte wollen wir deutlich verbessern. Trotz verschiedener Initiativen und stets neuer Kampagnen ist es nicht gelungen, das überregionale Image Bremens und Bremerhavens wesentlich zu verbessern attraktiv für deutlich mehr Touristen zu sein.

Zur Stärkung des Tourismus ist es auch erforderlich, touristische Anziehungspunkte und eine tourismusgerechte Infrastruktur auszubauen. Versuche von Politik und Verwaltung,

in Bremen und Bremerhaven neue Attraktionen zu schaffen, sind zu oft gescheitert. Die FDP lehnt es ab, gescheiterte Projekte wie die Botanika oder das Schaufenster Boots-bau weiter auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu unterstützen. Land und Stadtgemeinden müssen sich darauf konzentrieren, private Initiative und unternehmerisches Engagement zu fördern. In diesem Sinne unterstützen wir auch das geplante City-Resort am Uni-See, welches gänzlich ohne öffentliche Förderung auskommen wird.

Die von SPD und Grünen forcierte Einführung einer so genannten „Bettensteuer“ ist tourismuspolitisch kontraproduktiv und wird von uns abgelehnt.

Die FDP fordert daher:

- überregionale Werbung für Bremen und Bremerhaven optimieren
- private gewinnen, um touristische Anziehungspunkte und eine tourismusgerechte Infrastruktur weiterzuentwickeln
- keine „Bettensteuer“

6 Freiheit statt Abhängigkeit

Ziel liberaler Sozialpolitik ist es, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, für sich und seine Familie selbst zu sorgen. Dieser Antrieb und die Leistung jedes einzelnen ist die Grundlage des Wohlstands unserer Gesellschaft. Wo den Bürgerinnen und Bürgern jedoch Eigeninitiative und Verantwortung abgenommen wird, dort zerstört der Sozialstaat seine eigenen Grundlagen.

In der Sozialpolitik Bremens haben sozialdemokratische Sozialsenatoren in den vergangenen Jahrzehnten die Weichen falsch gestellt. Unsere Städte Bremen und Bremerhaven stehen heute vor enormen sozialen Problemen. Der rot-grüne Senat wird nicht müde, die momentanen Missstände ausführlich zu bejammern und stets neue soziale Problemlagen zu (er)finden.

Der Sozialstaat hat die wichtige Aufgabe, die wirklichen Lebensrisiken der Bürgerinnen und Bürger abzusichern. Ein Sozialstaat, der von denjenigen, die Leistungen empfangen genauso gerecht empfunden wird, wie von denjenigen, die die Leistungen erwirtschaften ist die Voraussetzung für unser erfolgreiches freies und produktives Wirtschaftssystem: Die Soziale Marktwirtschaft. Leistungen darf deshalb nur derjenige beanspruchen, der nicht von der eigenen Arbeit leben oder nicht ausreichend für seine Familie sorgen kann.

Ziel sozialpolitischen Handelns muss es sein, diejenigen, die Leistungen empfangen, in die Lage zu versetzen, wieder unabhängig vom Leistungsbezug zu werden. Qualifizierte Arbeit ist die Chance aus der Abhängigkeit von Transferleistungen wie Hartz IV und Wohngeld herauszukommen. Der Teufelskreis sich fortsetzender Abhängigkeit von den Transfersystemen von Generation zu Generation muss durchbrochen werden. Ohne individuelle Leistung zu fordern und zu unterstützen, wo es nötig ist, wird dies nicht gelingen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden selbst im Land Bremen mit seiner hohen Arbeitslosigkeit gesucht. Auf der anderen Seite verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit und sozialer Abstieg ganzer Familien, die bereits in dritter Generation von Transferzahlungen leben.

Ziel muss wieder sein, dass es die Generation unserer Kinder einmal besser hat als wir heute. Dies wird ohne Anstrengungen nicht gehen. Einen Wohlstand zu Lasten künftiger Generationen, einen Wohlstand auf Pump können wir uns als Gesellschaft und wollen wir uns als Liberale nicht leisten.

Wer arbeitet, muss mehr haben...

Wer arbeitet, muss mehr haben, als der, der nicht arbeitet. Jede Sozialleistung muss durch Arbeit erwirtschaftet werden. Der Grundsatz, dass ein Arbeitseinkommen höher sein muss als die Sozialleistung, wird heute vielfach verletzt. Viele Berufstätige sehen ihre harte Arbeit kaum noch als wertgeschätzt an, wenn Arbeitslose ähnlich viel Geld bekommen.

Mindestlöhne sind keine Lösung, denn sie gefährden gerade die Jobs von Geringqualifizierten. Ein Arbeitgeber kann einem Angestellten nur so viel zahlen, wie dieser für das Unternehmen erwirtschaftet. Ein flächendeckender Mindestlohn würde also zu mehr Arbeitslosigkeit führen und gerade Geringqualifizierte in die Abhängigkeit von Hartz-IV treiben.

Das von SPD und Grünen geschaffene Hartz-IV-System würdigt die individuelle Anstrengung und Arbeitsleistung völlig unzureichend. Leistungsbereitschaft und Fleiß sind die Grundlagen des Wohlstands in unserem Land. Nur wer fühlbar mehr in der Tasche hat, wenn er arbeitet, wird gerne seinen Beitrag zur unerlässlichen Solidarität gegenüber Bedürftigen leisten. Auch die Steuerzahler müssen das System als fair empfinden und dürfen als Träger des Sozialstaats Anerkennung erwarten. Das meinen wir, wenn wir sagen: Leistung muss sich lohnen.

Die FDP setzt demgegenüber auf ein einfaches und leistungsgerechtes Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen, ergänzt durch das Konzept des liberalen Bürgergelds, welches die unzähligen Sozialleistungen in einem einfachen und fairen System zusammenfasst. Das Bürgergeld ist ein Mindesteinkommen, das vom Finanzamt ausgezahlt wird. Verdient beispielsweise ein Alleinstehender weniger als 662 Euro im Monat, bekommt er automatisch Geld ausgezahlt. Dabei wird eigenes Einkommen nicht voll angerechnet, so dass sich Erwerbstätigkeit auch für Geringverdiener deutlich mehr lohnt als heute. Die Anrechnungsregelungen von Hartz-IV sind leistungsfeindlich und damit ungerecht. Das Bürgergeld soll Arbeitslose motivieren, auch im Niedriglohnbereich in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Dort wachsen ihre Chancen, durch Berufserfahrung und Fleiß einen Aufstieg zu schaffen. Ein Arbeitsplatz ist schließlich das beste Mittel gegen Armut und die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, würdevolles Leben. Anders als heute belohnt das Bürgergeld Leistungsbereitschaft und unterstützt Eigenverantwortung.

Die FDP fordert deshalb:

- Arbeitslose sofort und umfassend zu betreuen. So ist ihnen innerhalb von einigen Monaten eine geeignete und marktnahe, verpflichtende Qualifizierung anzubieten.
- die Ämter müssen weiterhin mit flexiblen Angeboten für Kinderbetreuung kooperieren, um gerade Alleinerziehenden die wirtschaftliche Selbständigkeit zu ermöglichen.
- Menschen aktivieren, statt Opferrolle zu postulieren
- Eigenverantwortung einfordern
- Sozialleistungen vereinheitlichen und pauschalisieren, Ämter zusammenlegen, Ziel: Bürgergeld einführen
- Leistungsanreize setzen, Zuverdienstmöglichkeiten ausbauen
- Politik für mehr Arbeitsplätze, statt für mehr Sozialhilfe

Vereinbarkeit von Kindern und Beruf

Gleichberechtigung erfordert es, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie eine Berufstätigkeit ausüben oder nicht. Damit dies möglich wird, ist es erforderlich, dass Eltern ein ausreichendes, bezahlbares und bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungs- und Bildungsangeboten für ihre Kinder finden.

Nur so gewinnen beide Elternteile die Freiheit selbst entscheiden zu können, ob sie arbeiten oder nicht. Eltern sind darauf angewiesen, ihre Kinder für längere Zeit gut betreut und unterrichtet zu wissen. Immer häufiger wollen und müssen beide Elternteile berufstätig sein, auch die Zahl Alleinerziehender steigt. Der Fachkräftemangel macht es zudem erforderlich, das Potential der berufsfähigen Eltern auszuschöpfen. Gerade Kinder aus bildungsfernen Milieus können schon im Kleinkind- oder zumindest im Kindergartenalter von Bildungs- und Betreuungsangeboten erheblich profitieren.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Erwerbsquote von Eltern, insbesondere Frauen, steigt. Ein Arbeitsplatz der Eltern im ersten Arbeitsmarkt ist die beste Versicherung gegen Armut und Kinderarmut. Zudem ist unsere Volkswirtschaft mit Blick auf den demographischen Wandel und den Fachkräftemangel darauf angewiesen, das Fachkräftepotential aller Bevölkerungsgruppen in Arbeit zu bringen.

Das derzeitige Bildungs- und Betreuungsangebot in Bremen ist unter diesem Gesichtspunkt völlig unzureichend. Junge Familie wandern ab, weil sie keine guten Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten vorfinden.

Die FDP begrüßt, wenn Eltern, Männer und Frauen, sich Zeit für ihre Kinder und deren Erziehung nehmen. Daher setzen wir uns für angemessene Rahmenbedingungen ein, die es Männern und Frauen ermöglichen, sich ganz oder teilweise um Kindererziehung zu kümmern, Elternzeit zu nehmen und Teilzeit zu arbeiten. Die Zahlung eines Betreuungsgeldes lehnen wir ab, weil sie einen falschen Anreiz bietet, Kinder nicht in für die Entwicklung der Kinder wichtigen Kindergärten zu geben.

Die Zahl der Betreuungsplätze in der Unter-Dreijährigen-Betreuung ist in unseren beiden Städten derzeit völlig unzureichend. Momentan haben im Land Bremen weniger als 20 Prozent der Kleinstkinder einen Betreuungsplatz. Im Jahr 2013 müssen es nach Bundesgesetz 35 Prozent sein, der Bedarf in Bremen liegt sogar noch höher – weit über 40 Prozent. Der Ausbau der der Unterdreijährigen-Betreuung läuft schon seit Jahren im Schnecken-tempo. Der Ausbau der Kinderbetreuung darf zu keiner Hängepartie werden, wenn der Rechtsanspruch in 2013 erreicht werden soll. Die Aktivitäten des rot-grünen Senats mit Blick auf den Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung sind völlig unzureichend. Auch widerspricht es dem Sinn der bundesrechtlichen Regelungen, dass im Land Bremen Betreuungsplätze von 12 Stunden pro Woche in die Berechnung des Angebots für die Erfüllung des Rechtsanspruchs mit einbezogen werden.

Um den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht werden zu können, benötigen Eltern Kindertagesstätten mit noch flexibleren Öffnungszeiten. Das Jugendressort und das Jugendamt sind gefordert, auf die Träger einzuwirken, damit das Angebot noch weiter am Bedarf der Familien orientiert wird. Kinderbetreuungsangebote müssen den Erfordernissen der modernen Arbeitszeitorganisation entsprechen. Polizeibeamte, Verkäuferinnen und Verkäufer, Krankenpflegerinnen und -pfleger etwa benötigen flexiblere Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder, insbesondere, wenn sie allein erziehen. Die FDP will ein Netz an flexiblen Betreuungsangeboten durch eine ausreichende Zahl an Tagespflegepersonen sicherstellen.

Teilzeitarbeit ist für viele Eltern eine Chance, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Die FDP begrüßt das Engagement von Unternehmen, Teilzeitarbeitsplätze zur Verfügung zu stellen und individuelle und flexible Arbeitszeitmodelle zu ermöglichen. Diese Beschäftigungsformen müssen auch gesellschaftlich stärker anerkannt werden. Weiterhin müssen Studien- und Bildungsangebote verstärkt auch im Teilzeit-Format angeboten werden.

Dem drohenden Mangel an Erzieherinnen und Erziehern ist durch ausreichende Ausbildung zu begegnen. Die FDP fordert eine Ausbildungsinitiative für Erzieherinnen und Erzieher. Ferner sind die Personalschlüssel zu verbessern, damit sich das Personal ausreichend um die Kindergartenkinder kümmern kann. Auch in Regeleinrichtungen muss mehr als eine Person für 20 Kinder zuständig sein. Wir wollen, dass in allen Gruppen qualifizierte Zweitkräfte eingesetzt werden können.

Wir sind dafür, die Qualifikation des Personals in Kindertageseinrichtungen weiter zu erhöhen. Daher befürwortet die FDP den Einsatz von 10 Prozent Elementarpädagogen bzw. Sozialpädagogen in den Einrichtungen. Nur durch Anhebung des Qualifikationsniveaus des Personals, u.a. durch Aus- und Weiterbildung, wird es möglich sein, den Bildungs- und Betreuungsauftrag gerecht zu werden.

Wir wollen erreichen, dass in Bremen Kindergartenplätze dort geschaffen werden, wo sie nachgefragt werden. Dazu werden wir die zentrale Steuerung der Vergabe von Kindergartenplätzen abschaffen. Wir werden auch kommerzielle Angebote zulassen und gleiche Rahmenbedingungen für alle Träger von Kindertagesstätten schaffen: Elternvereine müssen dieselben Qualitätsanforderungen in ihren Einrichtungen erfüllen, wie städtische Kindergärten (KiTa Bremen) oder die Einrichtungen der freien Träger. Daher ist es erforderlich ihnen die gleichen Geldmittel seitens der Stadtgemeinden pro Kind zur Verfügung zu stellen.

Die FDP unterstützt den Ausbau von Ganztagschulen. Wir wollen die Angebote von Mittagstischen und Hausaufgabenbetreuung mittelfristig durch Ganztagsgrundschulen ersetzen. Hortangebote werden wir zumindest solange erhalten, solange eine Nachfrage danach besteht und Ganztagschulen noch kein ausreichendes Angebot bieten. Wichtig

dabei ist, dass auch in den Ferien ausreichend Angebote gemacht werden, damit die Eltern ihren Berufen nachgehen können. Wie in Kindergärten sollten auch Ganztagschulen durchgängig nur drei Wochen im Jahr schließen und in den Unterrichtsferien für diejenigen die es wollen und brauchen ausreichende Angebote machen.

Die FDP fordert daher:

- bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungs- und Bildungsangeboten für Kinder
- Kindergärten mit flexibleren Öffnungszeiten
- Ausbildungsoffensive für Erzieherinnen und Erzieher
- Qualifizierung von Tagespflegepersonen (Tagespflegemütter und -väter) fortsetzen
- Ausbau der Plätze bei Tagespflegepersonen fortführen, da diese flexibler sind und manche Arbeit dies erfordert und vielfach auch so individuelle heilpädagogische Förderung möglich wird
- zentrale Steuerung der Vergabe von Kindergartenplätzen abschaffen
- gleiche Finanzierung für städtische und freigemeinnützige Träger
- auch kommerzielle Angebote zulassen
- in allen Gruppen qualifizierte Zweitkräfte
- Ausbau von Ganztagschulen
- Eltern, die sonst nicht Arbeit annehmen könnten, vorrangig und kurzfristig einen Platz zur Verfügung stellen
- ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- Teilzeitarbeit, flexible und individuelle Arbeitszeitmodelle unterstützen

Bürgerschaftliches Engagement

Mit unserer Vorstellung einer liberalen Bürgergesellschaft sind bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement untrennbar verbunden. Viele Bürgerinnen und Bürger übernehmen neben ihren beruflichen und privaten Aktivitäten Verantwortung für Andere und die Gesellschaft. In Nachbarschaft und in Vereinen, in Bürgerinitiativen, Kirchen oder in anderen gesellschaftlichen Organisationen sind sie Vorbild von gelebtem Bürgertum.

Es gehört zum liberalen Verständnis unserer Gesellschaft, dass sich Bürger zusammenschließen, wenn sie gemeinsame Interessen, Ziele oder Neigungen haben. Die FDP tritt dafür ein, dass die Politik den Bürgern vor Ort so viel Freiraum wie möglich für die Gestaltung ihrer Lebenssituation belässt. Die Vorstellungen von einer Politik, die sich um alles kümmert, gilt es auszuräumen. Deshalb kann bürgerschaftliches Engagement dort ansetzen, wo die „große Politik“ bevormunden würde. In allen Stadt- und Ortsteilen braucht es engagierte Mitmenschen, die sich für Bekannte und Nachbarn einsetzen, wenn sie auf persönlicher Ebene Hilfe benötigen.

In Stadtteilen mit einem hohen Anteil von Menschen im Transferleistungsbezug, einem hohen Anteil von Menschen mit Zuwanderungshintergrund und einem hohen Anteil alleinerziehender Menschen ist bürgerschaftliches Engagement besonders wichtig. Wir un-

terstützen deshalb das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, das Initiativen vor Ort hilft, ihre Nachbarschaft zu stärken. Insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitslosen leisten soziale Initiativen unersetzliche Arbeit. Sportvereine sind in diesem Bereich für die Integrationsarbeit unentbehrlich.

In Zukunft müssen wir ehrenamtliche Strukturen stärken und Menschen ansprechen, die sich momentan noch nicht engagieren. Dazu sind die Freiwilligenagenturen in Bremen und Bremerhaven und die Messen zur Freiwilligenarbeit eine wichtige Basis. Nach dem richtigen und überfälligen Aussetzen der Wehrpflicht läuft auch der in vielen Bereichen wichtige Zivildienst aus. Wir begrüßen deshalb, dass die Bundesregierung jetzt die Freiwilligendienste ausbauen und stärken will. Gerade junge Leute, die sich sozial, ökologisch oder anderweitig einbringen wollen, sollen dazu eine Chance bekommen. Die Ausweitung der begrenzten Plätze ist deshalb richtig.

Die FDP fordert daher:

- Stärkung des Ehrenamts
- intensiver Kontakt zwischen Politik und ehrenamtlichen Initiativen
- Bürgerschaftliche Strukturen in den Stadtteilen stärken
- Freiwilligenagenturen unterstützen

Senioren

Ziel liberaler Seniorenpolitik ist die Wahrung der Würde und der Selbstbestimmung älterer Menschen in jeder Phase ihres Lebenswegs. Wir treten für persönliche Freiheit und Selbstbestimmung auch im Alter ein. Wir wollen ein neues Bild vom Alter entwerfen, das sich von der Vorstellung vom Alter als Zeit der Verluste und Risiken, der gesellschaftlichen Abwertung und der Befürchtung vor der sozialen Überforderung löst. Junge Alte, Ältere und Hochbetagte können mit ihrer Lebenserfahrung, ihren Kompetenzen und ihrem Wissen viel Positives für unsere Gesellschaft beitragen. Wir wollen Einstellungshemmnisse Älterer abbauen. Damit sich Menschen auch im Alter noch im Beruf sowie in haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeiten engagieren können, setzt sich die FDP für den Abbau starrer und diskriminierender Altersgrenzen ein. So kann das enorme Beschäftigungspotential Älterer genutzt und dem Fachkräftemangel begegnet werden. Weiterhin wollen wir das betriebliche Altersmanagement in Verwaltung und Unternehmen der öffentlichen Hand stärken und mit Blick auf die Faktoren Berufsrisiko, Gesundheitsschutz und Arbeitsplatzgestaltung weiterentwickeln. Weiterhin wird sich die FDP dafür einsetzen, dass Weiterbildungsangebote mit Blick auf die Zielgruppe Senioren entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Im Rahmen der Stadtentwicklungs- und Baupolitik muss darauf geachtet werden, dass sowie geeignete Infrastrukturen und Rahmenbedingungen in den Stadt- und Ortsteilen geschaffen werden, die es Menschen mit Mobilitätseinschränkungen erlaubt, den Alltag in ihrem angestammten Lebens- und Wohnumfeld zu gestalten. Wir wollen die politische Teilhabe von Senioren stärken. Die Seniorenvertretung soll in den Ausschüssen

der Bürgerschaft bei der Behandlung altersbezogener Themen gehört werden. Deshalb wollen wir in den im Aufbau befindlichen Beiräten zur Kriminalprävention (Präventionsräten) darauf achten, dass auch Senioren beteiligt werden.

Die FDP fordert daher:

- neues Bild vom Alter
- Abbau von Altersgrenzen
- betriebliches Altersmanagement stärken und weiterentwickeln
- Weiterbildungsangebote für Senioren weiterentwickeln
- für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen geeignete Infrastrukturen und Rahmenbedingungen in den Stadt- und Ortsteilen schaffen
- Anhörung der Seniorenvertretung in den Ausschüssen der Bürgerschaft, bei der Behandlung altersbezogener Themen
- Beteiligung von Senioren in Präventionsräten

Gleichstellung von Frau und Mann

Die FDP will für Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht nur formal die gleichen Rechte und Chancen. Unser Ziel ist die Gleichheit der Chancen und Perspektiven in der Lebenswirklichkeit unseres Landes. Die faktische rechtliche Gleichstellung von Frauen korrespondiert aber zu oft noch mit der Lebenswirklichkeit unseres Landes. Frauen werden für vergleichbare Arbeit zudem oft noch schlechter bezahlt als Männer.

Bremen hat die niedrigste Frauenerwerbstätigkeit Deutschlands. Um die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen zu erhöhen, bedarf es konkreter Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gerade Alleinerziehende sind häufig auf Hartz-IV angewiesen, weil flexible Betreuungsmöglichkeiten fehlen und obwohl sie oftmals hervorragend ausgebildet sind. Hier liegt auch ein großes Potential an Fachkräften.

Der bisher beschrittene Weg Bremens in der Geschlechterpolitik folgt einem überkommenen Frauenbild und der unzutreffenden Vorstellung, ausschließlich Frauen seien Opfer von Geschlechterkonflikten und Diskriminierung. Die FDP will gleiche Chancen für beide Geschlechter herstellen. Im Mittelpunkt unserer Gleichstellungspolitik steht das Erreichen eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Bereichen des öffentlichen Diensts, auch dort, wo Männer unterrepräsentiert sind. Schulen und Kitas würden enorm von einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis profitieren.

Neue Problemfelder rücken in den Fokus der Geschlechterpolitik. Hierzu zählen etwa: Diskriminierung von Männern mit Behinderungen in Rehabilitationseinrichtungen, die Benachteiligung erziehender Männer, die Ausgrenzung von Männern aus dem Gleichstellungsprozess. Diese neuen Problemfelder wollen wir ernst nehmen und ihnen ein angemessenes Gewicht in unserer Gleichstellungspolitik einräumen.

Die Aufgaben der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau (ZGF) sind weitgehend überflüssig geworden. Die Aufgaben sollen künftig von dem für Gleichstellungsfragen zuständigen Senatsmitglied wahrgenommen werden. Gleichstellungsfragen im öffentlichen Dienst können ausreichend im Rahmen der Personalratsarbeit erörtert werden.

Jugendarbeitslosigkeit betrifft heute bereits junge Männer in stärkerem Maße als junge Frauen. Der Anteil der Jungen, die die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen, ist beinahe doppelt so hoch, wie bei den Mädchen. Dafür macht etwa ein Drittel der Mädchen eines jedes Jahrgangs Abitur. Bei den Jungen sind es nur 25 Prozent. Dass die Benachteiligung von Jungen im Bildungssystem so deutlich zu Tage tritt, ist nach unserem Eindruck auch eine Folge von Defiziten in der Gestaltung des Bildungssystems selbst sowie der Gestaltung des Schulunterrichts sowie auch der Maßnahmen der Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsförderung.

Geschlechtsspezifische Aktivitäten zur Förderung von Jungen bzw. jungen Männern sind bisher lediglich in unzureichendem Umfang vorhanden. Die FDP fordert, ein Konzept zur Bekämpfung der Bildungsbenachteiligung von Jungen zu erarbeiten und parallel zum so genannten Girls' Day einen jährlichen „Boys' Day“ einzuführen und dies in einem Jugendzukunftstag zusammenzufassen.

Die FDP fordert deshalb:

- Ausbau einer bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Erreichen eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in allen Bereichen des öffentlichen Diensts
- Überführung der Arbeit der Frauenbeauftragten in die Personalratsarbeit
- Abschaffung der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
- Konzept zur Bekämpfung der Bildungsbenachteiligung von Jungen erarbeiten
- Einführung und systematische Bewerbung eines Jugendzukunftstages

Gleichgeschlechtliches Zusammenleben

Die FDP setzt sich für mehr Akzeptanz gegenüber Lesben und Schwulen sowie für die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit Ehen ein. Auf Initiative der FDP wurden u.a. die Gebühren für die Eintragung von Lebenspartnerschaften in Bremen gesenkt und an das Niveau anderer Bundesländer angeglichen. Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sollen dieselben Rechte und Pflichten haben, wie Eheleute. Daher haben sich die Liberalen für die Beseitigung rechtlicher Benachteiligungen von Lebenspartnern eingesetzt. Verpartnerte und Verheiratete müssen im Beamtenrecht und auch in den Versorgungswerken der Freiberufler gleich gestellt werden. Weiterhin wird sich die FDP weiter für die vollständige steuerliche Gleichstellung von Menschen in eingetragenen Partnerschaften einsetzen.

Die FDP wendet sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und gegen homophobe Gewalt. Wir wollen gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Schulunterricht und in der Lehrerfortbildung verankern und die Gewaltprävention an den Schulen ausbauen. Die bestehenden Angebote der schwul-lesbischen Selbsthilfe sowie das Beratungsangebot des Rat und Tat Zentrums für Schwule und Lesben wollen wir aufrechterhalten. Wir wollen prüfen, ob eine engere Kooperation zwischen den vorhandenen Beratungseinrichtungen erreicht werden kann.

Die FDP fordert daher:

- Beseitigung rechtlicher Benachteiligungen von Lebenspartnern
- Informationen über gleichgeschlechtliche Lebensweisen im Schulunterricht und in der Lehrerfortbildung verankern
- Gewaltprävention in den Schulen ausbauen
- Beratungsangebote erhalten, Kooperation stärken

Integration und Zuwanderung

Auch in Bremen und Bremerhaven muss Zuwanderung als Chance begriffen werden. Jedoch müssen gleichzeitig auch die Probleme gesehen und benannt werden, welche politisch ungesteuerte Zuwanderung mit sich bringt. Der Anteil von Menschen mit Zuwanderungshintergrund an der Bevölkerung wird aufgrund der demographischen Entwicklung weiter zunehmen. Gleichzeitig sind Deutschland und Bremen aufgrund der gleichen demographischen Entwicklung auf Einwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen sein. Die bereits in Deutschland lebenden Ausländer, Eingebürgerten und Spätaussiedler dürfen nicht aus dem politischen und gesellschaftlichen Blickfeld verloren werden.

Ziel der Liberalen ist es, eine weltoffene und tolerante Bürgergesellschaft zu etablieren. Eine gute Integrationspolitik nutzt der Volkswirtschaft, baut interkulturelle Kompetenzen auf und stärkt somit den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Bremen im globalisierten Wettbewerb. Bremen war und ist als weltweit vernetzter Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort auf einen guten Austausch mit seinen internationalen Wirtschaftspartner angewiesen. Wir wollen an Zuwanderer und Menschen mit Zuwanderungshintergrund das Signal senden, dass sie in unserem Land willkommen sind und wir sie als einen wichtigen Teil unserer Gesellschaft begreifen.

Wir wollen eine Gesellschaft, die offen gegenüber Zugewanderten ist. Allerdings ist und bleibt Integration zuvorderst eine Aufgabe der Zugewanderten selbst. Einwanderung nach Deutschland bringt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten mit sich. Eine weltoffene und tolerante Bürgergesellschaft braucht ein gemeinsames Fundament. Hierzu gehört, dass wir von den Migrant*innen die vorbehaltlose Akzeptanz des Grundgesetzes und der Grundwerte, auf denen das Grundgesetz basiert, verlangen. Gleichzeitig kann Integration nur gelingen, wenn Migrant*innen der deutschen Sprache mächtig sind und zumindest Grund-

kenntnisse über unsere Geschichte und Kultur kennen. Parallelgesellschaften, die sich von den Grundwerten der Bundesrepublik abzukapseln versuchen, sind nicht zu akzeptieren. Es kann keine Toleranz gegenüber der Intoleranz geben und die Freiheit der Migranten ihre Kultur zu leben findet ihre Schranken in den hier geltenden Werten und Rechtsnormen.

Deutschland muss integrationsfähiger werden. Eine andere Kultur im Umgang mit Migranten ist notwendig. Daher hat die FDP eine moderne Integrationspolitik entwickelt, die das Fördern und das Fordern in den Mittelpunkt stellt und den Integrationspolitik als eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder begreift.

Die FDP fordert:

- gezielte Sprachförderung auch für später Zugewanderte
- Eltern ist erforderlichenfalls Sprachkompetenz zu vermitteln. Eltern mit Migrationshintergrund müssen bei Bedarf Orientierungshilfen angeboten werden
- Mehrsprachigkeit als Erfolgchance begreifen, beherrschen der deutschen Sprache bei gleichzeitiger Förderung der Muttersprache
- die Beiräte sollen mehr Entscheidungsrechte über die Verwendung von Haushaltsmitteln mit lokalem Charakter bekommen und über die Vergabe von den Mitteln aus den Programmen WiN und LOS erhalten. Beiräte können viel besser entscheiden, ob Integrationsmaßnahmen, die aus diesen Mitteln finanziert werden, zielgruppenspezifisch sind, d. h. sich an den unterschiedlichen Bedarfslagen der Migrantengruppen vor Ort orientiert
- staatliche Maßnahmen müssen durch bürgerschaftliches Engagement, zivilgesellschaftliche Organisationen und Zugewanderte selbst unterstützt werden
- Institutionen, politische und administrative Strukturen, öffentliche Meinungsbildung und kulturelle Entwicklung müssen interkulturell geöffnet werden. Die FDP begrüßt die Gewinnung von Menschen mit interkultureller Kompetenz für den öffentlichen Dienst. Eine Quote lehnen wir jedoch ab.
- eine moderne und bedarfsgerechte Zuwanderungsgesetzgebung in Verbindung mit einem liberalen Bleiberecht
- ein modernes und liberales Staatsbürgerschaftsrecht

Die FDP tritt darüber hinaus für eine moderne und bedarfsgerechte Steuerung der Zuwanderung ein. Nach diesem Beschluss sollen Ausländer, die in Deutschland arbeiten wollen, in einem Punkteverfahren ihre Qualifikation und ihre Integrationsfähigkeit nachweisen. Kriterien sollen der bisher erreichte Ausbildungsstand im Herkunftsland, die Berufserfahrung, das Alter, das bisherige Einkommen im Herkunftsland, die Deutschkenntnisse und die zu erwartende Integrationsfähigkeit und der positiven Einstellung zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung sein. Diese Zugangsregeln werden nicht auf Ausländer angewendet, die sich nach dem Recht der Europäischen Union in der Bundesrepublik niederlassen bzw. arbeiten wollen. Jeder Einwanderer hat zudem den Nachweis über aus-

reichende Grundkenntnisse in der deutschen Sprache, deutscher Kultur, deutscher und europäischer Geschichte sowie über das politische System der Bundesrepublik und der Europäischen Union nachzuweisen.

Religion ist eine private Angelegenheit. Die Teilnahme an bestimmten Schulfächern (z.B. Schwimm- oder Sexualkundeunterricht) darf aus religiösen Gründen nicht länger abgelehnt werden. Hierbei ist auf die Möglichkeit der Gründung konfessionsgebundener Privatschulen hinzuweisen. Ein generelles Verbot des Tragens religiöser Symbole für Lehrkräfte lehnt die FDP strikt ab. Nach Auffassung der Liberalen sind solche Verbote ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die positive Religionsfreiheit der Lehrkräfte. Gleichzeitig ist aber ein Schutz der negativen Religionsfreiheit der Schüler zu wahren. Schule ist weltanschaulich neutral.

Der Fremdsprachenunterricht an Schulen soll in Zukunft ein breiteres Spektrum abdecken. So soll der Fremdsprachenunterricht neben der verpflichtenden ersten Fremdsprache (Englisch) auch die Möglichkeit bieten, eine zweite Fremdsprache zu erlernen. Hierbei sind auch gezielt Angebote zu machen, welche Migrantenkinder ermöglichen die Muttersprache ihrer Eltern zu erlernen oder ihre Kenntnisse in dieser Sprache zu vertiefen. Mehrsprachigkeit ist in einer globalisierten Welt eine Erfolgchance.

Migranten muss durch gezielte Förderung eine bessere gesellschaftliche Partizipation ermöglicht werden. Nur so ist es möglich, dass Migranten sich in Deutschland heimisch fühlen und die „Werte und Normen“ der Bundesrepublik uneingeschränkt respektieren und akzeptieren. Gleichzeitig wird so dem Entstehen so genannter „Parallelgesellschaften“ entgegen gewirkt. Nur wer sich als Teil der Gesellschaft fühlt wird diese Gesellschaft akzeptieren.

Menschen mit Behinderungen

Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderung wollen und dürfen nicht in eine Opferrolle hineingedrängt werden. Die FDP will Vorurteilen aktiv entgegenwirken und allen Menschen Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe in allen Lebensbereichen entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention ermöglichen. Die FDP setzt sich für Inklusion an den Schulen ein (siehe unter Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und mit sonderpädagogischem Förderbedarf). Die FDP will die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben weiter vorantreiben. Priorität muss, wo immer dies möglich ist, die Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt haben. Wir unterstützen daher Aktivitäten zur Werkstattvermeidung.

Im Rahmen des Persönlichen Budgets können Menschen mit Behinderungen statt festgelegter Sach- und Dienstleistungen ein eigenes Budget erhalten, mit dem sie selbst die für sie in ihrer individuellen Situation wichtigen Leistungen auswählen und einkaufen können.

nen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass mehr Menschen mit Behinderungen die Chancen und Vorteile des Persönlichen Budgets kennenlernen und in Anspruch nehmen und auf diese Weise mehr Selbstbestimmung erlangen. Hierzu werden wir auch die Bremer Sozialressort auf Kurs bringen. Wir wollen eine systematische Information aller Menschen mit Behinderungen erreichen, für die das Persönliche Budget in Frage kommt. Die Möglichkeit zur persönlichen Beratung muss geschaffen werden. Es ist nicht akzeptabel, dass behinderte Menschen heute nicht nach Bedarf versorgt werden, sondern nach Verhandlungsgeschick oder den Beziehungen des Hilfetragers zum Sozialressort.

Entgegen dem Leitbild, Menschen mit Behinderungen eine größtmögliche gesellschaftliche Teilhabe zu gewährleisten und sie deshalb nach ihren individuellen Bedürfnissen zu unterstützen, werden Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Land Bremen nach einem undurchschaubarem Verfahren gefördert: Aus überkommenen Absprachen und persönlicher Verbundenheit mit bestimmten Trägern werden einige Einrichtungen deutlich besser finanziert als andere. Die FDP will eine systematische und transparente Förderung von Betreuungseinrichtungen und eine Kontrolle der vertraglich zugesicherten Leistung im Sinne von Menschen mit Behinderungen in ihrer Rolle als Kunden erreichen. Die FDP fordert, den veralteten Landesplan „Wohnen“ für behinderte Jugendliche und Erwachsene zu überarbeiten. Neben der Darstellung der vorhandenen Angebote, einer Bedarfsfeststellung und einer Kostenanalyse soll der neue Landesplan auch ein Angebots- und Kostenvergleich mit anderen Bundesländern umfassen.

Der öffentliche Raum ist für alle Menschen da. Die FDP will die Barrierefreiheit öffentlicher Orte und Gebäude konsequent vorantreiben. Mit Priorität wollen wir Barrierefreiheit an denjenigen öffentlichen Orten und Gebäuden mit regelmäßigem Publikumsverkehr erreichen. Wir werden die Chancen des modernen E-Government sowie barrierefreier Internetmedien konsequent weiter ausbauen, um Menschen mit körperlichen Einschränkungen Behördenkontakte auch auf elektronischem Wege zu erleichtern.

Die FDP will, dass kulturelle, museale, gastronomische und touristische Angebote mit Blick auf die Zielgruppe von Besucherinnen und Besuchern mit Behinderung weiter ausgebaut werden. Weiterhin unterstützt die FDP die Ausweitung von Informationsangeboten in den Medien für Hörgeschädigte mit Gebärdendolmetscher bzw. mit Untertiteln.

Damit Hörgeschädigte am kulturellen Leben teilhaben können, fordert die FDP, den Einbau von speziellen Tonübertragungseinheiten in staatlichen/städtischen Veranstaltungszentren vorzunehmen.

Die FDP fordert deshalb:

- UN-Behindertenrechtskonvention schrittweise in allen Lebensbereichen umsetzen.
- Menschen mit körperlicher oder geistiger Behinderung Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen
- Eingliederung von Menschen mit Behinderung in das Arbeitsleben weiter vorantreiben

- Inanspruchnahme des Persönliches Budgets stärken
- Systematische und transparente Förderung von Betreuungseinrichtungen und Kontrolle der vertraglich zugesicherten Leistung
- Landesplan „Wohnen“ überarbeiten
- Barrierefreiheit konsequent vorantreiben, E-Government und barrierefreie Internetmedien ausbauen

Städtepartnerschaften, internationale Zusammenarbeit

International ist Bremen insbesondere durch seine Partnerstädte vernetzt. Leider ist die Kooperation mitunter lückenhaft organisiert und nicht strategisch ausgerichtet. Insbesondere die Kooperation zwischen Vertretern von Wirtschaft und Zivilgesellschaft bietet erhebliches Potential auf beiden Seiten. Bremen muss in seiner in diesem Rahmen vollzogenen „Außenpolitik“ aber gegebenenfalls auch kritische Positionen ansprechen. Die Rolle der Menschenrechte bei unseren Partnern in China gehört beispielsweise dazu.

Die FDP sieht im Zusammenhang der Haushaltsnotlage die Notwendigkeit von Sparanstrengungen auch im Bereich der Bremischen Entwicklungshilfe. Bremen leistet seinen Beitrag im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit durch die Ausbildung von ausländischen Studenten.

Die FDP fordert daher:

- Kooperation mit Partnerstädten strategisch ausrichten
- für Menschenrechte eintreten

Stichwortverzeichnis

A

A20	24
A281	23, 24, 25
Alleinerziehende	66
Ältere	65
Altersgrenzen	65, 66
Altschuldenregelung	31, 35
Ambulante Versorgung	48
Arbeit	3, 17, 18, 27, 35, 37, 43, 44, 49, 50, 51, 55, 56, 60, 62, 64, 65, 66, 67, 73
Arbeitnehmer	1, 15, 19, 20
Arbeitnehmerkammer	20, 73
Arbeitsmarkt	16, 17, 19, 26, 29, 61, 62, 68, 70
Arbeitsplätze	5, 13, 18, 20, 25, 27, 28, 33, 46, 58, 61
Ärztmangel	47
Aufgabenkritik	6, 7, 31, 32, 45
Ausbildungsplätze	18
Ausbildungsreife	9, 10

B

BAGIS	26
Barrierefreiheit	71, 72
Baulücken	40, 41
Baustellenmanagement	22
Begabungen	5, 9
Beirat	37
Berufliche Bildung	1, 10
Berufsausbildung	9, 10, 11
Berufsorientierung	9
Berufsschule	11
Betreuung	13, 27, 47, 49, 62
Bildungsfreistellung	15
Breitensport	50
Breitenweg	21
Bremer Aufbau-Bank	16, 18
Bremer Wollkämmerei	16
Brill-Kreuzung	41
Bürgergeld	26, 61
Bürgernähe	42, 43
Bürgerschaft	35, 36, 37, 66

C

City-Maut	20
CT IV	24

D

Datenschutz	1, 26, 27, 44, 45
Denkmalschutz	55, 58

E

Eigenbetriebe	32, 34
Eigeninitiative	5, 60
Eigenverantwortlichkeit	5
Eigenverantwortung	3, 54, 61, 70, 71
Einwanderung	68
Einzelhandel	4
Eltern	5, 6, 7, 9, 38, 44, 62, 63, 64, 69, 70
Energie	28
Entscheidungsprozesse	40, 41
Entsorgung	52
Entsorgungswirtschaft	52
Erzieherinnen und Erzieher	7, 50, 63, 64
EU	29, 30
Europa	1, 29, 30
Exzellenzinitiative	13

F

Fachkräfte	26, 27
Fachkräftemangel	5, 25, 49, 62, 65
Familie	60, 62, 63, 66, 67
Finanzen	1, 31, 34, 35
flexiblere Betreuungsmöglichkeiten	63
Flughafen	24, 32, 33
Forschung	1, 12, 14, 22, 46
Fortschritt	51, 53
Freiberufler	4, 67
Frühkindliche Bildung	1, 7

G

Ganztagsgrundschulen	8, 63
Ganztagssschulen	63, 64
Gesundheit	2, 35, 45, 46, 47, 50
Gesundheitswesen	45, 47, 48
Gewaltprävention	68
Gewerbesteuer	35

Gewerbetreibende	4
GEZ	46
Gleichgeschlechtl. Zusammenleben	2, 67
Gleichstellung	2, 66, 67
Grunderwerbssteuer	41
Grundschulen	6, 7, 8, 10
Grundsteuer	41
Grüne Welle	21
Güterverkehrszentrum	20
Gymnasien	8, 9, 11

H

Häfen	1, 24, 34, 35
Handel	30
Handwerk	4, 15, 16, 17, 18
Haushalt	1, 31
Hochbegabte	10
Hochqualifizierte	27
Hochschulen	1, 11, 12, 13, 14, 19, 27

I

Informationelle Selbstbestimmung	45
Infrastruktur	24, 59
Inklusion	11, 70
Innenpolitik	42
Innenstadt	1, 17, 22, 41, 52, 56
Innovation	1, 3, 12, 14, 30
Integration	2, 56, 68

J

Jobcenter	26
Jugendgewalt	38, 39, 42, 44
Jugendkriminalität	38, 39, 44
Jugendsozialarbeit	39

K

Kernverwaltung	32
Kinderarmut	62
Kinderbetreuung	61, 62, 67
Kindergarten	8, 50, 51
Kindertagesstätten	7, 8, 63
Kontaktbereichsdienst	43
Kontaktpolizisten	44
Krankenhäuser	33, 34, 47
Kriminalitätsbekämpfung	44
Kultur	2, 34, 35, 55, 57, 69, 70
Küstenschutz	52, 53

L

Länderfinanzausgleich	34, 35
Lärmschutz	23, 52, 53
Lebensmittelkontrolle	54
Lebensqualität	1, 4, 40
Lehrerinnen und Lehrer	5, 6, 7
Leistung	3, 10, 26, 34, 35, 47, 60, 61, 71, 72
Lesben	67, 68
Logistik	1, 24

M

Medien	2, 44, 45, 71
Medienkompetenz	45
Menschen mit Behinderungen	2, 14, 70, 71
Metropolregion	1, 29, 30, 46
Mindesteinkommen	61
Mindestlohn	27, 61
Mittelstand	1, 3, 16, 17, 18, 28
Mittelweserausbau	24
Mobilität	1, 20, 22, 52
Museum	57, 58
Musikschulen	9

N

Naturschutz	52
Neuverschuldung	3, 31
Niedersachsen	17, 25, 29, 30, 48

O

Obduktion	38
Oberschulen	8, 9, 10
Oberstufen	11

P

Palliativmedizin	50
Patientinnen und Patienten	33, 45, 47, 48
Personal	27, 43, 56, 63
Personalbinnenmarkt	32
Pflege	2, 18, 37, 49, 52
Polizei	42, 43, 44
Polizeireviere	43
Primarbereich	1, 7
Privateigentum	16
Privatisierung	33, 34, 52
Privatschulen	7, 8, 10, 70

R

Rechtspolitik 37
Rundfunk 45, 46

S

S-Bahn 22
Schulanwahl 9
Schulden 31
Schuldenbremse 31
Schuldenlast 32
Schuldentilgung 31, 33, 34
Schulen in freier Trägerschaft 7, 8, 10, 70
Schülerinnen und Schüler 5, 7, 8, 9, 10, 11
Schulleitungen 5
Schulsport 50
Schwarzarbeit 27
Schwule 68
Selbstbestimmung 4, 44, 45, 65, 70, 71
Selbstständige 4
Senatsressorts 32, 35
Senioren 2, 51, 65, 66
Seniorenvertretung 65, 66
Sicherheit 1, 38, 42, 43, 45
Soziale Marktwirtschaft 19, 60
Sozialpolitik 25, 26, 60
Sozialstaat 60
Sport 2, 35, 45, 50
Sportanlagen 51
Sportunterricht 50, 51
Sportvereine 51, 65
Sprachförderung 7, 8, 69
Staatsbürgerschaftsrecht 69
Stadtentwicklung 1, 22, 33, 40, 41
Städtetourismus 58
Stadtteilkultur 40, 56
Stadtverkehr 1, 20
Steuer 26, 41
Strommarkt 29
Studierende 5, 19

T

Tagesmütter/Tagespflegepersonen 63, 64
Technologien 3, 22, 52
Teilhabe 11, 55, 65, 70, 71
Tempobeschränkungen 21
Tempolimits 16, 21
Theater 55, 56, 58
Tierschutz 2, 51, 53

Tourismus 2, 30, 58, 59

U

Überseestadt 41
Umweltzone 16, 20, 23, 42, 51, 52, 53
UN-Behindertenrechtskonvention 70, 71
Universität 13, 14, 15
Unter-Dreijährigen-Betreuung 62
Unternehmerinnen und Unternehmer 16
Unterricht 8, 11, 19

V

Veräußerungen 34
Verbraucherinnen und Verbraucher 45
Verbraucherschutz 2, 54
Verkehr 1, 18, 20, 24, 35, 52
Versorgungssicherheit 28, 29
Vertragsnaturschutz 53
Videoüberwachung 42, 45
Volksentscheid 36
Vorklassen 8
Vorratsdatenspeicherung 42, 44

W

Wasserversorgung 52
Weiterbildung 1, 7, 15, 63
Werkklassen 9
Werkschulen 11
Weservertiefung 24
Wettbewerb 1, 5, 6, 8, 9, 10, 24, 28, 29, 30, 38, 47, 48, 49, 68, 69
Wildtiere 53, 54
Windenergie 28
Windkraft 28, 52
Wirtschaft 1, 5, 14, 16, 17, 18, 19, 22, 25, 27, 28, 30, 35, 46, 52, 54, 66, 72
Wirtschaftsförderung 18, 19
Wirtschaftsregion 4
Wirtschaftsstruktur 27
Wissenschaft 14, 22, 35
Wohlstand 1, 4, 16, 28, 60
Wohneigentum 40

Y

Y-Trasse 24, 25

Z

Zukunftschancen 3, 4, 46
Zuwanderung 2, 68, 69

V.i.S.d.P.:

FDP Bremen

Sandstraße 2 · 28195 Bremen

bremen@fdp.de